

DRUCK-
TARIFRUNDE '74

13

EWG
5. TEIL

18

WAHLEN
IN ENGLAND

22

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 41/19. März 74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Schlichtung gegen Streik

Die Metalltarifrunde 1973/74 ist im Ergebnis abgeschlossen - 10 der 16 Tarifbezirke (bei Redaktionsschluss) haben sich auf den nordrhein-westfälischen Abschluss vom 20. Februar geeinigt - trotzdem erreicht der Tarifkampf mit dem am 6. März begonnenen Streik im Tarifgebiet Bremen/Unterweser seinen Höhepunkt. 52 000 Metallarbeiter stehen hier im Streik für die offiziellen gewerkschaftlichen Forderungen von 18 % und mehr Urlaub und Urlaubsgeld. In einer Urabstimmung hatten sich 94 % der an der Abstimmung beteiligten Metallarbeiter (88 % aller in der IG Metall organisierten Mitglieder) für diesen Streik ausgesprochen.

Zweifelsfrei waren die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst bei der Post und der Bundesbahn mit dem 11 %-Abschluss der Durchbruch für die diesjährigen Abschlüsse auf den Lohnkriterien. Der hier entfachte Wirbel ermöglichte es den Führern der IG Metall im Windschatten dieses Abschlusses alle Vorbereitungen für ähnliche Metallabschlüsse zu treffen.

Daran ändern auch noch so lautstarke Äußerungen der Gewerkschaftsführer nichts - der Abschluss bei ÖTV sei nicht maßgebend usw.

Dem Aufstellen der Forderungen in den Bezirken der IGM Mitte Dezember folgten erst am 8. Januar die ersten Verhandlungen. Sie began-



Streikposten vor der Bremerhavener Rickmers-Werft. Zahlreiche Kollegen erscheinen vor dem Tor, verstärken die Posten und diskutieren die Lage

nen in Schleswig/Holstein und kurze Zeit später folgten Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

In allen Tarifbezirken liefen die Verhandlungen nach dem gleichen Muster ab:

Die Kapitalisten legten überall ihr Angebot von 8,5 % vor - erst nach mehreren Wochen Verhandlungen wurden diese für gesichert erklärt.

Danach begann die Prozedur mit der Schlichtung.

Die Schlichtung hat sich „bewährt“

Das erst im Oktober abgeschlossene neue Schlichtungsabkommen zwischen IG Metall und dem Unternehmerverein Gesamtmetall erwies sich als ein wesentliches Instrument, die Tarifverhandlungen auf den Lohnkriterienabschlüssen zu führen. Nach dem langen Hinauszögern der Verhandlungen (3 - 4 Wochen) diente

Forts. Seite 2

Politischer Terror in Spanien verschärft sich

„Trauriges Spanien, das nur in der Welt existiert, wenn vom Tode geredet wird“
(Spanischer Exildichter Rafael Alberti)

Am 2. März wurde der spanische Revolutionär Salvador Puig Antich von der spanischen Terrorjustiz ermordet. Ein Militärgericht verurteilte ihn wegen „Teilnahme an einem Banküberfall“ und eines „tödlichen Versuches auf einen Polizisten“, der ihn überwältigen wollte, zweimal zum Tode. Er wurde durch die in Spanien „übliche“ aus dem 14. Jahrhundert stammende Hinrichtungsmethode, die Garrote, brutal ermordet. (Die Garrote ist ein Würgeweis, das dem Opfer um den Hals gelegt und langsam zugeschnitten wird, bis ein Dorn die Wirbelsäule durchtrennt!).

Dieser politische Mord des faschistischen Regimes in Spanien ist der vorläufige Höhepunkt einer unglücklich gesteuerten Hetzjagd auf oppositionelle und vor allem kommunistische Arbeiter und Intellektuelle. Seitdem ein Kommando der baskischen Widerstandsorganisation E.T.A. den verhaften Regierungschef Carrero Blanco Ende Dezember '73 samt seiner Staatskarosse in die Luft gesprengt hatte, haben die spanischen Faschisten einen regelrechten Ausrottungsfeldzug gegen die innere Opposition in Spanien gestartet.

Täglich werden Antifaschisten, Kommunisten oder Menschen, die in irgendeiner Weise „verdächtig“ sind, verhaftet, vor Militär- oder sog. Sondergerichten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, um dann in den berüchtigten Folterkammern des spanischen Staates gequält und für jede spätere politische Aktivität „ausgeschaltet“ zu werden.

Wir wollen hier eine kurze Übersicht der Verbrechen des spanischen Staates an Mitgliedern oppositioneller Gruppen geben, die nach dem Dezember '73 verübt wurden. Den traurigen Anspruch auf Vollständigkeit können wir leider nicht erheben. Die bürgerliche Presse in der BRD berichtet nur über die hervorstechendsten Ereignisse, und auf diese Presse müssen wir uns im wesentlichen beziehen.

Der greise, aber durchaus noch „rührige“ Oberfaschist Franco setzte Anfang Januar während einer Ansprache im Prado-Palast das Panal für „schärferes Durchgreifen“. Indem er erklärte, der Kampf gegen den Terrorismus sei „so bedeutsam und wichtig, wie die Vorbereitung einer Armee auf einen Einsatz gegen einen äußeren Feind“, d.h. volle Mobilisierung aller Unterdrückungskräfte gegen die innere Opposition.

Forts. Seite 20

CDU-Erfolg in Hamburg – Ein Warnsignal

ERKLÄRUNG DER LEITUNG DES KB

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen Anfang März hat die SPD eine empfindliche Schlappe erlitten: Zum ersten Mal seit 1957 verlor die SPD die absolute Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft. Von 55,3% (1970) fiel sie auf 44,9%, also ein Verlust von mehr als 10%. Die CDU gewann rund 8% dazu, von 32,8% auf 40,6%. In zwei Bezirksversammlungen, denen von Altona und Wandsbek, ist die CDU jetzt stärker vertreten als die SPD.

Staates führt auf der Ebene der Wahlen noch nicht zu mehr als zum Austausch einer bürgerlichen Partei gegen eine andere. Um diese Verschiebung zugunsten der CDU richtig einzuschätzen, muß gesagt werden, daß die CDU sich im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf keineswegs darauf beschränkte, tatsächliche Mißstände demagogisch auszuschlachten (Situation an den Schulen und überhaupt die Situation der Kinder in Hamburg, Teuerung u.ä.), sondern auch eine massive offen rechtsgerichtete Agitation betrieb: gegen die „Radikalen“ im öffentlichen Dienst, gegen chilenische Flüchtlinge (die als von der SPD verhaselte „Revolution“ diffamiert wurden), gegen die Jusos, gegen angebliche „sozialistische (!) Experimente“ der SPD. Es handelt sich also offensichtlich nicht nur um eine äußerliche Verschiebung von Stimmen zugunsten der CDU, sondern daneben auch um eine Rechtsentwicklung unter Teilen des Volkes, die diesen Parolen der CDU ihre Stimme gaben.

Diese Entwicklung (Verschiebung von SPD zur CDU/CSU) steht insofern erst am Anfang, da es der Regierung z.Z. noch zugute kommt, daß die BRD beim internationalen March des Imperialismus in die Krise noch relativ gut dasteht, verglichen etwa mit Italien und Großbritannien.

Forts. Seite 25

WIE IM „WILDEN WESTEN“:

Sonderrecht für Bullen

Im Februar stand ein Kriminaloberwachmeister vor Gericht, der einen 18-jährigen Kollegen „aus Jux“ erschossen hatte. Der „Spaß“ ereignete sich im Mai 73 im Polizeipräsidium von Hannover. Der junge Polizist war von den Kollegen aufgefordert worden, ihnen Bier zu holen, hatte aber dazu wohl keine Lust gehabt. Da richtete Oberwachmeister Wessels seine Pistole auf den 18-jährigen und drückte „aus Spaß“ ab.

„Strafe“ für das Auslöschen dieses jungen Lebens: acht Monate mit Bewährung wegen „fahrlässiger Tötung“ und 1.500 DM Geldbuße.

Ein anderer Fall: Ein Münchner Polizeihauptmeister, Georg Schabl, fühlte sich durch den Lärm aus einer Kneipe gegenüber von seiner Wohnung gestört. Er marschierte mit seiner Dienstpistole in die Kneipe und ballerte nach einem kurzen Wortwechsel wie ein Irrer um sich. Ergebnis: vier

Gäste durch Bauchschuß, Hüftdurchschuß, Hodenschuß und Oberschenkelerschuß schwer verletzt. Kommentar des schiefwärtigen Bullen: „Ich bin Polizist. Ich kann schiessen, wann und auf wen ich will.“

Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an. Schabl, der übrigens schon früher Nachbarn mit seiner Waffe bedroht hatte, habe „in Notwehr“ gehandelt.

Forts. Seite 24

Generalstreik in Äthiopien

ERSTER NAGEL ZUM SARG DER FEUDAL-DIKTATUR

Zum erstenmal in der Geschichte des nordafrikanischen Staates Äthiopien sind Anfang März die Arbeiter des Landes in einen Generalstreik getreten.

Äthiopien wird vorwiegend von Großgrundbesitzern beherrscht. Kaiserhaus, Staatskirche und feudalistische Privatbesitzer teilen sich die Ausbeutung der Bauern, die ihnen bis zu 90 % ihrer Ernten als „Pacht“ abliefern müssen. Die Feudalherren haben an einer Entwicklung der Landwirtschaft wenig Interesse, was dazu geführt hat, daß allein im letzten Jahr in Äthiopien schätzungsweise 100.000 Menschen verhungerten. Die Industrie erwirtschaftet erst etwa 5 % des Nationaleinkommens; nur ca. 50.000

Forts. Seite 10



Die Studenten der Universität von Addis Abeba protestieren gegen das politische System in Äthiopien.

Die Unzufriedenheit mit den Zuständen der kapitalistischen Gesellschaft und der Politik des bürgerlichen

Forts. Metalltariffrage 74

die Schlichtung dazu, die Abschlüsse durchzusetzen:

- in den Verhandlungen wurden harte, scheinbar unnachgiebige Fronten aufgebaut: es standen 8,5 % gegen 15 - 18 %.
- gleichzeitig wurde in der langen Zeit das Interesse an den Tarifverhandlungen abgebaut. Dem dienten auch die vielen kleinen Aktionen, die kurzen Warnstreiks in den Betrieben (vergleiche Chronologie der Warnstreiks - mit denen vor allem die aktiven Gewerkschaftsmitglieder am Tarif-

kampf „beteiligt“ wurden.

- auf diesem Boden boten dann die ebenfalls über 3 - 4 Wochen gehenden Schlichtungsverhandlungen die Möglichkeit für einen „fairen Kompromiß“.

Die Absicht des Schlichtungsverfahrens beschrieb der Vorsitzende von Gesamtmetall, van Hüllen, in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 17. Februar so:

„Im Unterschied zum öffentlichen Dienst bedeutet bei uns das Scheitern von Verhandlungen nicht sogleich Arbeitskampf. Wir haben das Instrument der Schlichtung. Zur Zeit läuft bei uns in drei Tarifge-

bieten für fast die Hälfte der Beschäftigten der Metallindustrie bereits das Schlichtungsverfahren. Das Verfahren der Schlichtung läßt eigentlich erhoffen, daß noch ein Kompromiß der Vernunft gefunden wird.“

Und er wurde natürlich gefunden: 3 Tage nach diesem Interview, am 20. Februar einigten sich IGM und Gesamtmetall auf den 11 % Abschuß im größten Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen.

Die Schlichtung hatte sich bewährt. Nacheinander folgen jetzt die übrigen Tarifbezirke - alle Abschlüsse, bisher 10, wurden auf Basis des Schlichtungspruchs in Nordrhein-Westfalen gemacht.

Dabei ziehen die Gewerkschaftsführer um das Schlichtungsverfahren eine besondere Schau ab:

Auf der einen Seite loben sie das Abkommen:

„Nach der alten Regelung folgte den Verhandlungen automatisch ein Schlichtungsverfahren. Diese „Automatik“ konnte die IG Metall in langwierigen Verhandlungen herausboxen (!). Jetzt besteht Schlichtungszwang, wenn beide Tarifvertragsparteien oder eine von beiden die Schlichtungsstelle anrufen. Die IG Metall hatte eine gemeinsame Anrufung abgelehnt.“ (METALL-NACHRICHTEN für Hamburg und Schleswig-Holstein vom 18.2.)

Auf der anderen Seite klagen sie: „Arbeitsgeberverband der Metallindustrie im Unterwesergebiet hat die Schlichtungsstelle angerufen. Uns hat das nicht besonders überrascht (!), denn dadurch können die Unternehmen ungefähr einen weiteren Monat über ein besseres Angebot „nachdenken“.“

Die Dauer der Schlichtung hat sich gegenüber der alten Schlichtungsordnung - die unter den Metallarbeitern wiederholt auf Proteste stieß noch erhöht: von 19 auf bis zu 30 Tage (und nicht wie die Gewerkschaftsführer beschönigend immer schreiben 26 Tage - denn das sind allein Werktage !).

Schon „herausgeboxt“ haben sie, die IG Metall-Führer. Ganz offensichtlich wurde dieser „Erfolg“ beim Schattenboxen erzielt.

(Zum genauen Inhalt des Schlichtungsabkommens, seiner Bedeutung und seinem Zustandekommen vergleiche „Wohin steuert die IG Metall“ Teil 3, in einem der nächsten AKs.)

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

Zum Beispiel Hamburg

Die Schlichtung.

der organisierte STREIKBRUCH!

Erstmals in diesem Jahr wird nach einem neuen Schlichtungsabkommen verfahren.

Diese Schlichtung stellt eine erhebliche Verschlechterung des bisherigen Schlichtungsabkommens dar, nach dem schon in der Vergangenheit wiederholt Tarifauseinandersetzungen „abgekühlt“ wurden: Nach dem alten Abkommen verlief die Schlichtung so:

Nach dem Scheitern der Verhandlungen trat automatisch ein Schlichtungsabkommen in Kraft, das in einer Dauer von 19 Tagen unter dem Vorsitz eines auszuwählenden Schlichters eine Einigung vorsah. Während der Zeit der Schlichtung bestand „Friedenspflicht“, alle stattfindenden Kampfmaßnahmen waren nicht offiziell. Diese „Friedenspflicht“ diente praktisch dazu, vorhandene Streikbereitschaft durch Verzögerung des Tarifkampfes „abzukühlen“.

Und das neue Abkommen?

Die automatische Schlichtung fällt weg. Stattdessen beginnt die Schlichtung nur, wenn Kapitalistenverbände und Gewerkschaftsführer gemeinsam innerhalb von 3 Tagen die Schlichtung anrufen, oder wenn eine der beiden Tarifparteien innerhalb von weiteren 2 Tagen die Schlichtung anruft (insgesamt also 5 Tage). Theoretisch könnte damit, wenn keiner sich dazu entschließt, die Schlichtung anzurufen, 6 Tage nach Scheitern der Verhandlungen die offizielle Streik beginnen, da die „Friedenspflicht“ erloschen ist.

Wie gesagt, theoretisch - und mit diesem „theoretisch“ wollen uns die Gewerkschaftsführer dieses Abkommen auch verkaufen. Es ist aber ohne weiteres möglich, die Schlichtung auf 31 Tage auszudehnen und darüber hinaus ist es möglich, noch während des Streiks im gegenseitigen Einvernehmen die Verhandlungen wieder neu aufzunehmen und das ganze noch mehr zu verzögern. Darüber hinaus kann selbst während eines Streiks noch eine „besondere Schlichtung“ eingeführt werden, die nach demselben, oben skizzierten Schlichtungsschema verläuft.

Und das bei solchen Leuten, die heute in den Gewerkschaften den Ton anheben!

Der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der Streik wird dann

der und sagen: ja, wir wollten, aber die bösen Kapitalisten haben die Schlichtung angereuert und jetzt können wir nicht.

Dabei ist dieses Abkommen im letzten Jahr mit ihrer ausdrücklichsten Zustimmung aufgenommen und gelobt worden:

Mit dem Abkommen „konnte den Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen Anfang August ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis mitgeteilt werden, das sachgerechte Veränderungen des geltenden Abkommens mit sich brachte.“ (aus DER GEWERKSCHAFTEN Nr. 10 vom Oktober 1973, IGM-Zeitung).

Das neue Schlichtungsabkommen vom Oktober 1973: Der Schlichtungs-Kalender

Ende September 1973 vereinbarten die IGM und der Kapitalistenverband Gesamtmetall rechtzeitig vor der beginnenden Tarifrunde ein neues Abkommen zur Schlichtung.

5 Jahre, seit April 1968, hatten sie darum verhandelt, in insgesamt 16 Treffen von „Expertenkommissionen“ und 4 Spitzengesprächen der Verbände. Damit wurde das alte Abkommen von 1964 abgelöst. Diese neue Schlichtung stellt eine weitere Verschlechterung des sowieso schon beschissenen Schlichtungsabkommens dar. Und nicht zufällig ist dieses Abkommen zu einer Zeit verschärft worden, der Kapitalistenklasse relativ lautlos abgeschlossen wurden.

Hier der sogenannte Schlichtungskalender, der die Möglichkeit der Verzögerung der Tarifverhandlungen verdeutlicht:

- a) Verhandlung gescheitert 5 Werktage (1)
- b) die Schlichtungsstelle wird angerufen, Frist hierfür bis zu 4 Werktage
- c) Unterrichtung der Schlichter 4 Werktage
- d) Schlichtungsstelle tritt zusammen 3 Werktage
- e) Entscheidung über den Einigungsvorschlag 5 Werktage
- f) Verlängerung der Frist zur Vorlage des Vorschlags 3 Werktage
- g) Frist zur Annahme oder Ablehnung des Vorschlags 6 Werktage

zusammen: 26 Werktage

Das heißt also 26 Werktage oder 30 - 31 Tage (mit Sonntagen) insgesamt. Selbst wenn die kürzesten Fristen eingehalten werden, macht das immer noch 21 Werktage oder 24 Tage insgesamt.

Das neue Schlichtungsabkommen ist nichts weiter als der organisierte und vertraglich festgelegte Streikbruch. In diesem Sinne müssen wir es auch bekämpfen.

WEG MIT DER SCHLICHTUNGSORDNUNG muß hierzu unsere Forderung lauten.

Die Lohnleitlinien - Abschlüsse

der IG-Metall Führer:

23 und 26 Arbeitstage).

- 50% Urlaubsgeld ab 1. Januar 1974.

- Laufzeit 12 Monate bis zum 31.12.74.

+ am 22. Februar Abschuß in Hessen auf der Basis von NRW.

+ am 3. März Abschuß in West-Berlin auf der Basis von NRW.

+ am 3. März Abschuß in Niedersachsen auf der Basis von NRW.

+ am 3. März Abschuß im Saarland auf der Basis von NRW.

+ am 6. März Abschuß in Südwürttemberg/Hohenzollern auf der Basis von NRW.

+ am 8. März Abschuß in Rheinland-Pfalz auf der Basis von NRW.

+ am 9. März Abschuß in Südbaden auf der Basis von NRW.

In der Tat blieb nichts von den großen Worten der IGM-Führer. Nur eines wollen wir hier noch schnell zitieren:

„Wenn Gesamtmetall sich jetzt in die Schlichtung flüchtet (hört, hört!), in der Erwartung, die Abschlüsse im öffentlichen Dienst würden generell zum Muster für die Metallindustrie, so muß nachdrücklich gesagt werden: die IG Metall hat andere Forderungen als die ÖTV erhoben, sehr differenziert nach Tarifgebieten, und wir haben u.a. die Frage der Laufzeiten nicht umsonst (vielleicht für Geld? Anm. der Red.) gestellt. Einen Bundesgeneraltarifvertrag kann und wird es nicht geben.“

Die nächste Tarifbewegung kam!

Und das waren die Ergebnisse:

+ im November: 11% für die Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, Laufzeit zu der Zeit 10/12 Monate.

+ im Dezember: 11% für die Stahlarbeiter der Bremer Klockner-Werke.

+ Anfang Januar: 11% für die Stahlarbeiter bei Peine-Salzgitter.

+ am 14. Januar: 11% für die Stahlarbeiter im Saarland.

In allen Fällen erhielten die Lehrlinge aller Lehrjahre 50 DM mehr!

Gut ein halbes Jahr nach den oben zitierten Worten Loderers schrieb dieser in einem Rückblick auf das Jahr 1973 und

den 11%-Abschuß (ÖTV = 11%).

kein Bundesgeneraltarifvertrag --

Noch einmal Nordrhein-Westfalen

Ein besonderer Beleg für das Eingehen der IG Metall-Führer auf die Lohnleitlinien-Politik der Kapitalisten wurde mit einem Tarifabschuß im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk der Sanitär- und Heizungstechnik für 60.000 Beschäftigte geboten. Dieser Abschuß ging nahezu unbemerkt über die Bühne, da im Metallhandwerk mangelnde Organisation und Zusammenhalt der Beschäftigten solche Rückschlüsse, wie sie bei den relativ kampfstarken Stahl- und Metallarbeitern nötig sind, nicht erfordert.

So wurden abgeschlossen:

- 9% mehr Lohn und Gehalt.

- Laufzeit 12 Monate.

Datum des Abschlusses: 31. Januar 1974.

Begründung des zuständigen Unternehmensverbands: „Der Fachverband für Sanitär- und Heizungstechnik führt den relativ gemäßigten Tarifabschuß auf die schlechte Auftragslage zurück.“

(„Handelsblatt“ vom 1.2.74)

Klipp und klar: ein Abschuß an der untersten Grenze der Lohnleitlinien!

Und so war's denn auch. Die 11% waren der Vorreiter zu den später folgenden Abschlüssen auf den Lohnleitlinien der Kapitalisten sowohl in der Stahlindustrie als auch in der Metallindustrie, aus der uns bisher (bei Redaktionsschluß) folgende Ergebnisse bekannt sind:

+ am 20. Februar Abschuß in Nordrhein-Westfalen. Alle folgenden Abschlüsse orientierten sich an diesem „Modell“. Wir geben es ausführlich wieder:

- Erhöhung der Löhne vom Januar 1974-Oktober 1974 um 11%.

Für November und Dezember weitere 2%.

- Anhebung der unteren Lohngruppen 3 und 6 um je 1 Prozent und 4 und 5 um je 2 Prozent (Beispielweise 3: von 83 % von 100 auf 84 %).

Die „Leichtlohngruppen“ 1 und 2 werden nicht angehoben!

Diese Anhebung ist laut Abschuß ausdrücklich auf übertarifliche Lohnbestandteile anrechenbar!

- Erhöhung der Lehrlingslöhne um 70 DM pro Lehrjahr.

- 2 Tage mehr Urlaub ab 1974 pro Altersstufe (20,

den 11%-Abschuß (ÖTV = 11%).

Die herausragenden gewerkschaftspolitischen Ereignisse waren aber zweifellos die Tarifabschlüsse in Nordrhein-Westfalen bei Elen und Stahl (11% !, die Red.). Mit beiden Abschlüssen wurden tarifpolitische Durchbrüche (!) erzielt, und die Signalwirkung (!!) wird sowohl national wie international beträchtlich sein. Die tarifpolitische Vorreiterrolle wurde erneut eindrucksvoll bestätigt.“ (aus „Der Gewerkschafter“ Nr. 1/74).

Und so war's denn auch. Die 11% waren der Vorreiter zu den später folgenden Abschlüssen auf den Lohnleitlinien der Kapitalisten sowohl in der Stahlindustrie als auch in der Metallindustrie, aus der uns bisher (bei Redaktionsschluß) folgende Ergebnisse bekannt sind:

+ am 20. Februar Abschuß in Nordrhein-Westfalen. Alle folgenden Abschlüsse orientierten sich an diesem „Modell“. Wir geben es ausführlich wieder:

- Erhöhung der Löhne vom Januar 1974-Oktober 1974 um 11%.

Für November und Dezember weitere 2%.

- Anhebung der unteren Lohngruppen 3 und 6 um je 1 Prozent und 4 und 5 um je 2 Prozent (Beispielweise 3: von 83 % von 100 auf 84 %).

Die „Leichtlohngruppen“ 1 und 2 werden nicht angehoben!

Diese Anhebung ist laut Abschuß ausdrücklich auf übertarifliche Lohnbestandteile anrechenbar!

- Erhöhung der Lehrlingslöhne um 70 DM pro Lehrjahr.

- 2 Tage mehr Urlaub ab 1974 pro Altersstufe (20,

den 11%-Abschuß (ÖTV = 11%).

Die herausragenden gewerkschaftspolitischen Ereignisse waren aber zweifellos die Tarifabschlüsse in Nordrhein-Westfalen bei Elen und Stahl (11% !, die Red.). Mit beiden Abschlüssen wurden tarifpolitische Durchbrüche (!) erzielt, und die Signalwirkung (!!) wird sowohl national wie international beträchtlich sein. Die tarifpolitische Vorreiterrolle wurde erneut eindrucksvoll bestätigt.“ (aus „Der Gewerkschafter“ Nr. 1/74).

Und so war's denn auch. Die 11% waren der Vorreiter zu den später folgenden Abschlüssen auf den Lohnleitlinien der Kapitalisten sowohl in der Stahlindustrie als auch in der Metallindustrie, aus der uns bisher (bei Redaktionsschluß) folgende Ergebnisse bekannt sind:

+ am 20. Februar Abschuß in Nordrhein-Westfalen. Alle folgenden Abschlüsse orientierten sich an diesem „Modell“. Wir geben es ausführlich wieder:

- Erhöhung der Löhne vom Januar 1974-Oktober 1974 um 11%.

Für November und Dezember weitere 2%.

- Anhebung der unteren Lohngruppen 3 und 6 um je 1 Prozent und 4 und 5 um je 2 Prozent (Beispielweise 3: von 83 % von 100 auf 84 %).

Die „Leichtlohngruppen“ 1 und 2 werden nicht angehoben!

Diese Anhebung ist laut Abschuß ausdrücklich auf übertarifliche Lohnbestandteile anrechenbar!

- Erhöhung der Lehrlingslöhne um 70 DM pro Lehrjahr.

- 2 Tage mehr Urlaub ab 1974 pro Altersstufe (20,

den 11%-Abschuß (ÖTV = 11%).

Die herausragenden gewerkschaftspolitischen Ereignisse waren aber zweifellos die Tarifabschlüsse in Nordrhein-Westfalen bei Elen und Stahl (11% !, die Red.). Mit beiden Abschlüssen wurden tarifpolitische Durchbrüche (!) erzielt, und die Signalwirkung (!!) wird sowohl national wie international beträchtlich sein. Die tarifpolitische Vorreiterrolle wurde erneut eindrucksvoll bestätigt.“ (aus „Der Gewerkschafter“ Nr. 1/74).

Und so war's denn auch. Die 11% waren der Vorreiter zu den später folgenden Abschlüssen auf den Lohnleitlinien der Kapitalisten sowohl in der Stahlindustrie als auch in der Metallindustrie, aus der uns bisher (bei Redaktionsschluß) folgende Ergebnisse bekannt sind:

+ am 20. Februar Abschuß in Nordrhein-Westfalen. Alle folgenden Abschlüsse orientierten sich an diesem „Modell“. Wir geben es ausführlich wieder:

- Erhöhung der Löhne vom Januar 1974-Oktober 1974 um 11%.

Für November und Dezember weitere 2%.

- Anhebung der unteren Lohngruppen 3 und 6 um je 1 Prozent und 4 und 5 um je 2 Prozent (Beispielweise 3: von 83 % von 100 auf 84 %).

Die „Leichtlohngruppen“ 1 und 2 werden nicht angehoben!

Diese Anhebung ist laut Abschuß ausdrücklich auf übertarifliche Lohnbestandteile anrechenbar!

- Erhöhung der Lehrlingslöhne um 70 DM pro Lehrjahr.

- 2 Tage mehr Urlaub ab 1974 pro Altersstufe (20,

den 11%-Abschuß (ÖTV = 11%).

Die herausragenden gewerkschaftspolitischen Ereignisse waren aber zweifellos die Tarifabschlüsse in Nordrhein-Westfalen bei Elen und Stahl (11% !, die Red.). Mit beiden Abschlüssen wurden tarifpolitische Durchbrüche (!) erzielt, und die Signalwirkung (!!) wird sowohl national wie international beträchtlich sein. Die tarifpolitische Vorreiterrolle wurde erneut eindrucksvoll bestätigt.“ (aus „Der Gewerkschafter“ Nr. 1/74).

Und so war's denn auch. Die 11% waren der Vorreiter zu den später folgenden Abschlüssen auf den Lohnleitlinien der Kapitalisten sowohl in der Stahlindustrie als auch in der Metallindustrie, aus der uns bisher (bei Redaktionsschluß) folgende Ergebnisse bekannt sind:

+ am 20. Februar Abschuß in Nordrhein-Westfalen. Alle folgenden Abschlüsse orientierten sich an diesem „Modell“. Wir geben es ausführlich wieder:

- Erhöhung der Löhne vom Januar 1974-Oktober 1974 um 11%.

Für November und Dezember weitere 2%.

- Anhebung der unteren Lohngruppen 3 und 6 um je 1 Prozent und 4 und 5 um je 2 Prozent (Beispielweise 3: von 83 % von 100 auf 84 %).

Die „Leichtlohngruppen“ 1 und 2 werden nicht angehoben!

Diese Anhebung ist laut Abschuß ausdrücklich auf übertarifliche Lohnbestandteile anrechenbar!

- Erhöhung der Lehrlingslöhne um 70 DM pro Lehrjahr.



Forti. Metalltarifrunde 74

eine „Große Funktionsversammlung“ mit fast 1500 Funktionären statt. Hier wurde von den Gewerkschaftsführern und ihren Helfern in den Betrieben „Dampf und Kampf“ sondergleich gemacht. Sprüche wie „18 Prozent aus dem Sack – zack-zack“ waren an der Tagesordnung. Kritische Stimmen wurden in dieser angeheizten Kampfstimmung unter den Tisch gelegt.

Am 11. Januar – einen Tag später – begannen die Tarifverhandlungen in Hamburg.

Am 28.1., 6.2. und 8.2. beteiligten sich mehrere Tausend Metallarbeiter an kurzen Warnstreiks.

Am 6. Februar scheitern die Verhandlungen – wie überall wurden 8,5 % angeboten.

Für den 16. Februar wurde erst die Tarifkommissionssitzung zur Beschlussfassung über das Scheitern einberufen, da Bezirksleiter vom Steeg wegen Verpflichtungen in Bremen-

Unterweser nicht eher konnte!

Am 25. Februar – fast drei Wochen nach dem Scheitern – beschloß der Frankfurter IGM-Hauptvorstand hierüber und genehmigte gnädig das Scheitern.

Es kam wie es kommen mußte: am letzten Tag der Frist riefen die Kapitalisten die Schlichtung an (5. März) und vor ein paar Tagen, am 12. März begannen die Schlichtungsverhandlungen.

Seit mehr als 9 Wochen wird in Hamburg verhandelt und geschlichtet.

Von Tarifkampfstimmung ist hier nichts mehr zu spüren.

Regionale Verhandlungen und Schwerpunktstreiks

Verzögern der Verhandlungen und die Schlichtung dienen zum Durchsetzen des Lohnleitlinienabschlusses für alle Metallarbeiter.

Und dieser Abschluß wird zentral



Die „Arbeiterführer“ der IGM-Zentrale „im Streik“: von links: IGM-Betriebsleiter vom Steeg, BR-Vorsitzender der AG Weser Böhmann, IGM-Vorstandsmitglied Anke Fuchs und IGM-Vorsitzender Loderer

für alle Metallarbeiter durchgesetzt, darüber kann alles nebenbei Abgeschlossene nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil: alle zusätzlich zum Lohn- und Gehaltstarif vorgenommenen Abschlüsse dienen einzig und allein dazu, über den miesen Lohnabschluß hinwegzutäuschen – diesen aufzuwerten. Das wird mit allen möglichen Rechnungen belegt (insgesamt seien 15 % abgeschlossen – Urlaub usw. wird in Lohnprozente umgerechnet).

In dieser Argumentation treffen sich Kapitalisten und Gewerkschaftsführer – die einen, um „nachzuweisen“, wie hart sie von den Erhöhungen getroffen seien, die anderen, um „nachzuweisen“, wie sie sich für die Arbeiter ins Zeug gelegt haben. Ihre Rechnung: 11 % = 15 %.

Das Perverse an dieser Rechnung ist, daß hier Dinge mit hinzugegerechnet werden, die aus ganz anderen Tarifverträgen stammen (Lohnrahmen, Manteltarif, Urlaubsabkommen) und zum Teil schon seit Jahren gekündigt sind und verhandelt werden!

Hinzu kommt, daß 2 Tage mehr Urlaub zwar mehr (notwendige) Erholungszeit sind, aber eben nicht mehr Lohn und Gehalt zu dem einen rechnen, was er will.

Wie gesagt, in bisher zehn Fällen wurde bei 11 % abgeschlossen.

Das hält allerdings den Tarifexperten der IG Metall, Hans Mayr, nicht ab, in der Zeitung METALL in einer ersten Zwischenbilanz froh zu schreiben:

„In Nordrhein-Westfalen ist ein gemeinsamer Einigungsentscheidungsprozess erreicht worden, der von der zuständigen Tarifkommission mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde und dem mittlerweile auch die Arbeitgeberseite zugestimmt hat. Den Arbeitgebern ist es jedoch nicht gelungen, sich auf den nordrhein-westfälischen Positionen einzulassen. Dafür hat das heftige Verhandlungsergebnis einen ersten Beweis erbracht, das eine Fülle regional-spezifischer Regelungen und Modifikationen enthält.“ (METALL 5, März 74).

In der Tat wird in der Metallindustrie regional verhandelt. Nur, das letzte Entscheidungsrecht hat die IGM-Zentrale, der Hauptvorstand in Frankfurt. Und der setzte in allen Tarifabschlüssen des letzten Jahres in den regionalen Verhandlungen zentrale mit den Kapitalisten vereinbarte Abschlüsse durch.

Die regionalen Verhandlungen dienen vielmehr dazu, in allen Tarifbezirken den 11 %-Abschluß als großen Erfolg zu verkaufen außer in den 3 norddeutschen Bezirken Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein mit weniger als 10 Prozent aller Metallarbeiter.

Hier sei eine andere Situation, als im übrigen Bundesgebiet. Als Grund hierfür wird die wirtschaftliche Lage angegeben. Allerdings nicht die der Arbeiter, sondern die der kapitalistischen Betriebe.

Schon frühzeitig – offiziell im Januar – bestimmten die Gewerkschaftsführer Norddeutschland zum Streikgebiet. Zentrum sollte Bremen-Unterweser sein. Die Begründung hierfür:

Die Bremer Wirtschaft, besonders der Schiffbau, habe eine ausgezeichnete Auftragslage.

Mit nur knapp 30 000 organisierten IGM-Mitgliedern wird ein Streik hier nicht so teuer wie im großen Nordrhein-Westfalen.

Es wird deutlich, daß bei der Taktik der Schwerpunktstreiks nicht danach verfahren wird, mit welchen Mitteln und mit welcher Taktik Forderungen am besten durchgesetzt werden können. Aber darüber ist in der Frankfurter IGM-Zentrale überhaupt nicht diskutiert worden!

Vielmehr geht es den Gewerkschaftsführern darum, das Image ihrer Gewerkschaft als Kampforganisation und Interessenvertretung der in ihr Organisierten zu erhalten, ohne den Kapitalisten einen zu großen Schaden zuzufügen: das heißt, es muß ein „kämpferischer Abschluß“ vorgeplant werden, der dennoch

nicht über den Lohnleitlinien der Kapitalisten liegt.

Bremen – die große Ausnahme?

Sieht es in Bremen-Unterweser nun alles ganz anders aus, denn schließlich wird hier ja gestreikt und das von seiten der streikenden Arbeiter und Angestellten mit großem Nachdruck.

Tatsache ist, daß auch dieser Streik Bestandteil der Taktik der Gewerkschaftsführer ist. Auch er wird nicht als Kampf zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten geführt, sondern als Legitimation der eigenen Politik.

Auch in Bremen-Unterweser ist ein Abschluß auf Lohnleitlinien eine klare Sache und das herauskommende Tarifergebnis bedeutet nichts anderes, als daß die IG Metall-Führer gemeinsam mit den Kapitalisten eine Niederlage der Arbeiter organisieren.

Dem Verzögern der Verhandlungen und der Schlichtung folgte erst 4 Tage nach Erlöschen der Friedenspflicht die Urabstimmung.

Wichtig ist aber vor allem, daß der zentrale Tarifabschluß in Nordrhein-Westfalen vor einem Streik in Bremen lag. Damit und mit den Abschlüssen in anderen Bezirken wird wiederum für Bremen eine Orientierungsmarke gesetzt – d. h. man ist runter von der Bremer 18 %-Forderung.

Auch der Urabstimmung folgte nicht gleich ein Streik, sondern erst 5 Tage danach. Dabei wollten die Gewerkschaftsführer sogar noch später beginnen, was die Tarifkommission aber ablehnte. Besonders die Werftarbeiter vom Bremer Vulkan forderten schnellen Streikbeginn (sie wollten am Montag beginnen, 3 Tage nach der Urabstimmung vom Freitag). Sie wollten vor allem verhindern, daß die großen Werften noch vor Streikbeginn ihre Aufträge ausliefern (so geschehen auf der Seebeckwerft). Dazu heißt es in der Nordsee-Zeitung vom 7.3.

Der „fortgesetzte Matrosenstreik“ (Karin Bornhofen) führte seine

J. Reents

Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13

Chronik der Warnstreiks in der Metallindustrie

Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen dauerten die nachfolgend aufgeführten Warnstreiks nur jeweils eine halbe bis eine Stunde. Zwar fanden fast jeden Tag (die folgende Liste ist sicher nicht vollständig) kleinere Streiks statt, jedoch haben solche Aktionen wohl kaum Einfluß auf die ablaufenden Tarifverhandlungen. Vielmehr dienen derlei Nadelstiche gegen die Kapitalisten dazu, die aktiven Mitglieder in Aktion zu halten und sie auch ein bißchen am Tarifkampf teilhaben zu lassen.

Wenig geeignet, Druck auf die Kapitalisten auszuüben oder ihnen gar Angst einzujagen, eignen sie sich doch dafür, den Eindruck eines harten Kampfes am Prozenten entstehen zu lassen.

Selbst wenn „massiver“ zugeschlagen wurde (18.000 in NRW und Südwürttemberg, 15.000 in Hessen), geschah das in Kurzstreiks – in diesem Falle eben nur in mehreren Betrieben auf einmal.

Wenige Tage nach so einem „Großkampf“ folgte dann der Tarifabschluß (vergleiche unten).

In Bremen/Unterweser fanden die ersten Warnstreiks statt:

24.1. 11.000 Arbeiter beteiligten sich in Bremen und Bremerhaven an zumeist halbstündigen Warnstreiks. In Bremerhaven: Rickmers-Werft, Seebeck-Werft, Schichau-Unterweser AG.

In Bremen: Krupp Atlas Elektronik, Vulkan-Werft.

Am selben Tag streikten 4.000 Arbeiter in Kiel: bei Hagen und MAK.

28.1. Mehrere hundert Arbeiter in Hamburg streikten für 1/2-1 Stunde: Howaldt-Werft (350), Siemens (155), Demag-Conz.

30.1. Mehrere tausend Arbeiter beteiligten sich in Reutlingen (Südwestfalen) an Warnstreiks und Protestdemonstrationen.

1.2. In Schleswig-Holstein, besonders in Lübeck (Flenderwerft) und Flensburg (FSG und Ullrich KG) nehmen 4.000 Arbeiter an Warnstreiks teil. Die Flensburger Metallführer führen eine Demonstration durch.

4.2. Über 300 Beschäftigte von AEG in Neumünster (Schleswig-Holstein) beteiligten sich an einem vierstündigen Warnstreik und einer Demonstration.

5.2. In Ulm, Mannheim und Ludwigshafen (Nordbaden) gibt es zahlreiche Warnstreiks. Ebenfalls 1.000 Arbeiter der Meyer-Werft in Papenburg/Emis streiken kurz.

6.2. Fast 3.000 Arbeiter beteiligten sich in Hamburg an Warnstreiks: bei der Howaldt-Werft (900), SE-Fahrzeugwerke (1.000), Mahk AG.

8.2. Ca. 200 Arbeiter der Nordwerft in Hamburg treten in einen kurzen Warnstreik.

11.2. Der größte Teil der Arbeiter von Hansa-Rohstoff und Altwert in Essen treten in Warnstreiks.

14.2. 2.700 Metallarbeiter in Schamberg (Baden-W.) treten in einen halbstündigen Warnstreik.

18.2. Ca. 18.000 Arbeiter betei-

ligten sich an halb- bis einstündigen Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen.

Im Gußstahlwerk Iselburg von Klockner-Humboldt-Deutz (400), bei Gildemeister in Bielefeld und Sennestadt (1.300), Winkhaus in Münster (300), Hymme (100), Ankerwerke (5.000), Nähmaschinen-Adler (1.200), alle in Bielefeld, bei Reckermann und Prinz in Solingen und der Gutehoffnungshütte (1.000) in Oberhausen.

(2 Tage später wird in Nordrhein-Westfalen abgeschlossen.)

19.2. 450 Arbeiter bei Messerschmitt in Augsburg streikten 1/4 Stunde.

20.2. 9.000 Arbeiter in NRW streikten kurz, u. z. bei Klockner-Humboldt-Deutz in Köln (8.000).

21.2. 15.000 Arbeiter beteiligten sich an Warnstreiks in Hessen. Bei VW (300 Leiharbeiter), AEG und Wiedmann in Kassel, bei Klinger (350) in Idstein, bei Siemens Schützwerk (300) in Albstadt (Südwestfalen).

Wörner (500), Messer Griesheim (400), Klinsch & Co. (400) – alle in Frankfurt und bei Fritz Wörner in Geisenheim (1.800). (1 Tag später wird in Hessen abgeschlossen.)

20.2. 1.500 Reutlinger Metallarbeiter bei Wagner, Soll und Wal-las streikten.

22.2. 1.500 Arbeiter von MAN in Nürnberg streikten kurz.

28.2. 5.000 Metallarbeiter in Tübingen, Ravensburg und der Zahnradfabrik Friedrichshafen (3.600) streikten.

1.3. Ca. 18.000 Metallarbeiter beteiligten sich an Warnstreiks in Südwürttemberg / Hohenzollern (in ca. 30 Betrieben).

(5 Tage später wird in Südwürttemberg abgeschlossen.)

In Hessen gibt es Proteststreiks gegen den Tarifabschluß: 4.000 Arbeiter der Maschinenfabrik Schenck in Darmstadt streikten. Ebenfalls in Darmstadt protestierten 2.000 Arbeiter bei Bosch in einem eineinhalbstündigen Streik gegen den niedrigen Abschluß.

2.3. Aus Protest gegen die Streichung überhöhter Leistungen nach dem Tarifabschluß treten 1.600 Arbeiter von Miele in Gütersloh und Bielefeld in einen erfolgreichen Warnstreik.

4.3. Für 1 1/2 Stunden streikten wiederum 2.000 Arbeiter der Flenderwerft in Lübeck.

5.3. 1.500 Arbeiter von Südbremse in München streikten für 1 Stunde.

6.3. Der Vollstreik in Bremen-Unterweser beginnt.

In der Tappert-Anhänger-Fabrik in Ratingen (NRW) tritt die Belegschaft in einen Warnstreik gegen die Kürzung überhöhter Zulagen nach der Tarifierhöhung.

7.3. 300 Cuxhavener Werftarbeiter streikten für eine Stunde.

8.3. Mehr als 20.000 Metallarbeiter Bayerns beteiligten sich an Warnstreiks in München und Augsburg.

18.000 bei BMU, außerdem bei Kraus-Maffei, Hurth, MTU, MBB und Zündapp.

(Stand vom 11.3.74)

Hiermit bestelle ich:

Anzahl

- | | | |
|--------------------------|--|------------------|
| <input type="checkbox"/> | Zum Nahost-Problem Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF 50 Seiten 2. erweiterte Auflage | DM 2,- |
| <input type="checkbox"/> | Zur Politik des KBW (NRF) Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG, 75 Seiten | DM 3,- |
| <input type="checkbox"/> | Chile: vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur 3. geänderte und erweiterte Auflage | DM 4,- |
| <input type="checkbox"/> | Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1956/57 Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe 16 Seiten | DM 1,- |
| <input type="checkbox"/> | Amis raus aus Indochina! Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten 2. erweiterte Auflage, 26 Seiten | DM 0,50 |
| <input type="checkbox"/> | Wem nützen die Bomben bei Springer? Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anläßlich der Bader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie 32 Seiten | DM 1,50 |
| <input type="checkbox"/> | Von Finelli zu Feltrinelli – politischer Mord in Italien In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enthüllt 44 Seiten | DM 1,50 |
| <input type="checkbox"/> | Wohnungsprobleme in Westdeutschland Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März 72 Eine 4. erweiterte Auflage 64 Seiten (Kleinformat) | DM 1,50 |
| <input type="checkbox"/> | Die Emanzipation der Frau in Palästina Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema 24 Seiten | DM 1,- |
| <input type="checkbox"/> | Zum Aufbau eines sozialistischen Studentenbundes Teil 2 40 Seiten | DM 1,50 |
| <input type="checkbox"/> | Nachdrucke von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung Teil 1 58 Seiten Teil 2 62 Seiten | DM 2,- DM 2,- |

Forti. Metalltarifrunde 74

Werftprobefahrt durch. Ursprünglich war die Ablieferung erst für Mitte März vorgesehen, dürfte nun aber wohl wegen des Streiks vorgezogen worden sein.

Die Vulkan-Arbeiter hatten eine Besetzung des Tankers „Lagena“ angedroht, als Gerüchte bekannt wurden, der Tanker solle nach Belgien geschleppt und dort fertiggestellt werden.

Während der unmittelbaren Streikvorbereitungen begannen die IGM-Führer am Abend von dem Streikbeginn wiederum Verhandlungen mit den Kapitalisten, obwohl sie vorher sehr wortwärdig tönten, Verhandlungen nur, wenn ein akzeptables Angebot vorliegt. Grund für diese als „Gespräche“ getarnten Verhandlungen – die auch während des Streiks weiterliefen, war ein Telegramm von Gesamtmetall:

„Wir schließen eine von den bisher bekannt gewordenen Verhandlungsergebnissen bzw. Einigungsvorschlägen abweichende Lösung des Konflikts nicht aus.“

Schließlich setzten die Gewerkschaftsführer gegen den Widerstand vieler Tarifkommissionsmitglieder die „besondere Schlichtung“ durch (das war am 3. Streiktag). Otto vom Steeg (IGM-Bezirksleiter) begründete das so:

„Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen.“

Selbst in den Streik-Nachrichten vom 11.3. schreiben die Gewerkschaftsführer:

„Die Frage der Berufung einer besonderen Schlichtungsstelle“ wurde von der Tarifkommission intensiv diskutiert. Die Sprecher der Belegschaften erklärten, die Ablehnung des 1. Einigungsvorschlags durch die Unternehmer und ihr Verhalten während des Arbeitskamps ermutigen nicht zu einem 2. Schlichtungsversuch.“

Am 13.3. begann diese „besondere Schlichtung“. Den Beschluß hierüber faßte in einsamer Entscheidung der IGM-Hauptvorstand. Ihr besonderes Kennzeichen ist, daß sie nicht, wie die normale Schlichtung regional geführt wird, sondern von den Vorständen der Verbände



94% der abstimmenden Metallarbeiter in Bremen-Unterweser stimmten eindeutig für Streik (unser Bild: Abstimmung auf der Krupp-Werft AG Weser)

Der Bremer Schlichtungsstelle gehen an:

2 zentrale Schlichter (aus Frankfurt und Saarbrücken) sowie der 2. Vorsitzende der IGM, Mayr, und der stellvertretende Vorsitzende von Gesamtmetall, Knapp; daneben je zwei Vertreter der Verbände aus Bremen-Unterweser.

„Für vom Steeg (IGM) wie auch für Dr. Wehr gab es gestern Abend noch ein „magisches Dreieck“. Seine drei Punkte heißen Löhne, Urlaubsgeld und Alterssicherung. Die Schwierigkeit bestand darin, eine Lösung zu finden, die der IG Metall die Möglichkeit bietet, ihren Mitgliedern mehr als 11 Prozent als Verhandlungsergebnis anbieten zu können, ohne daß dabei die Arbeitgeber ein über das Volumen der nordrhein-westfälischen Abschlüsse hinausgehendes Ergebnis akzeptieren müssen.“ (Bremer Nachrichten vom 6.3.74).

Und tatsächlich hat die IGM-Führung seit Abschluß der Urabstimmung und mit Streikbeginn in der fast täglich erscheinenden Ausgabe der METALL-NACHRICHTEN

(später STREIK-NACHRICHTEN) die 18%-Forderung mit keinem Wort mehr erwähnt, die zu Beginn der Tarifrunde in großen roten Buchstaben noch so herausgeputzt wurde. Stattdessen ist in den 5 unausliegenden Ausgaben der STREIK-NACHRICHTEN sehr viel Raum der Erläuterung der Forderung nach Kündigungsschutz im Alter („Kampf um Rechte von morgen“) gegeben worden und in der Ausgabe vom 9. März heißt es unter der Überschrift:

„Marktgerechte Forderungen“ nur noch in der folgenden Reihenfolge:
– Mehr Sicherheit im Alter
– Gerechte Löhne und Gehälter
– Mehr Urlaub
Das sind die berechtigten Forderungen.
Der Lohnleitlinienabschluß in Bremen ist eine beschlossene Sache. Mit der „besonderen Schlichtung“ ist er unmittelbar eingeleitet.

Schleswig-Holstein
Ähnlich wie in Hamburg (s.o.) wurde auch in Schleswig-Holstein ein gewaltiger Tarifwirbel entfacht. Dieser Wirbel ist allerdings seit dem Streikbeginn in Unterweser merklich abgeflacht.

Am 5. März wies nach erfolgloser Schlichtung die Friedenspflicht. Aber erst für den 12. März setzten die Gewerkschaftsführer eine Sitzung der Tarifkommission an.
Dort konnten sie sich dann wie folgt durchsetzen:
– Tarifkommissionsbeschluß nach langer Diskussion: Für den Fall daß die besondere Schlichtung im Unterwesergebiet scheitert, beantragt die Tarifkommission Schleswig-Holstein beim Vorstand der IG Metall die sofortige Genehmigung zur Urabstimmung.“ („Metall-Nachrichten“ für Hamburg und Schleswig-Holstein vom 13.3.74).

DER STREIK IN BREMEN – UNTERWESER
Bremen – Unterweser ist mit 56.000 Beschäftigten in der Metallindustrie einer der kleinsten IGM-Bezirke. Knapp 30.000 sind gewerkschaftlich organisiert. Vom Streik betroffen sind 67 Betriebe mit etwas über 52.000 Beschäftigten.
Vorherrschend sind hier die Schiffbau-Betriebe:
Die Vulkan-Werft, die Krupp-Werft AG Weser in Bremen, und die Werften Seebeck (Krupp), Rickmers und Hapag-Lloyd in Bremerhaven.
Dazu kommen Betriebe wie VFW-Fokker (Flugzeugbau), Hanomag-Henschel und Siemens in Bremen und Nordmende in Bremen und Bremerhaven.
Am 12. Januar begannen die Verhandlungen um die Forderung nach 18% mehr Lohn und Gehalt.
Auch hier – wie überall – legten die Kapitalisten ihr Angebot von 8,5% vor. Nach mehreren Verhandlungen, in denen die Kapitalisten nicht ein einziges Mal über dieses Angebot hinausgegangen waren, ließen die Gewerkschaftsführer erst am 30. Januar die Verhandlungen für gescheitert erklären.
Dauer: fast drei Wochen.
Wie nicht anders zu erwarten, rie-

fen die Kapitalisten die Schlichtungsstelle an. Sie nutzten hierfür die nach dem neuen Schlichtungsabkommen vorgesehene Frist voll aus: fünf Werktage und ein Sonntag.

Erst acht Tage später, am 13.2., begann die Schlichtung.

Wiederum fünf Tage später, am 18.2., wurde der Schlichtungsvorschlag vorgelegt: 14%.

Die IGM-Führer stimmten diesem Ergebnis zu, die Kapitalisten lehnten ab.

Die Friedenspflicht aber erlosch erst, als die Frist zur Annahme oder Ablehnung abgelaufen war. Es vergingen wiederum sieben Tage.

Am 28.2./1.3. folgte dann die Urabstimmung: 94% Ja-Stimmen für Streik.

Schließlich begann weitere fünf Tage später – am 6.3. – der Streik.

Ganze 56 Tage dauerte es, bis der Streik in Bremen – Unterweser begann. 26 Tage nahm dabei das neue Schlichtungsabkommen in Anspruch, bleiben aber immer noch 30 Tage Verhandlungs- und Vorbereitungszeit, die ein bezeichnendes Licht auf alle schneidenden Erklärungen der IGM-Führer an die Kollegen werfen, wenn sie den Unternehmern „vorwerfen“, diese würden die Verhandlungen verzögern.

Die Anti-Streik-Kampagne der Kapitalisten

In den Tagen vor der Urabstimmung in Bremen-Unterweser setzten die Kapitalisten alle Mittel ein, um gegen einen Streik Stimmung zu machen:

– sie hetzten auf, schüchelten ein, drohten.

Nacheinander erschienen in den großen Tageszeitungen „Bremer Nachrichten“, „Weser-Kurier“ und „Nordsee-Zeitung“ halbsseitige Anzeigen des „Arbeitgeberverband der Metallindustrie Unterwesergebiet e. V.“ am 27.2. (einen Tag vor der Urabstimmung), 28.2., 1.3., 5.3., 7.3., 11.3., 12.3., 13.3. (letzter Stand).

„Ein Streik zerstört alles“. „Die Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel“ (28.2.). „Einen Streik um des Streiks willen“. „Die Folgen haben alle zu tragen... Akute Gefahr für die Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven“ (7.3.).

So und ähnlich tönt es aus den Anzeigen.

Dabei entwickeln die Kapitalisten noch eine besondere Logik darüber, was gerecht ist:

„Die Arbeitgeber haben ein Angebot auf der Grundlage der Einigung in Nordrhein-Westfalen gemacht. Was im größten Bundesland erreicht wurde, muß auch für das Land Bremen recht sein.“

Keine Benachteiligung der bremischen Metallarbeiter.“ (28.2.) Mehr Lohn bedeutet also eine Benachteiligung!

Schließlich versucht man noch plump den Arbeitern Honig um den Bart zu schmieren:

„Bremische Arbeiter und Angestellte haben mit ihrer Arbeit den guten Ruf Bremens und Bremerhavens mitbegründet.“

Diese bremische Tradition ist in Gefahr.“

Diese Anzeigen haben beileibe nicht auf die große Mehrheit der unmittelbar betroffenen Metallarbeiter

BREMEN WERKZEUG- UND MASCHINENBAU GMBH Bremen, den 26. Februar 1974

Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter, liebe Familienangehörige!

In dieser Woche soll entschieden werden, ob bei uns gestreikt wird oder nicht. Auch Ihre Entscheidung ist dabei wichtig. Lohnt sich der hohe Einsatz oder zahlt letzten Endes wieder der kleine Mann die Zeche?

Lohnt sich der hohe Einsatz oder zahlt letzten Endes wieder der kleine Mann die Zeche?

Worum geht es?

In dem großen Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen und Hessen sind neue Tarife vereinbart worden. Für annähernd 2 Millionen Metallarbeiter hat dabei eine Einigung erreicht worden. Die Arbeitgeber haben ein entsprechendes Angebot für die 56.000 Beschäftigten in der Metallindustrie in Unterwesergebiet angeboten.

Es sieht unter anderem vor:

- Lohn- und Gehaltserhöhungen von 11 % ab 1. Januar 1974 und von 13 % ab 1. November 1974,
- die Verlängerung des Tarifurlaubes um 2 Tage in den Jahren 1974 und 1975,
- die Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 50 % in den Jahren 1974 und 1975,
- die Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf DM 70,- pro Monat, weiterhin Kontoführungsgebühren und die Absicherung älterer Arbeitnehmer.

Die IG-Metall beharrt aber auf einem Schlichtungsprozeß, der die Bremer Arbeitnehmer an Außenseitern stampeln würde. Was an Rhein, Ruhr und Main gut ist, soll angeblich an der Weser nicht gut genug sein.

Der rechnerische Untergrund beträgt angeblich weniger als 1 %. Daher will die IG-Metall den Streik!

In Bremen hat die Industrie keine besseren Wettbewerbsbedingungen als in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Sie wissen, daß wir mit unseren Erzeugnissen in scharfer Konkurrenz stehen. Kommt es also in Bremen auf ein paar Arbeitsplätze mehr oder weniger nicht an?

Der Arbeitsfrieden in Unterwesergebiet ist in Gefahr!

Eine Einigung wie in Nordrhein-Westfalen und Hessen ist auch in unserem Tarifgebiet ohne Arbeitskampf möglich.

Lohnt es sich wirklich zu streiken?

Die Geschäftsleitung Ihrer

BREMEN WERKZEUG- UND MASCHINENBAU GMBH
Handwritten signature: Hoyer (Bremser)

Mit ähnlichen Briefen wie dem der Bremer Werkzeug- und Maschinenbau GmbH traten die Kapitalisten in vielen Betrieben hervor. Die Briefe wurden per Post in die Wohnung der Arbeiter und Angestellten geschickt.

Arbeiterkampf
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes



Hiermit bestelle ich:
den ARBEITERKAMPF
Zeitung des Kommunistischen Bundes

- für 6 Ausgaben DM 4,80
- für 12 Ausgaben DM 9,60
- Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
- Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

DIE INTERNATIONALE
Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- für 6 Ausgaben DM 4,80
- für 12 Ausgaben DM 9,60
- Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
- Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

Zahlungen bitte im voraus auf das Postcheckkonto Hamburg 2405 95 203
an Verlag ARBEITERKAMPF, J. Reents, 2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers
Auflage 135 000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg.
Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postcheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents
Herausgeber – Druck – Verlag, J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35.

Forts. Metallstreik Nr. 74

gewirkt – im Gegenteil, sie haben die Entschlossenheit, den Streik durchzusetzen, eher noch gefördert (deutliches Zeichen hierfür ist das Urabstimmungsergebnis und die Entschlossenheit, mit der der Streik geführt wird).

Vielmehr ist mit diesen Anzeigen bezweckt, die nicht unmittelbar betroffene Bevölkerung, vor allem die kleinstädtischen Schichten gegen die Arbeiterkämpfe und gegen die Forderungen der Arbeiter aufzubetzen und auszuruhen.

Dabei schließen die Metall-Kapitalisten dort an, wo die Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst endeten. Auch dort wurde von Teilen der Arbeiter und Angestellten mit großer Entschlossenheit gekämpft, während in den bürgerlichen Massenmedien wahre Hetztiraden und Horrortiraden des Streiks im Öffentlichen Dienst gezeichnet wurden.

Ähnlich gingen die Kapitalisten in anderen Tarifbezirken vor: Anzeigen-Aktionen wurden auch in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein unternommen.

Bekannt geworden ist auch der Brief von dem Boss der Volkswagenwerke, Leiding, an seine „Sehr geehrten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Dieser Brief wurde allen 125.000 VW-Arbeitern während der Tarifverhandlungen ins Haus geschickt.

Springer's Tageszeitung „Die Welt“ schrieb dazu:

„Der Vorstandsvorsitzende von VW hat zu der Stunde, da das Unternehmen vor großen Schwierigkeiten steht, einen ungewöhnlichen (17.) Weg gewählt. Rudolf Leiding ließ seinen Brief nicht in den Betrieben verteilen, er schickte ihn an die Privatanschriften. „Die Welt“ veröffentlicht das Schreiben im Wortlaut, weil es ein Dokument der Sorge ist und zugleich ein Modell für die Kommunikation zwischen Unternehmen und

Wiederholt sei es in der Vergangenheit in anderen Betrieben, während des Streiks zu Ausschreitungen gekommen: Übergriffe auf Arbeitswille oder betriebliche Einrichtungen.“ Die Unternehmer empfehlen: „Täter und Zeugen namentlich feststellen... Gegebenenfalls empfiehlt sich eine Meldung an die Polizei.“ (laut „METALL-NACHRICHTEN“ vom 4.3.74)

Daß die Kampagne der Kapitalisten nicht fruchtlos war, zeigen einige Vorfälle während des Streiks.

6. März: Der Streik beginnt

Eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn ziehfen vor den Betrieben Streikposten auf.

Seit 1953, als die Werftarbeiter in Unterweser sechs Wochen lang für ihre Forderungen streikten, findet damit erstmals wieder ein offizieller (von den Gewerkschaftsführern geduldet) Streik statt.

Während sich die örtlichen Streikleitungen vor allem aus den Gewerkschaftsführern zusammensetzen, werden in den Betrieben teilweise spontan Streikleitungen gebildet, die die Organisation des Postdienstes übernehmen. Eine hervorragende Rolle übernehmen hierbei die Werftarbeiter. Sie verlassen sich nicht einfach auf einige auf Posten stehende Kollegen. Auf der Bremerhavener Rickmers-Werft erscheinen am ersten Streiktag alle Kollegen am Tor. Ähnlich beim Bremer Vulkan. Werftarbeiter verstärken auch die Postketten vor den Betrieben, wo die Kapitalisten am intensivsten versuchen, den Streik zu durchbrechen (VFW-Fokker und Nordmende).

Während etwa 2.000 Metallarbeiter nach den Notdienstplänen arbeiten, versuchen die Kapitalisten vor allem die leitenden und die AT-(außertariflich) Angestellten in die Betriebe zu schleusen. Auf den Werften schlägt dies zum Teil fehl – doch bei Siemens, Nordmende und VFW

gen Fällen sogar die Veröffentlichung der Liste verweigerten (Rickmers), erzwangen die Arbeiter die Herausgabe der Listen (Seebeck) oder nahmen in einzelnen Fällen Pöbeln (Hapag-Lloyd) oder rücksichtslosen Provokateuren (Seebeck) diese Ausweise wieder ab.

Noch am Abend vor dem Streik hatten Gewerkschaftsführer und Kapitalisten Gespräche zur Beilegung des Streiks wieder aufgenommen. Diese Gespräche wurden am ersten Streiktag um 19 Uhr weitergeführt.

Mittlerweile waren der Vorsitzende von Gesamtmetall, van Hüllen, und die beiden Vorsitzenden der IGM, Eugen Loderer und Hans Mayr, in Bremen und Bremerhaven eingetroffen.

Angriffe gegen den Streik werden zurückgeschlagen

Wiederholt gibt es an fast allen Streiktagen Versuche, die Streikposten-Ketten vor den Betrieben zu durchbrechen. Zum einen geschah das direkt organisiert von den Kapitalisten oder einiger ihrer Handlanger, zum anderen waren dies Einzelaktionen aufgeteilter (leitender) Angestellter, die teilweise blindlings ohne Rücksicht mit ihren Autos versuchen, die Postketten zu durchbrechen. Sowohl auf Seiten der Streikenden als auch bei den Streikbrechern gab es wiederholt Verletzte.

Auch die massive ideologische Kampagne der Kapitalisten hat während des Streiks noch zugenommen. Es verging kein Tag, in dem die Bremer Zeitungen nicht über die „Hinderung Arbeitswilliger“ an der Arbeit berichteten. Diese „Arbeitswilligen“ waren Streikbrecher. Jeden Tag fand der Zeitungsleser mindestens eine halbseitige Anzeige der Kapitalisten in der Lokalpresse. Zentrum der Auseinandersetzungen waren Betriebe, in denen gewerkschaftliche Organisation und Kampferfahrung sehr gering waren, VFW-Fokker, Nordmende und Siemens.

Auf den kampfstarken Werften wurden derlei Provokationen kaum durchgeführt.

VFW-Fokker

Nachdem am ersten Streiktag noch zahlreiche Angestellte ohne Ausweis in den Betrieb gelangten, wurden am nächsten Tag die Streikposten verstärkt.

Ein organisierter Stoßtrupp von Streikbrechern (hauptsächlich leitende Angestellte) versuchte einen keilförmig angestrichenen Durchbruch Versuch, der jedoch verhindert werden konnte (ähnliche Versuche wiederholten sich an mehreren Tagen).

Wiederholt versuchten Streikbrecher mit Leitern oder über die Dächer ihrer PKWs ins Betriebsgelände zu gelangen. In einem Fall erreichten sie das Werksgelände in einem bereitgestellten Kleinbus über

das Flughafengelände.

Ein Streikposten wurde von einer von einem „Arbeitswilligen“ Streikbrecher geworfenen Flasche am Kopf getroffen.

Die VFW-Geschäftsleitung stellte als erste einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die IGM und die Streikleitung. Andere Betriebe folgten, darunter Siemens, Nordmende und Vulkan. Nach dieser Verfügung müssen die Streikposten „Arbeitswilligen“ freien Zugang zum Betrieb geben und einen drei Meter breiten Zugang offenhalten.

Mit Lautsprechern, Spitzelfotografen und Scheinwerfern provozierte die Geschäftsleitung die Streikenden vom Betriebsgelände aus und forderte die Streikbrecher zur Arbeit auf.

Ihr Recht auf eine eigene Entscheidung, ob Sie arbeiten wollen oder nicht, durchzusetzen. Halten Sie alle Fälle, in denen Ihren Anforderungen nicht entsprochen wird bzw. in denen Sie behindert werden, schriftlich fest und leiten Sie sie weiter (Bau 10, großes Sitzungszimmer).

Setzen Sie nicht Ihre Gesundheit aufs Spiel. Versuchen Sie nicht Ihr Recht mit Gewalt durchzusetzen. Begehen Sie nicht Ihre rechtliche Rechtmäßigkeit durch Angriffe auf Streikposten.

So aufgebracht schritt eine große Zahl von Angestellten zur Tat. Ein von angeblich 262 Angestellten unterschriebener Brief an die Streikleitung und die Polizei, in dem es

Worum geht es?

Gewerkschaft

Unternehmer

am 25. 2. 1974

14% mehr Lohn + Gehalt

11% mehr Lohn + Gehalt

2% mehr Lohn ab Nov.

13%

2 Urlaubstage mehr

2 Urlaubstage mehr 74/75

20% mehr Url.-Geld 74/75

70,- DM Ausbildungsvergütung mehr

70,- DM Ausbildungsvergütung mehr

Sicherung älterer Arbeitnehmer

Sicherung älterer Arbeitnehmer

Kontoführungsgebühr

Kontoführungsgebühr

Lohnt sich an der Unterweser ein Streik für weniger als 1%?

Nein!

2 Millionen Metaller haben das Unternehmer-Angebot bereits angenommen!

In den Betrieben verteilt und ausgehängtes Flugblatt der Kapitalisten vor dem Streik in Unterweser. Man beachte vor allem die plumpe Rechnung: $11\% + 2\% = 13\%$

In einem Brief vom 11. März „An unsere Mitarbeiter“ schreiben die Kapitalisten bei VFW:

In einem Brief vom 11. März „An unsere Mitarbeiter“ schreiben die Kapitalisten bei VFW:

„Was ist jetzt zu tun?“
Fordern Sie die verantwortlichen betrieblichen Streikleiter an den Toren, die Sie an ihren Flüsterräten erkennen, auf, Ihnen dabei zu helfen,

heißt: „Es ist bekannt, daß der Streik bei VFW-Bremen nur von einer Minderheit getragen wird.“

heißt: „Es ist bekannt, daß der Streik bei VFW-Bremen nur von einer Minderheit getragen wird.“ Gleichzeitg sehen wir auch unsere Arbeitsplätze gefährdet.“

Ebenso wie die Werksleitung hat auch eine Reihe Leitender wiederholt „um den aktiven Einsatz von Polizeikräften gebeten.“

Während die Gewerkschaftsführer sich bemühen, ja die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und wiederholt um Behebung der Zwischenfälle in Verhandlungen mit den Kapitalisten traten, berichtet der „Weser-Kurier“ vom 13.3.:

„Vor dem Werksgelände der Vereinigten Flugtechnischen Werke bekam unter anderem auch Bräms IG Metall-Chef, Arno Weinkauff, die Entschlossenheit der Streikposten zu spüren.“

Nach Angaben aus dem Werk scheiterte ein Versuch Weinkauffs, zwei Arbeitswille an den Streikposten vorbei auf das Werksgelände zu geleiten. Auch er kam an den Streikwachen nicht vorbei. Ebenfalls nicht durchgelassen wurde ein Lastwagen, auf dem sich einige Arbeitswille versteckt hatten. Dennoch ein Lichtblick: Verletzte, wie an den Tagen vorher, wurden von VFW nicht mehr gemeldet.“

Aus Solidarität mit ihren Bremer Kollegen und aus Protest gegen die in ihrem Tarifbezirk (nordwestl. Niedersachsen) verschleppten „Verhandlungen“, traten 900 Beschäftigte im VFW-Zweigwerk Lemwerder am 7.3. für 1 Stunde und am 12.3. für 1 1/2 Stunden in einen Warnstreik. Sie protestierten auch gegen die Anwesenheit im Werk befindlicher Streikbrecher aus Bremen.



Vor dem Tor bei VFW-Fokker: Streikposten versuchen, in den Betrieb einzudringen

Vor dem Tor bei VFW-Fokker: Streikposten versuchen, in den Betrieb einzudringen

Mitarbeitern.“ („Die Welt“ vom 1.2.74)

In dem Brief schildert Leiding die „äußert schwierige Lage“ der Wirtschaft, besonders der Automobilindustrie (Ölkrise etc.) und schreibt unter anderem:

„Selbst wenn nur zwei Drittel der gewerkschaftlichen Forderungen beim Volkswagenwerk vereinbart würden, müßten wir unsere Preise um eine zweistellige (!) Prozentzahl heraufsetzen (an anderer Stelle schreibt er: DM 1.000,- teure VWs). Ihre Arbeitsplätze wären dann in Gefahr...“

Man sieht: die Kapitalisten haben die Mittel zur massiven ideologischen Beeinflussung und scheuen auch keinerlei Kosten.

Doch neben der Anzeigenkampagne starteten die Kapitalisten auch innerbetrieblich mehrere Versuche, zu spalten und aufzuheizen.

Diese Kampagne, die eindeutig zentral vom Kapitalistenverband gesteuert wird, ist dabei auf die schwächsten Glieder im Streik abgezielt: die Angestellten (hier besonders die Leitenden) und die Frauen (hauptsächlich bei Nordmende) und die Familien der Arbeiter und Angestellten.

Die Mittel hierfür waren Flugblätter, die in den Betrieben ausgehängt und verteilt wurden, Briefe, die nach Hause geschickt wurden (drohende Arbeitslosigkeit usw.), Verhaltensmaßregeln für den Streik und dauernde Falschmeldungen und wilde Gerüchte in den Betrieben.

So tauchte in einigen Betrieben eine „Information an die Mitarbeiter“ auf, in der es unter anderem hieß:

kommt es deswegen wiederholt zu Auseinandersetzungen.

Während einige Betriebsräte sehr „großzügig“ in der Ausgabe von Notdienstausweisen waren, oder in „ein-

Merkblatt

Wichtige Hinweise für Arbeitnehmer im Falle eines Arbeitskampfes

1. Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeitnehmer!

In der Bundesrepublik Deutschland gelten Arbeitskampfgesetze, die für deutsche und ausländische Arbeitnehmer in gleicher Weise verbindlich sind. Sie erlauben einen Streik nur unter bestimmten Bedingungen. Andere Streiks sind illegal.

2. An welchen Streiks dürfen Arbeitnehmer teilnehmen?

Nur an legalen Streiks!

Nicht zulässig ist die Teilnahme an illegalen Streiks.

Legal sind vor allem:

1. Nicht von der Gewerkschaft geführte Streiks.
2. Streiks bevor die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeberverband endgültig gescheitert sind und solange ein Schlichtungsverfahren läuft.
3. Streiks ohne vorherige Urabstimmung.
4. Politische Streiks.

Wer an einem illegalen Streik teilnimmt, erhält keinen Lohn, ihm droht fristlose Entlassung, und er ist für alle Schäden haftbar. Auch darf die Gewerkschaft während eines illegalen Streiks keine Unterstützung zahlen.

3. Welche Folgen hat die Teilnahme an einem legalen Streik?

1. Wer streikt, erhält keinen Lohn.

Mit diesem vor dem Streik verteilten „Merkblatt“ mit amtlichem Anstrich bereiten die Kapitalisten schon auf die spätere Auseinandersetzung vor

2. Während des Streiks kann kein Urlaub genommen werden.

IV. Wie müssen sich die Arbeitnehmer bei einem legalen Streik verhalten?

Sie dürfen in keinem Falle Personen bedrohen oder gar Gewalt gegen sie anwenden; sie dürfen Sachen nicht beschädigen.

1. Arbeitswille dürfen nicht mit Drohung oder Gewalt am Betreten und Verlassen des Werksgeländes gehindert werden.

2. Zugänge und Zufahrten zum Betrieb dürfen nicht versperrt werden.

3. Arbeitnehmer, die zum Notdienst herangezogen werden, sind zur Arbeitsleistung verpflichtet und müssen das Werksgelände ungehindert betreten können.

4. Streikende dürfen sich nicht gegen den Willen des Arbeitgebers am Betrieb aufhalten.

Verstöße hiergegen sind strafbar. Sie können zur fristlosen Entlassung führen und zum Schadenersatz verpflichten.

V. Wie müssen sich die Arbeitnehmer nach Streikende verhalten?

Sie müssen die Arbeit sofort wieder aufnehmen; in besonderen Fällen kann aber der Arbeitgeber eine Wiedereinstellung ablehnen.

VI. Was ist eine Aussperrung?

In jedem Arbeitskampf kann sich der Arbeitgeber gegen den Streik zu Wehre setzen, indem er aussperrt.

Das bedeutet, daß alle von der Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer nicht weiter arbeiten dürfen, selbst wenn sie es wünschen.

In Einzelfragen gibt die Personalabteilung des Betriebes oder der betriebliche Vorgesetzte weitere Auskünfte. Auch der Betriebsrat ist verpflichtet, die Mitarbeiter über ihre Rechte und Pflichten im Falle eines Arbeitskampfes aufzuklären.

ANZEIGE

M

Was wir unbedingt sagen müssen:

Und zwar unseren vielen Geschäftsfreunden, die uns in diesen Tagen besuchen wollen.

Sie kommen nicht rein

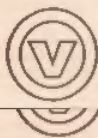
Egal, ob Sie es mit Würde, Charme oder unserem Ausweis versuchen, denn an allen Eingängen stehen Streikposten der IG Metall.

Und die lassen Sie nicht rein. Obwohl Sie es tun müßten.

Das bedauern wir. Dabei geht es Ihnen aber nicht anders als unseren Arbeitnehmern, die nicht streiken wollen. Und das sind eine ganze Menge. Ihnen nimmt man das Recht auf freien Zugang zum Arbeitsplatz – das ist gegen die Verfassung.

Unsere Geschäftsfreunde müssen wir bitten, sich zu gedulden, bis der Streik zu Ende ist. Unseren Arbeitnehmern nützt das jedoch wenig. Sie verlieren Geld.

Das mußten wir Ihnen unbedingt sagen. Dem schließlich leben wir in einem Staat, dessen Verfassung den Schutz der Freiheit und Menschenwürde verspricht. Und es ist nicht gut, wenn einige sich auf Kosten anderer Rechte anmaßen, die Ihnen nicht zustehen.



BREMER VULKAN

Schiffbau und Maschinenfabrik
Bremen-Vegesack

* Bei herein unbedingtem Zugang zum Arbeitsmarkt bedingt das Arbeitsgesetz Bremen ein sofortiges Beschäftigen am 1. März 1974 Arbeitsstellen 4 bis 41/74/75. Durch das Bremen ist das Beschäftigen nicht.



Streik gegen die bremische Metallindustrie

Was hat die IG Metall bisher erreicht:

- ☐ Einkommensausfall für die Beschäftigten der bremischen Metallindustrie.
- ☐ Spaltung der Arbeitnehmer in „Streikbrecher“ u. Streikende.
- ☐ Ausfall an Steuern, die für bremische Gemeinschaftsaufgaben dringend gebraucht werden.
- ☐ Auftragsrückgänge, die die Arbeitsplätze gefährden.
- ☐ Kaufkraftausfall für alle bremischen Bürger.
- ☐ Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der bremischen Metallindustrie.
- ☐ Einnahmeausfall bei den kommunalen Betrieben.

Dieser Streik schadet allen.

Dagegen steht die geschlossene Haltung der Unternehmen für eine verantwortbare Lösung des Tarifkonflikts.

Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie im Unterwesergebiet e. V.

Metallindustrie

Diesem Anzeiger der Kapitalisten ist eine von mittlerweile einem Dutzend. Kosten werden nicht gespart: fast eine halbe Seite der Tageszeitungen wurde damit ausgefüllt (Anzeige aus „Bremer Nachrichten“, „Weserkurier“ und „Nordseezeitung“ vom 13.3.74)

Teil der Anzeigenkampagne der Kapitalisten: die Geschäftsleitung der Bremer Vulkan „informiert“ ohne Scheu vor Kosten (aus den Tageszeitungen des Unterwesergebietes vom 13.3.74, halbseltige Anzeige)

Forts. Metalltarifrunde 74

Siemens: CDU-Schlägerbande

Wiederholt kam es auch bei Siemens zu Streikbruchversuchen.

Den schärfsten Angriff startete in der Manier faschistischer Schlägerbanden ein Streikbrechertrupp unter Vorsitz des Bremer Vorsitzenden der Jungen Union und CDU-Mitglieds der Bremer Bürgerschaft von der Schulenburg. Als leitender Angestellter bei

Siemens stellte er einen Schlägertrupp zusammen und benutzte dann seinen Notdienstausweis, um einen Notausgang für seine Truppe zu öffnen. Die beiden davorstehenden Streikposten wurden als „IG Metall-Schweine“ bespöbelt und zusammen geschlagen.

Vor dem Eingang bei Siemens spitzelten ununterbrochen zivile Schläffer und fotografierten.

Nordmende

Schon vor dem Streik wurde bei Nordmende an die Bereichsleiter der Firma eine Weisung verteilt. Darin

heißt es:

„Nachdem ich auf die Folgen einer wissentlich oder fahrlässig falsch abgegebenen Erklärung hingewiesen worden bin, versichere ich folgendes an Eides statt.“

Was aber soll man „an Eides statt versichern“? Daß man als „Arbeitswilliger“ – also als Streikbrecher – von Kolleginnen und Kollegen daran gehindert wurde, den Betrieb zu betreten. Diese sollen also schlicht und einfach denunziert werden. Es wird sogar verlangt, ihre „Identifikation“ zu sichern.

(aus STREIK-NACHRICHTEN 1, 6.3.74).

Nordmende-Direktor Olof raste mit seinem Wagen in die Streikposten und verletzte einen.

Im Bremerhavener Werk wurden vom Dach eines Gebäudes Foto- und Filmaufnahmen gemacht, „um Identifikation zwecks späterer Schadensersatzforderungen“ zu ermöglichen.

Unter Führung des NPD-Mitgliedes Czwilina versuchte eine kleine Gruppe von Technikern die Postenkette zu durchbrechen. Sie scheiterten aber.

Auch Versuche, nachts Streikbrecher ins Werk zu schleusen, schlugen fehl: Der Postendienst ging rund um die Uhr.

Weitere Übergriffe

Im Alcan-Aluminium-Werk in Upphusen fuhr ein Werkmeister mit seinem Wagen in die Streikposten und verletzte einen Arbeiter schwer.

In Bremen-Hemelingen raste ein Werkbus mit Streikbrechern durch ein geschlossenes Werkstor.

Die Metallarbeiter und -Angestellten in Unterweser stehen in einem hart geführten Streik und sind kampfbereit und konsequent. Sie stehen in einem Streik, dessen zahlenmäßiges Ergebnis schon vor Beginn des Kampfes eine Niederlage war.

Sie stehen aber auch in einem Kampf, der sie mit der Brutalität und den Machenschaften des Klassenfeindes unmittelbar konfrontiert.

Wenn es gelingt, diese Erfahrungen zu verwerten, aus ihnen die notwendigen Lehren zu ziehen und im Sinne einer konsequenten Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu entwickeln, wenn es gelingt, die wertvollen Kampferfahrungen dieses Streiks politisch zu festigen, so liegen in dieser Niederlage wichtige Keime, um in den sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen der Zukunft zu bestehen.

13.3.

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg
(mit Unterstützung unserer Genossen in Bremerhaven und Bremen)

Auf dem Weg zur völligen Willkür!

Gewerkschaftsausschluß gegen vier GEW-Mitglieder

Wir haben im letzten AK eingeschätzt, daß der Vorstand der Hamburger GEW dabei ist, die Demokratie in der GEW auf kaltem Weg zu zerschlagen, nachdem klar ist, daß die gewerkschaftlichen Organe Hauptversammlung und Vertrauensleuteversammlung ihre Zustimmung zu dieser Politik verweigern. Auf der letzten HV hatte der Vorstand eine Diskussion seines selbstherrlichen „Unvereinbarkeitsbeschlusses“ (gegen „KPD/ML“, „KPD“ und KBW) durch stundenlange Geschäftsordnungsdebatten verhindert – angeblich, weil diese Diskussion „verfrüht“ sei. Freilich läßt sich der Vorstand natürlich nicht davon abhalten, diese „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ zu praktizieren. Das zeigt noch einmal, daß das Argument „verfrüht“ nur ein billiger Vorwand war, um der Hauptversammlung ihr Recht auf eine Ablehnung dieses Beschlusses zu nehmen.

Am 5.3. beschloß der Vorstand bei einer einzigen Gegenstimme – also mit Unterstützung der DKP – den Ausschluß von vier Mitgliedern aus

dem Ausschuß. Die Mitglieder sind: R. Böhler, I. Hauswald, B. Lusa, J. Mayr. Anlaß für den Ausschluß war das Auftreten der vier als Redner auf einer Veranstaltung des „Komitee Kampf den Berufsverboten gegen kommunistische und fortschrittliche Lehrer“ am 12.2.74. Auf dieser Veranstaltung war ein Mitglied des GEW-Vorstands mit der erklärten Absicht erschienen, die Äußerungen der GEW-Mitglieder im Hinblick auf einen möglichen Gewerkschaftsausschluß zu belächeln. Daraufhin hatte die Versammlung fast einstimmig beschlossen, das Vorstandsmitglied zum Verlassen der Veranstaltung aufzufordern. Nachdem das Vorstandsmitglied auf das Hausrecht des Veranstalters aufmerksam gemacht worden war, verließ es den Saal. Der Vorstand gab jedoch die Falschmeldung an die Springerpresse, man sei gewaltsam zum Verlassen der Veranstaltung gezwungen worden. Diese Lüge war so unverschämte, daß der Vorstand inzwischen offenbar davon abgerückt ist – natürlich ohne eine öffentliche Richtigstellung. Man baut darauf, daß die Story ihre Wirkung erzielt hat – und läßt die Sache unter den Tisch fallen.

Nach der Methode der Reversepolitik wurden die vier GEW-Mitglieder in einem Schreiben aufgefordert, sich von dem Aufruf-Flugblatt des Komitees und von dem Ausschluß des Vorstandsmitglieds von der Versammlung zu distanzieren sowie mitzuteilen, ob man dem Komitee angehört oder sich mit dessen Veröffentlichungen „identifiziert“.

Die betroffenen GEW-Kollegen wiesen dieses Ansinnen der GEW-Führung zurück und erklärten, „daß es sich bei den Ausschlußverfahren um flankierende Maßnahmen“ zu den von der Behörde gegen kommunistische und andere demokratische Lehrer verhängten Berufsverboten und Disziplinarmaßnahmen handelt. Sämtliche von Gewerkschaftsausschluß bedrohte Kollegen sind gleichzeitig von Berufsverboten, Disziplinarmaßnahmen oder Sonderbehandlungen der Behörde aus politischen Gründen betroffen.“

Der GEW-Vorstand beschloß inzwischen den Ausschluß der vier Kollegen.

Die ausgeschlossenen GEW-Mitglieder haben das Recht, die Vertrauensleute-Vollversammlung in dieser Sache anzurufen, und werden das sicher tun. Angesichts der Erfahrungen mit der letzten HV halten wir es durchaus für möglich, daß der Vorstand eine Behandlung dieses Punktes durchsetzen mag, was der Vorstand eine Behandlung dieses Punktes auf der HV zu verhindern sucht, wenn es sich abzeichnet, daß die Mehrheit der Vertrauensleute den Gewerkschaftsausschluß ablehnt wie im Fall Hindemith/Altenburg.

Wie es der Vorstand mit der innergewerkschaftlichen Demokratie hält, zeigt auch ein anderer Vorgang: Auf der letzten HV konnte der Vorstand nur mit endlosen Tagesordnungsdebatten und mit Unterstützung der DKP verhindern, daß endlich über den „Unvereinbarkeitsbeschluss“ gesprochen wurde. Der Leser der vom Vorstand herausgegebenen „Hamburger Lehrerzeitung“ (4/74) erfährt über diese Vorgänge nur einen einzigen Satz: „... Zum anderen strapazierte (1) eine sich über längere Zeit hinziehende Verfahrensdebatte über Tagesordnungsfragen die Geduld vieler anwesender Mitglieder.“ – So „informiert“ der Vorstand die Kollegen!

Auf der Versammlung gaben etwa 400 GEW-Mitglieder ihre Unterschrift unter die Forderung nach Durchführung einer außerordentlichen HV zu den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“. Damit ist der Vorstand nach der Satzung verpflichtet, eine solche Versammlung innerhalb von vier Schulwochen durchzuführen. Der Vorstand weigert sich aber, das zu tun, redet von „Terminschwierigkeiten“ und „vielleicht bei anderer Gelegenheit“. Und das sind die Häter der Demokratie, die uns Kommunisten als undemokratisch und gewerkschaftsfeindlich beschimpfen!

HAMBURG

Gewerkschaftsausschluß bei Hanomag

Nachdem im Januar der erste Versuch der IGM-Ortsverwaltung Hamburg, einem Vertrauensmann der Hanomag-Henschel-Werke seine Funktion zu entziehen (— der betroffene Vertrauensmann hat dies durch eine gerichtliche einstweilige Verfügung verhindern können —) gescheitert war, wird jetzt gegen den Kollegen eines der schwersten Geschütze aufgeführt: das Ausschlußverfahren.

Aufgrund eines entsprechenden Antrags von einem ausgemacht reaktionären Vertrauensmann (der im übrigen von niemandem gewählt wurde, sondern eingesetzt worden ist) leitete die Ortsverwaltung (OV) ein Verfahren nach § 30 der Satzung ein.

Zu 2.: Diese Unterstellung muß ich mit Empörung zurückweisen! Ich war in der Tat im Besitz von Unterschriftenlisten. Zwei Kollegen sind, nachdem sie unterschrieben hatten, an mich herangetreten, um ihren Namen zu streichen. Dem habe ich selbstverständlich stattgegeben.

Anderer verhielt es sich, als ein türkischer Vertrauensmann von mir Einsicht in die Listen forderte, da angeblich mehrere türkische Kollegen ihre Unterschrift zurücknehmen wollten. Diesen Vertrauensmann habe ich die Liste nicht einsehen lassen. Er selbst hatte nicht unterschrieben. Von den türkischen Kollegen, die bei mir unterschrieben hatten, ist keiner an

der IGM auf einer Betriebsversammlung zu diskutieren.

Ein Kollege, der auf dieser Versammlung trotzdem zu dem Problem das Wort ergriß und sich mit mir solidarisch erklärte, wurde vom BR-Vorsitzenden Paulsen nach der Versammlung ermahnt, solche Solidaritätsbekundungen in Zukunft zu unterlassen.

Die Ortsverwaltung hat trotz meiner Aufforderung es nicht für nötig gehalten, sich meinen Standpunkt anzuhören.

Da also die VK-Leitung und der BR nicht bereit waren, dieses Problem öffentlich zu diskutieren, blieb mir nichts anderes übrig, als selbst den in-

schaftlichen Organisation noch nie geschadet und bislang sind die Gewerkschaftsführer auch jeden Beweis schuldig geblieben, wieso dies der gewerkschaftlichen Organisation schade sollte.

Nach den in der Begründung des Funktionensatzes dargelegten „Grundsätzen“ von Vertrauensleutearbeit und den neuesten Ergüssen schält sich ein recht eindeutiges Bild von den Vorstellungen der Gewerkschaftsführer heraus:

Die Vertrauensleute sind nicht mehr den Kollegen gegenüber verantwortlich und verpflichtet, sondern der Gewerkschaftsführung. Nicht mehr die Kollegen bestimmen, wer Vertrauensmann ist, sondern die Ortsverwaltung. Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung darf nicht mehr unter die Kollegen getragen werden, das gleiche gilt für die Auseinandersetzungen im VK.

in vielen Betrieben. Erinnert sei hier nur an die Auseinandersetzungen bei HSW, HDW und vor allem auch die Auseinandersetzungen um die Geschäftsordnung bei Blohm & Voss. (Diese Geschäftsordnung sieht vor, jegliche Diskussion auf dem VK zu verbieten — sofern sie nicht im Interesse der Leitung ist.)

Zurück zu den eigentlichen Vorfällen. Neben den offenen Maßnahmen gegen eine öffentliche Diskussion haben die Leitenden Mitglieder von VK und BR mittlerweile ein Klima im VK geschaffen, das eine Diskussion ohnehin nur schwer zuläßt. So plärrte beispielsweise der Ausschlußantragsteller auf der letzten VK-Sitzung anläßlich der Diskussion über den 11. Gewerkschaftstag, ständig, man solle endlich aufhören zu diskutieren usw. Einem Vertrauensmann, der dazu einige fortschrittliche Anträge zur Diskussion stellte wurde ebenfalls durch Zwischenruf „mitgeteilt!“ — man schmeiße ihn ohnehin bald aus dem Fenster.

Dies ist die eine Seite — antikommunistische Aufputschung der eigenen Mannschaft. Auf der anderen Seite wird seitens der rechten Sozialdemokraten mit Hilfe ständiger Geschäftsordnungs(GO)-Anträge und inhaltsloser, wie langatmiger GO-Debatten, jede Diskussion gewerkschaftspolitischer Themen usw. sabotiert.

Das taktische „Geschick“ der OV

Nachdem der erste Versuch scheiterte und weitere Maßnahmen durch den Gerichtsbescheid ebenfalls blockiert waren, griff die OV zu einem ganz besonders dummdreisten Mittel. Den Ausschlußantrag hat ein (darin ist kaum zu zweifeln) Strohmännchen gestellt, die OV kann den Funktionenzug vorerst zurücknehmen (und damit den hinderlichen Gerichtsbescheid außer Kraft setzen), ein Verfahren einleiten und den „objektiven“ Sachverhalt spielen. Sicherlich „geschicklich“ gedacht — nur eben etwas plump durchgeführt.

Wu zweifeln nicht daran, daß die Ortsverwaltung die Kollegen in einer Entscheidung ausschließen wird, das Verfahren ist ohnehin nichts als eine Farce. Hinter verschlossenen Türen, ohne auch nur die geringste Öffentlichkeit herzustellen, entscheiden die vier Beisitzer (je zwei vom Antragsteller und Beschuldigten) sowie der „neutrale“ Mann der Ortsverwaltung — die Mehrheitsverhältnisse sind klar.

Trotzdem, auch wenn der vom

Veranstaltungsorte Hamburg

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 1

Ende Februar wählte die Belegschaft des mittelgroßen Hamburger Chemiebetriebs Reichhold ihren Betriebsrat. Zwei Listen standen zur Wahl: die linke Liste 1 („Liste konsequenter Kollegen“), auf der 11 der 13 aus der IG Chemie ausgeschlossenen Kollegen kandidierten, darunter zwei Betriebsräte, ein Jugendvertreter und ehemalige Vertrauensleute; und die Liste 2 („Gemeinschaftsliste“), auf der die alle Betriebsratsmehrheit versammelt war – also in schöner Eintracht die Rechten um Kurt Teschner zusammen mit den SPD-Betriebsgruppenmitgliedern Volkmann und Hollop (siehe AK Nr. 39).

Anlaß zur vorzeitigen Betriebsratswahl bei Reichhold – die regulären Wahlen finden erst im Frühjahr 75 statt – war die Auflösung des Betriebsrats durch die Betriebsratsmehrheit im Dezember 73. Begründet wurde die Auflösung mit „linksradikalen Unterwanderungen“, aufgrund derer keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr mit dem Unternehmer möglich sei.

Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 79% erhielt die Liste 1 19,2% der Stimmen bzw. zwei Sitze im Betriebsrat. Die Liste 2 erhielt 78,3% der Stimmen und neun Sitze (ungültige Stimmen – 2,5%).

Dieses Wahlergebnis ist nicht als Erfolg der Linken im Sinne eines Ausbaus ihrer Position im BR zu werten. Mit zwei Betriebsräten können sie auf keinen Beschluß maßgeblichen Einfluß ausüben, sie können den BR nicht als Machtposition für die Belegschaft ausnutzen.

BR-WAHLEN BEI REICHHOLD, HAMBURG

Achtungserfolg für die Linken

die beiden abgedruckten Flugblätter der Liste 2).

Direkte Schützenhilfe erhielt die „Gemeinschaftsliste“ von der Verwaltungsstelle der IG Chemie und insbesondere seitens ihres Sekretärs, der während der Betriebsratswahl die von ihm selbst verfertigte Broschüre „Was wollen die Chauten?“ („Eine Information der IG Chemie, Verwaltungsstelle Hamburg“, „Erläutert am Beispiel des sogenannten „Kommunistischen Bundes Westdeutschland““) – vergl. Abdruck in UNSER WEG 22, der in diesen Tagen erscheint – bei Reichhold kursieren ließ.

Diese auch in anderen Chemiebetrieben aufgetauchte Schmiere hat den Zweck, die Arbeiter gegen die Kommunisten aufzuheizen. Im faschistischer Manier wird die Geschichte verfälscht und die Wahrheit auf den Kopf gestellt, indem behauptet wird, die Kommunisten wollten dem Proletariat „blutige Abenteuer schmackhaft machen“, sie würden „bewußt den Bürgerkrieg und blutige Auseinandersetzungen provozieren“ und ähnlicher Unsinn.

Da die Kandidaten der Liste 1 wußten, mit welchen „Argumenten“ die andere Seite und besonders IG Chemie-Sekretär Kodolitsch aufwar-

mengefundnen hatten, Unbehagen über Stil und Inhalt der Propaganda für die Liste 2 breit machte.

Vergleicht man die BR-Wahlen 72 mit den jetzigen, so kann man ein Zusammenrücken der Sozialdemokraten mit den äußersten Rechten und eine gleichzeitig verstärkte Isolierung der Linken feststellen. 72 standen sich zwei Listen gegenüber (abgesehen von einer dritten „unabhängigen Liste“): eine Gewerkschaftsliste, die geführt von Volkmann die Mehrheit (6 Sitze) im BR errang. Und dann die Liste der Rechten, geführt vom ehemaligen BR-Vorsitzenden Teschner. Bereits damals war für die Belegschaft klar, daß es sich hier um eine Wahl zwischen Linken und Rechten handelte, wobei allerdings auf der linken Gewerkschaftsliste die SPD-Karrieristen wie Volkmann das Heft in der Hand hatten.

So konnte er und die Verwaltungsstelle noch vor der Wahl 72 die Gewerkschaftsliste auf eine öffentliche antikomunistische Abgrenzung gegen links (gegen „jene, die vom Tor ihre Schriften vertreiben“, womit in erster Linie DER CHEMIEARBEITER gemeint war) vereinfachen. Die linke Gewerkschaftsfraktion im BR, die politisch von einfachen Gewerkschaftern über aktive SPD-Sozialdemokraten bis hin zu Kommunisten reichte, polarisierte sich schnell an den anstehenden Problemen der Belegschaft und ihrer Vertretung der Geschäftsleitung gegenüber. Ergebnis dieser Polarisierung war die Verschiebung des Stimmverhältnisses von anfangs 6:5 gegen die Teschnergruppe zu 9:2 gegen die Linken.

Auch diesmal war für die Belegschaft die Front klar: links gegen rechts. Wo allerdings bei der letzten Wahl die Gewerkschafter als einheitliche Gruppe aufgetreten waren und deshalb auch ungeeilt die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb erhalten hatte, hatte ja inzwischen die Verwaltungsstelle alles getan, um die Gewerkschaftsarbeit auf den Hund zu bringen, nur weil dort die Linken einen zu großen Einfluß hatten. (Auflösung des VLK, Rauschmiß von 13 der aktiven Gewerkschafter aus der Organisation, Verleumdung dieser Kollegen als Kriminelle usw.)

Allein im letzten Jahr sind etwa 25% der Organisierten aus Empörung und Resignation über diese Politik der Organisierten aus Empörung und Resignation über diese Politik aus der Gewerkschaft ausgetreten. Ein Schlagloch auf das am Boden-Liegen des gewerkschaftlichen Lebens bei Reichhold wirft die letzte Mitgliederversammlung, im Februar: ganze vier Mann aus dem Betrieb waren anwesend, darunter BR-Vorsitzender Volkmann und sein Stellvertreter

Hollop!

Bei dieser Wahl hat die Gewerkschaftsfraktion offiziell eine Liste unterstützt, auf der die „Gewerkschafter“ (Volkmann usw.) friedlich mit ihren damaligen Kontrahenten (Tesch-

werten. Denn diese Situation mußte die bisherige Wählerschaft der Gewerkschaftsliste von 72 spalten: die Gruppe von Kollegen, die noch den offiziellen „Gewerkschaften“ größeres Vertrauen schenken, einerseits, weil sie die Linken noch nicht für eine wählbare Alternative halten, obwohl sie im einen oder anderen Punkt durchaus mit ihnen übereinstimmen; andererseits weil sie der Demagogie von rechts auf den Leim gegangen sind.

Und die andere Gruppe, die verstanden hat, daß die Gewerkschaftsführung es ist, die den wirkungsvollen

MITTWOCH
27.
FEBRUAR

HEUTE

Wir alle haben es begriffen: In dieser Betriebsratswahl steht mehr auf dem Spiel.

Wir haben die Entscheidung zu treffen. Zwischen dem Spiel mit der Radikalität. Und der zielstrebigsten Vertretung unserer betrieblichen Interessen.

Wir müssen uns entscheiden zwischen der Liste des Herrn [Name] (ein gelernter Verwaltungsangestellter mit mittlerer Reife – Ende 1971 bei uns als Hilfsarbeiter angefangen) und Herr [Name]... (Auf eine Frage, was seine „Aktionen“ aus eigentlich sein sollten, fiel ihm auf der letzten Betriebsversammlung nur ein: „Darunter“ verstehe ich auch den „Chemiearbeiter“...)

WER kann jetzt hoch von sich sagen: „Ich wüßte von nichts!“ Niemand kann dies sagen.

WER meint, durch das Spiel mit der Radikalität könne man

denn „da oben“ mal zeigen, wie unzufrieden man sei, der muß daran erinnert werden: „Die oben“ läßt das erwischt. Wir alle sind dann ... mal einmal mehr die Dummies ...

WAS haben die sogenannten „konsequenten Kollegen“ am wirklichen Wissen, an Erfahrung oder echten Argumenten angeboten? – Was wollen sie politisch? – Was geschieht, wenn als wieder in Betriebsrat sind? Was müssen wir was heute dringlich fragen

ABER wir alle sollten wissen heute zur Wahl. Denn: Jede nicht abgegebene Stimme zählt für die falsche Seite!

WER verantwortungsbewußt ist, geht zur Wahl. Der wählt.

Wir alle haben heute eine Entscheidung zu treffen. Keiner von uns soll später sagen können: Ich habe nichts gewagt. – Wir haben gewagt. VOR BITTEN UM IHR VOTUM!

LISTE
2
WAHLEN

Ein zweites Flugblatt der Volkmann-Teschner-Liste zum Wahltag am 27.2.74

Mit welchen Mitteln die Liste 2 ihren Wahlkampf führte, wird an dem Hinweis deutlich, daß der erste Arbeiterkandidat (Kocher) der Liste 1 „gelernter Verwaltungsangestellter mit mittlerer Reife“ ist. Bezweckt wird hiermit offensichtlich, den Arbeitern einzureden, „der gehört ja gar nicht zu uns ...“ Tatsache allerdings ist, daß der erste Arbeiterkandidat (Kocher) der Liste 2, stellvertretender BR-Vorsitzender, ebenfalls „gelernter Angestellter mit mittlerer Reife“ ist ...!

ner usw.) zusammensetzen, während die bisher wirklich aktiven Gewerkschafter, aus der Organisation ausgeschlossen, gegen die „Gemeinschaftsliste“ kandidieren mußten.

Daß die Linken angesichts dieser Situation ihre Position halten konnten, könnte man als „Achtungserfolg“

Kampf gegen die Unternehmer boykottiert, wo sie nur kann und daß der Kampf gegen sie unerlässlich ist, will man die Interessen der Arbeiter vertreten.

Daß diese letztere Gruppe bei der gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Situation (vgl. die Ergebnisse der Bürgerschaftswahl vor rund einem Monat in Hamburg!) klein ist, ist nichts weiter als logisch. Daran konnte auch ein noch so gut geführter Wahlkampf nicht wesentlich etwas ändern.

„Damit aber wirklich die ganze Klasse, wirklich die breite Masse der Werktätigen und vom Kapital geknechteten zu dieser Stellung gelangen (der der „direkten Unterstützung der Avantgarde, oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in Bezug auf dieselbe“), dazu ist Propaganda und Agitation allein zu wenig. Dazu gehört die eigene politische Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen, das jetzt mit überraschender Kraft und Anschaulichkeit nicht nur von Rußland, sondern auch vom Deutschland bestätigt wird.“ (Lenin, zitiert bei Remmele, „Schnitz halten“, Nachdruck des KB, erhältlich im ARBEITERBUCH, Politische Buchhandlung in Hamburg und Bremerhaven)

Daß trotz der gesamtgesellschaftlichen Situation (die gerade durch die Schwäche der Kommunisten, die Stärke der reaktionären Kräfte und die fehlende „politische Erfahrung der Massen“ gekennzeichnet ist), die Position der Linken bei Reichhold gehalten werden konnte, liegt in der für den Durchschnittsbetrieb der BRD

Liebe Kollegin! Lieber Kollege!

Heute findet die letzte Betriebsratswahl vor der Betriebsratswahl statt. Die Kandidaten haben, wie jeder von euch auch, die Möglichkeit ihre Vorstellungen und Ansichten vorzutragen. Wer dadurch die Möglichkeit hat, seine Betriebsratswahl deutlich. Wir, die Kandidaten der Liste 1, machen die offene Diskussion über die Probleme, welche alle Kollegen interessieren, und wir die Betriebsratswahl der linken Liste ausdrücklich. Leider zeigt sich eine sehr besorgniserregende Tendenz:

• Gewerkschaftssekretär v. Kodolitsch kommt auf der letzten Betriebsratsversammlung lange Rede über Dinge halten, die nicht mit der betrieblichen Situation zu tun haben.

• Als wir darauf eingehen wollten, wurde die Versammlung abgebrochen.

• Der Betriebsrat gibt sich alle Mühe, die Jugendversammlung auf einen Zeitpunkt nach der Wahl zu verschieben. Offenbar hat der Betriebsrat (die Kandidaten der Gemeinschaftsliste) Angst, bei der Diskussion um die wichtigsten Probleme der Belegschaft sein Gesicht zu verlieren.

• Der Versuch kommt v. Kodolitsch in langen Ausführungen auf der Betriebsratsversammlung bezogen, die Linken seien schuld an der Bruchung der Neutralität von 33-45, und die Linken wollten die Arbeiter in ein Blutbad treiben. Das hat nichts mit den dort anstehenden Problemen zu tun. Außerdem ist das schlichtweg falsch. Der deutsche Nationalsozialismus, der den 2. Weltkrieg entfesselte, wurde gestützt von der Großindustrie mit Krupp und IG Farben an der Spitze. Das ist seit den Nürnberger Prozessen bekannt.

Wir bitten euch, daß auf der Betriebsratsversammlung in erster Linie über die betrieblichen Probleme gesprochen werden muß, damit sich jeder ein eigenes Urteil bilden kann.

Wir fordern deshalb den Betriebsrat auf, den Rechenschaftsbericht nicht nur

• Wir fordern deshalb den Betriebsrat auf, den Rechenschaftsbericht nicht nur

• Wir fordern Herrn v. Kodolitsch auf, zur Sache zu reden, weil seine Grundsatzreden sonst falsch sind und somit der Belegschaft eine wirkliche Information nicht ermöglichen.

• Wir fordern die Belegschaft auf, die Kandidaten zu Rede und Antwort auf konkrete Fragen zu zwingen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß irgendwelche Leute mit schlagenden Worten jede Informationsmöglichkeit zunichte machen, nur weil sie keine Chance sehen, in einer offenen Diskussion um die betrieblichen Probleme zu bestehen.

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

WIRTSCHAFTS- UND KOLLEKTIV

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpcke
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmainsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutshbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 322 A

Wustfahl:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Flugblatt der linken Liste 1 zur Betriebsversammlung wenige Tage vor der Wahl

Dieser Wahlausgang ist allerdings auch kein Erfolg für die Rechten. Das erklärte Ziel sowohl der sozialdemokratischen als auch der rechten Betriebsräte war es, die Reichhold-Linken, die mit zwei Betriebsräten schon im alten Betriebsrat vertreten war, aus dem BR rauszuwerfen und so vom Informationsfluß über die sozialdemokratischen Machenschaften mit der Geschäftsleitung abzuschneiden.

Ein „sauberer“ BR sollte die im Jahr 74 anstehenden Rationalisierungen (Auflösung von Forschungsabteilungen, Hierarchisierung in der Produktion usw.) im Auftrag des Hoechst-Konzerns durchziehen, ohne daß störende Linke ständig mit der Veröffentlichung der kapitalistischen Pläne dazwischenfunken können.

Dieses Ziel ist nicht erreicht worden: nach wie vor sind die Linken mit zwei Betriebsräten im BR vertreten.

Dabei hatte die „Gemeinschaftsliste“ eine antikomunistische Hez-kampagne, die nicht vor persönlichen Verleumdungen, Lügen und Verdrehungen zurückschreckte (siehe auch

ten würden, gingen sie offensiv vor: Sie verteilten zur Betriebsversammlung wenige Tage vor der Wahl ein Flugblatt, in dem dieser Hetze vorgebeugt wurde (siehe Abdruck).

Offenbar hatte dies Erfolg. Das einzige, das Kodolitsch auf der Betriebsversammlung dazu sagen mochte, war, daß ja in dem von der Liste 1 verteilten Flugblatt schon geschrieben worden sei, was er jetzt nicht sagen dürfte ... Worauf aus der Versammlung ein Kollege ihn unter Beifall mit dem Ruf „Auf Wiedersehen“ verabschiedete.

Auf dieser Betriebsversammlung wurde auch die Vermutung, daß Kodolitsch Verfasser der Hez-schriften der Liste 2 war, zur Gewissheit: Ein Kandidat der Liste 1 berichtete, wie ein Kandidat der Liste 2 in seinem Beisein zum BR-Vorsitzenden Volkmann (ebenfalls Liste 2) gesagt hatte, der „Gewerkschaftssekretär, der immer unsere Flugblätter schreibt, soll sich mal ein bißchen zurückhalten“.

Deutlich daran wird auch, daß sich sogar unter den Kandidaten der Liste 2, die sich ja alle unter dem Namen „Kampf gegen die Linken“ zusam-

coop: Wie sich ein „gemeinwirtschaftliches“ Unternehmen zum Handelsriesen mausert

Mit dem Rundschreiben an alle Mitarbeiter der co op Zentrale AG – Zentrale – und des Bdk vom 30.1.74 informierte der Vorstand der co op über seine Pläne und Maßnahmen zur „Gruppenreform“. Danach „wird es darauf ankommen, vorab das Problem der „schwierigen Probleme zu sehen und in gemeinsamer Arbeit Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, die die Zukunft unseres (!) Unternehmens und seiner Beschäftigten sichern“. „Mehr Erfolg am Markt bedeutet für jeden, der in der Unternehmensgruppe co op beschäftigt ist, mehr Spaß an der Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen und Entfaltungschancen.“ (O. Paulig im „co op Mitarbeiter“, 1/73)

Wie das in der Praxis geschieht, haben wir im vergangenen Jahr schon gesehen. Betriebsbestimmungen in Kamen, Mel-

dorf, ZN Frankfurt, Verkauf der Kascho, verbunden mit Massenentlassungen, Einstellungsstop in der Zentrale... Allerdings waren diese Maßnahmen im Vergleich mit den geplanten Maßnahmen wohl nur Vorgeplänkel. Denn im letzten Rundschreiben vom 30.1.74 wird geschrieben, daß zwar die Ziele der „Gruppenreform“ auf der Führungsversammlung vom 18./19.1.74 erneut als richtig bestätigt wurden, „allerdings werden die Wege, die zu diesem Ziel (die wirtschaftliche Position der Unternehmensgruppe co op zu erhalten und auszubauen; die Red.) führen sollten, verändert werden müssen“. Was das bedeutet, wird im Rundschreiben ebenfalls gleich gesagt: schärfste Rationalisierungen in den Produktionsbetrieben, Radikalkur für die Zentrale.

Erste Konsumgenossenschaften wurden in Deutschland um 1845 gegründet. In einer Zeit, als die Arbeiter in den Industrievierteln dem Kaufmann hoffnungslos ausgeliefert waren, der sich das „Anschreiben“ teuer bezahlen ließ, Mägen beim Abwiegen und Milchpanscheri üblich waren, wurden nach englischem Vorbild Konsumgenossenschaften gebildet als Selbsthilfeorganisationen, um die Arbeiter vor den überhöhten Auswüchsen des Kapitalismus zu schützen.

Diese Konsumgenossenschaften wurden von den Mitgliedern, vorwiegend Arbeitern, kontrolliert. 1913 gab es in Deutschland bereits 1.000 Genossenschaften mit 1,6 Millionen Mitgliedern. Nach Lieferungs-Boykotten von Fabrikanten gegen die Genossenschaften wegen „Preisbrecheri“ wurde z.T. auch eine eigene Produktion aufgebaut, die heute unter den Markenzeichen GEG, Tiko und Veko firmieren. 1972 setzten die Konsumgenossenschaften – seit 1969 unter dem Zeichen co op – 6,6 Milliarden DM bei über 55.000 Beschäftigten um, die GEG drei Milliarden und 11.000 Beschäftigten. Heute werben die Konsumgenossenschaften mit dem Spruch „Seit über 100 Jahren im Dienste des Verbrauchers“.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Heinz Viethier, schreibt in einer co op Beilage der „Welt der Arbeit“ („WdA“, 1.4.73): „Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften haben ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Beide hatten zum Ziel, die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer durch Selbsthilfe zu verbessern und „in gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ist der Gewinn nicht der Motor der wirtschaftlichen Betätigung, sondern dient als Instrument zur Erreichung übergeordneter Ziele“.

Die Lage der Arbeitnehmer durch Selbsthilfe zu verbessern und „in gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ist der Gewinn nicht der Motor der wirtschaftlichen Betätigung, sondern dient als Instrument zur Erreichung übergeordneter Ziele“.

In der Tat hatte die co op 1972 einen Verlust von über 15 Millionen DM auszuweisen; dabei sind die co op Läden noch nicht einmal besonders billig: Rabatte gibt es nur noch in einem Fünftel der Läden und die Mitgliederzahl von zwei Millionen sinkt. Entsprechend sank der Anteil der co op-Gruppe am Einzelhandel, bei den Lebensmitteln von 8,8% im Jahre 1960 auf 7,2% 1971, und noch krasser am Einzelhandel insgesamt von 3,7 auf 2,9%. Dies erklärt sich aus der gesamten Entwicklung des Einzelhandels in der BRD:

Die Entwicklung des Einzelhandels in der BRD

Bis 1962 stieg die Zahl der Einzelhandelsunternehmen in der BRD; in dieser Zeit konnten auch die Konsumgenossenschaften noch ihren Anteil am Umsatz von 2,7% im Jahre 1950 auf 3,6% 1960 steigern. Doch dann setzte zunehmend eine Konzentrationswelle im Einzelhandel ein. 1962 bis 1964 gab es 6.400 Einzelhandelsunternehmen auf. In den nächsten zwei Jahren waren es 10.200 und von 1966 bis 1968 26.100 Unternehmen. Noch stärker war der Trend zu größeren Unternehmen.

Das Entstehen von Handelskonzernen in allen Bereichen des Einzelhandels ist mit immer einschneidenderen Rationalisierungen und der Einführung neuer Technologien verbunden. Um Personal zu sparen, kamen die Selbstbedienungsläden im Lebensmittelhandel auf, von denen es 1951 nur 40, 1957 erst 1.380 gab; 1970 waren es 86.400, das sind 70% der Lebensmittelgeschäfte mit einem Umsatzanteil von 88,4%.

Überall wurden Einkaufszentren

und Supermärkte errichtet, die neben Lebensmitteln auch gängige Gebrauchsgüter führen, darüber hinaus die Warenhäuser und inzwischen ganze Einkaufszentren, wie in Hamburg etwa das Elbe-Einkaufszentrum oder das in der Hamburger Straße.

stand vorgelegte Plan legte fest: Die sofortige Einführung der Datenplanung und ein einheitliches Betriebskonzept der Läden, das heißt ein einheitliches äußeres Erscheinungsbild und Ausgestaltung, ebenso einheitliches Sortiment in der Breite,

Zahl und Umsatzanteil der Einzelhandelsbetriebe 1940 und 1968

| Jahresumsatz in DM | Anteil an der Gesamtzahl der Einzelhandelsbetriebe v. H. 1940 | 1968 | Anteil am Umsatz v. H. 1940 | 1968 |
|----------------------------------|---|------|-----------------------------|------|
| bis unter 250 000 | 88,3 | 77,8 | 55,2 | 31,8 |
| 250 000 bis unter 500 000 | 7,7 | 13,5 | 13,1 | 13,7 |
| 500 000 bis unter 1 Million | 2,5 | 5,7 | 8,3 | 11,3 |
| 1 Million bis unter 25 Millionen | 1,5 | 3,2 | 21,3 | 36,2 |
| 25 Millionen und mehr | 0,0 | 0,0 | 22,1 | 27,2 |

Mit Hilfe der Datenverarbeitung werden die Lagerhaltung, die Belieferung, das Sortiment und die Bestellungen gesteuert. Hauptnutznießer dieser Entwicklung sind die Warenhäuser und Versandhandelskonzerne und Discountgeschäfte. Die größten acht konnten bis 1970 innerhalb von zehn Jahren ihren Umsatz verdreifachen gegenüber einer Verdoppelung beim Einzelhandel insgesamt.

Die ständig sich erneuernden Handelsneuerungen erfordern immer größere Kapitalverflechtungen für Investitionen, die in immer größeren Abständen bei gleichzeitiger Liquidation

Tiefe, Darstellung und Platzierung und in einem nach Größe gestaffelten System, nach dem Muster, wie es für die sieben „plaza“-SB-Warenhäuser der co op entwickelt wurde.

Jeweils Teile des Sortiments werden in den Verbrauchermärkten (bis 5 000 qm Verkaufsfläche), den Centern (bis 3 000 qm) und den Supermärkten (400 - 1 500 qm) geführt, die die sogenannten Nachbarschaftsläden verdrängen sollen.

Bis Ende 1973 wurde die Zusammenfassung der Konsumgenossenschaften in 20 Regionen mit einheitlichen Regionalaggregaten festgelegt. Es

Verbrauchermärkte und Selbstbedienungswarenhäuser in der BRD

| Stichtag | Zahl der Betriebe 400 bis 1000 qm | Verkaufsfläche über 1000 qm | Verkaufsfläche über 1000 qm | Zuwachs gegenüber Stichtag davor |
|----------|-----------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------------|
| 1.1.1945 | — | 4 | 20 000 | + 20 000 |
| 1.1.1946 | 69 | 10 | 40 000 | + 40 000 |
| 1.1.1947 | 98 | 40 | 130 000 | + 60 000 |
| 1.1.1948 | 141 | 180 | 540 000 | + 420 000 |
| 1.1.1949 | 125 | 403 | 1 500 000 | + 960 000 |
| 1.1.1950 | 117 | 550 | 2 064 000 | + 564 000 |
| 1.7.1950 | — | 620 | 2 371 000 | + 307 000 |
| 1.4.1971 | — | 749 | 2 620 000 | + 279 000 |

der Profite amortisiert werden müssen. Das führt zu einer Beschleunigung des Konzentrationsprozesses, die Kleineren können da nicht mithalten.

Betrachtet man nun lediglich den Umsatz, so gehört co op zu den ganz Großen. Zwar wurden die Genossenschaftsläden weitgehend auf Selbstbedienung umgestellt – im Jahre 1966 waren von 7.100 Läden 70% SB-Läden – ansonsten planten die einzelnen Genossenschaften, von denen es 1966 noch 192 gab, weitgehend nach eigenem Konzept.

Nicht einmal die eigenen Produktionsbetriebe wurden voll genutzt. Im Jahre 1967 wurde mit der Gründung des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften (BdK) mit Sitz Hamburg der erste Schritt zur Herausbildung eines Handelskonzerns getan. Der BdK gab Richtlinien für die Investitionen, die Finanzplanung, Sortimentspolitik und Personalpolitik. Ende 1972 wurde dann die co op Zentrale AG aus dem BdK und den Produktionsbetrieben der GEG gebildet, wobei die gewerkschaftseigene BfG als Finanzierungsinstrument 25% der Aktien erhielt. Zwar blieben die Konsumgenossenschaften formal selbstständig, doch wurde damit eine einheitliche Führung geschaffen. An der Spitze dieses Unternehmens steht leitlich der Hamburger SPD-Vorstand, mit Oswald Paulig als Präsident und Heinz Ruhbau, der als Arbeitsdirektor über die eingeführte politische Mitbestimmung in den Vorstand gewählt wurde.

Es wurde ein Zentralisierungs- und Rationalisierungsprogramm vorgelegt, das erhebliche Investitionen und Umstrukturierungen erfordert, wobei bis in den dezentralen Verkauf alles zentral geleitet wird. Der vom Vor-

stand die Verdoppelung des Ladenetzes auf 2 Millionen qm bis 1980 angekündigt (bislang beträgt die durchschnittliche Ladengröße bei co op unter 300 qm) und Investitionen von 1 Milliarde DM bis 1975 so wie weiteren 1,4 Milliarden bis 1980.

Oswald Paulig erklärte: „Das weitere Abbröckeln unseres Marktanteils und die sich permanent verheerende Ertragslage der Konsumgenossenschaften können nur durch eine Reform am Kopf und Gliedern nachhaltig gestoppt werden, u.a. nach einem langfristig wirksamen Stufenprogramm.“

Es folgte eine Rationalisierungswelle, die jedem anderen kapitalistischen Unternehmen „Ehre“ machen würde. 1973 wurde ein Jahr der Stilllegungen und Entlassungen im Produktionsbereich und im Versand für die Kollegen bei co op.

Stilllegungen und Entlassungen

Von der Einstellung der Konsumgenossenschaft in Meldorf sind 250 Kollegen betroffen. Vorausgegangen waren die Schließungen und der Verkauf der Fischwarenfabrik in Altona, der Mühle Duisburg, der ZN Frankfurt, der Zigarettenfabrik in Hockenheim, der Käse- und Wurstfabrik in Solingen. Auch das Experiment der Veko kostete bereits mehrere 100 Kollegen in den ehemals sieben Veko-Fabriken den Arbeitsplatz. Der Prozess, die insgesamt nicht rational erscheinende Eigenproduktion stillzulegen, ist damit keineswegs abgeschlossen. Die EUROCO OP-Schokoladenfabrik, die schon für die internationale Expansion im Rahmen der EUROCO OP geplant war, wurde zu Ende 1973 verkauft.

Kamen: Die Aufgabe des Versandgeschäfts

Mitte Februar läuft das Versandgeschäft aus, was Entlassung von 800 Kollegen in Kamen bedeutet. Der Vorstand mit seinen SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern hielt es nicht einmal für nötig, das Betriebsversammlungsmitglied einzuladen.

Betriebsrat wie Kollegen erfuhren die Absicht der Stilllegung erst durch die Presse („Westfälische Rundschau“, WR, 15.10.73). Die Belegschaft organisierte unmittelbar nach Bekanntwerden der Schließung und in den folgenden Tagen Arbeitsniederlegungen und Protestversammlungen. Dort wurden die Forderungen aufgestellt:

Firmenkosten in ihrem „co op-progressiv“ (!) drucken. „Keine unnötigen Streiks, denn der Betriebsrat wird euch immer informieren.“

Der SPD-Bürgermeister Kettler präsentierte sich ebenfalls als großer „Kämpfer“: auf einer Pressekonferenz sprach er von einer „ausgemachten Sauterei“, „es wird schwer sein, 500 Menschen in anderen Betrieben unterzubringen“. Kamen erwartet weitere Zechenstilllegungen und verliert bei co op 10% der in den letzten 12 Jahren geschaffenen Arbeitsplätze. Das Grundstück sei der co op „praktisch nachgeschissen“ worden, so Kettler weiter, und er müsse „am sozialen Engagement“ dieser co op-Manager zweifeln.

Doch dann bot er der co op weitere Zahlungen wie bisher an, „um Schlimmeres mit Hilfe von Wfg (Wirt-



- Entlassung der verantwortlichen Vorstandsmitglieder
- Rücknahme des Aufsichtsrats-Beschlusses
- Weiterführung des Unternehmens durch die Angestellten in eigener Regie.

In der Tat kann sich die Arbeiterklasse gegen solche Machenschaften der Kapitalisten nur dadurch wehren, daß sie die Betriebe übernimmt; jedoch ist das nicht im Späziergang und nicht in einem einzelnen Betrieb möglich, sondern nur im Kampf gegen das kapitalistische System insgesamt. Hier wurde die Forderung der Weiterführung vorübergehend vom Betriebsrat und von der Gewerkschaft HBV aufgenommen, um Illusionen zu verbreiten, daß der Betrieb vielleicht doch nicht stillgelegt würde, so daß es zu keinen weiteren Kampfaktionen mehr kam.

So erklärte der Betriebsrat in der Zeitung der Gewerkschaft HBV (12/73): „er sei der Meinung, daß das Katalog-Versandgeschäft durchaus zu sanieren ist.“ Voraussetzung wäre ein neues Management und Erschließung neuer Versandwege, wozu er dann Vorschläge unterbreite. Außerdem sagte er: in der Belegschaft seien noch Mitarbeiter bereit, „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“. (WR, 20.10.73) Die Geschäftsleitung legte das auf ihre Weise aus, indem sie die Kollegen mit Arbeit illudete. Die Kamen Jugendgruppe durfte auf

schaftsförderungsgesellschaft), Land und Bund abzuwenden“, bzw. „wenn das Tempo zu verlangsamen.“ (WR, 15.10.73)

Ruhbau, der eine Karriere vom IGM-Führer zum co op-Vorstandsmitglied gemacht hat, kam dann auch eigens zu ihm und entschuldigte sich, er sei erst seit dem 1.10.73 da und habe dort „einen Scherbenhaufen“ vorgefunden. Sowohl das Gerüde von der „Unfähigkeit des Vorstandes“, das von ihm selber – siehe Ruhbau-Ausbarung a.B. – kräftig gefördert wird, als auch der Vorwurf der „Unfairness“ oder des „mangelnden sozialen Engagements“ haben gemeinsam, daß sie die Maßnahmen der Kapitalisten sozusagen als menschliches Versagen, Ausrutscher und in jedem Fall als ungewollt hinstellen. Das soll darüber hinwegtäuschen, daß die Kapitalisten gerade durch solche Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen die „Verbesserung ihrer Ertragslage“ durchsetzen; das wird in Kamen sehr deutlich.

Warum wurde der Versand dicht gemacht?

1966 wurde der Versand in Kamen aufgebaut, wie gesagt für ein Ei und ein Butterbrot. Das war der Einstieg der co op-Gruppe ins „Non-

Neuer Schlag der westdeutschen Reeder-Kapitalisten gegen die Seeleute (zur Konzernpolitik des Hapag-Lloyd)

Im letzten Sommer hatten die westdeutschen Reeder sich von den Arbeitern bestätigen lassen, daß „Streik auf bundesdeutschen Schiffen verboten (ist)“ („Hamburger Morgenpost“ vom 11.7.73). In diesem Jahr startet das westdeutsche Reederkapital seinen Angriff auf die Seeleute auf einem ganz „anderen“ Gebiet. Ende Februar dieses Jahres wurde bekannt, daß der größte westdeutsche Schifffahrtskonzern, die HAPAG-LLOYD AG, einen großen Teil seiner Schiffe nach Panama exportieren wird. In diesem mittelamerikanischen Land, das von einer faschistischen Militärdiktatur beherrscht wird und das weitgehend vom US- und westeuropäischen Imperialismus abhängt, ist, will HAPAG-LLOYD eine Tochtergesellschaft gründen, in die vorerst (!) fünfzehn – zumeist ältere – Schiffe eingebracht werden sollen. Diese Gründung reibt sich ein in die von den westdeutschen Imperialisten seit längerem betriebene Ausweitung ihres Kapitaleports – mit Vorliebe in faschistische Länder. Die Folgen für die westdeutschen Seeleute sind auf der einen Seite eine ungeheuer anwachsende Arbeitslosigkeit. Sofern sie weiter auf diesen „exportierten“ Schiffen beschäftigt werden, sind sie einer fast totalen Entrechtung unterworfen. Denn mit der Überstellung der Schiffe zur panamaischen Tochtergesellschaft ist für die auf diesen Schiffen arbeitenden Seeleute verbunden, daß sie der panamaischen (faschistischen) Arbeits- und Sozialgesetzgebung unterworfen sind. Zudem gehen die westdeutschen Reeder dazu über, zunehmend ausländische Kollegen auf ihren Schiffen zu beschäftigen. Diese Kollegen werden in der Regel wie Tiere behandelt. Die westdeutschen Reeder entziehen sich durch das „Ausflaggen“ und den Kapitaleport ihrer Schiffe weitgehend der Verpflichtung, Tarifverträge mit den westdeutschen Gewerkschaften abzuschließen, sowie die wenigen und unvollkommenen Rechte anzuerkennen, die sich die westdeutschen Arbeiter in langen Kämpfen errungen haben.

Im Gegensatz zu bisher vorgenommenen sog. „Ausflaggen“ deutscher Schiffe handelt es sich bei diesem von langer Hand vorbereiteten Projekt (Panama) um die Auslagerung und „Neugründung“ eines vollständigen Reedereibetriebes mit den dazugehörigen Reparaturstätten, Werften, Verwaltungsapparat usw.

Ging es bei der Ausflagung darum, durch die Gründung einer „Briefkastenfirma“ im Ausland die deutsche Sozialgesetzgebung sowie die Tarifverträge zu unterlaufen, ohne daß der Sitz der Reederei im Inland sich änderte, so geht es HAPAG-LLOYD jetzt um „echten“ Kapitaleport.

Die Verflechtung der Konzernpläne gegen Ende letzten Jahres hat unter den Seeleuten erhebliche

Unruhe erzeugt. Obwohl die Konzernleitung die Furcht der Belegschaft vor Arbeitsplatzverlust, sowohl beim Bordpersonal als auch bei den Landangestellten zu beschwichtigen versucht, wächst die Einsicht, daß die Maßnahmen der Reeder: über kurz oder lang zum Verlust von hunderten von Arbeitsplätzen sowohl beim Bordpersonal als auch am Land führen werden. Die kürzlich erfolgte Massenkindigung von Schiffsingenieurstudenten, die in einem sog. „Jugendamt“ der HAPAG-LLOYD standen, weist in die gleiche Richtung.

Nicht zufällig handelt es sich bei den für den „Verkauf“ nach Panama vorgesehenen Schiffen hauptsächlich um ältere Schiffeinheiten, z.B. die

vor 1960 gebauten Schiffe des ehemaligen NORDDEUTSCHEN LLOYD in Bremen, der im Jahre 1970 mit der Hamburger HAPAG fusionierte. Diese konventionellen Frachtschiffe, die im Mittel- und Südamerikadienst eingesetzt werden, sind mit ca. 35 Mann Besatzung wesentlich „lohnintensiver“ als z.B. die modernen Containerschiffe. Eine weitere Rolle spielt die Tatsache, daß für die in Frage kommenden Schiffe die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten erschöpft sind, d.h. die Möglichkeit, Extraprofite dadurch zu erzielen, daß ein bestimmter buchungsmaßer jährlicher Wertverlust der Schiffe, der höher liegt als der tatsächliche Verschleiß, von der Steuer abgezogen werden kann.

Die Maßnahmen des Reederkonzerns bilden einen neuen Höhepunkt in der Folge von „Rationalisierungsmaßnahmen“ deutscher Reeder. Seit 1970 wurden ca. 38 % der Seeleute an Land gejagt, die Zahl der fahrenden Seeleute sank von ca. 60.000 im Jahre 1970 auf ca. 37.000. HAPAG-LLOYD rationalisierte von Ende 1969 bis Ende 1972 sogar nahezu die Hälfte des fahrenden Personals heraus (von 6.149 auf 3.568).

Obwohl seit langem vorbereitet, wurde die arbeiterfeindliche Maßnahme des Konzerns erst jetzt in der bürgerlichen Presse bekanntgegeben. Damit verfolgt der Konzern sowie die gesamten Reederkapitalisten das Ziel, die Seeleute einzuschüchtern und zu demoralisieren, um sie bei den gerade laufenden Heuertarifverhandlungen vom Kampf für ihre Forderungen abzuhalten.

So erschien in der „Hamburger Morgenpost“ (SPD) ein groß aufgesetzter Artikel zum „Panama-Projekt“ von HAPAG-LLOYD just nach dem Scheitern der „freien“ Tarifverhandlungen, drei Tage vor

der ersten Schlichtungsverhandlung.

Die Bundesregierung schafft die „Rechts“-Grundlagen für den Flottenexport

Bereits zu Beginn des Jahres 1972 führte die Bundesregierung in aller Stille Verhandlungen mit der Regierung von Panama, die dem Zweck dienten, das juristische Grundlagen für den bevorstehenden Massenausport von Schiffen auszuarbeiten. In einem wenig beachteten Notiz schrieb dazu die Zeitschrift „Mansa“: „Organ u.a. des ‚Seeverkehrsbeirates beim Bundesverkehrsministerium‘, dem auch Gewerkschaftsvertreter angehören, im zweiten Juni-Hef 1973: ‚Panama (?) arbeitet augenblicklich an einem Verfahren, nach dem Charterschiffe mit einer Sonderregistrierung nicht auf ihre ursprüngliche (!) Flagge zu verzichten brauchen. Dies soll Charterern die freie Wahl der Flagge ermöglichen. Das Verfahren ist abhängig von der Zustimmung der Regierung des Ursprungslandes, es wurde inzwischen bereits von der Bundesrepublik Deutschland (wenn?) und Frankreich gebilligt. Die Sonderregistrierung ist nur zwei Jahre gültig, danach muß ein neuer Antrag zur Aufnahme in das Panama-Register gestellt werden... Macht beispielsweise ein deutsches Schiff von dieser Regelung Gebrauch, dann bleibt es in Deutschland registriert, unterliegt aber für die Dauer der Charter der maritimen Gesetzgebung Panamas (!)“.

Der konkrete Zusammenhang zwischen dem Staatsvertrag mit Panama und den HAPAG-LLOYD-Plänen blieb bis zum Dezember 73 im Dunkeln. Jetzt hielt es die Konzernleitung offensichtlich für günstig, ihre Pläne aufzudecken.

Der Wirtschaftsausschuß der Reeder, dem auch Seebetriebsräte angehören, hatte bereits im Sommer 1973 Kenntnis von den Plänen der Konzernleitung. Die Seebetriebsrätsmitglieder hielten jedoch brav den Mund, wozu das Betriebsverfassungsgesetz sie ja auch im Interesse der Kapitalisten „verpflichtet“.

Die Indonesische Staatsreederei betätigt sich als Vermittler

Nach Meldung der „DAG-Schiffahrt“, Organ der Bundesberufungsgruppe Schifffahrt der DAG vom Jan. 74, betätigt sich als Vermittler die Gesellschaft, SAMUDERA INDONESIA, Staatsreederei, Agent und Makler für HAPAG-LLOYD in Indonesien. Dieses Unternehmen hat eine Zweigstelle in Panama gegründet, die wiederum die Eröffnung der Firma HAPAG-LLOYD INTERNATIONAL PANAMA betreibt.



Indonesische Faschisten ermorden Arbeiterführer

Damit erweist sich das faschistische Militärregime in Indonesien unter seinem Anführer Suharto ein weiteres Mal als Helfer des westdeutschen Finanzkapitals, im Falle von HAPAG-LLOYD der DEUTSCHEN und der DRESDNER BANK, Hauptaktionäre des Konzerns.

Die Rolle der deutschen Bank in Indonesien prägte bereits im Jahre 1970 der STUDENTENVERBAND DEUTSCHER SEFFAHRTSCHAFTEN in seinem Organ „Flüsterstimme an Bord“.

„Die DEUTSCHE BANK verfügt über Vertretungen und Beteiligungen in 39 Ländern, sie wickelt ein Drittel des deutschen Außenhandels

Forti. Co op

Food-Geschäft, in Bereiche über den Lebensmittel-Verkauf hinaus, da dort sehr viel größere Zuwachsraten bestehen und im Rahmen der „Reform“ der Gruppe weiter ausgebaut werden soll. Die Bestellungen für den Versand wurden in den kleinen Läden mit direktem Kontakt zu den Käufern aufgenommen. Doch auf dem Aufbau großer Läden geht dieser Kontakt verloren, was dann durch ein Sammelbesteller-System überbrückt werden sollte.

In der Begründung für die Aufgabe heißt es, „der Durchbruch zur Größe“ sei im Versandgeschäft nicht erreicht worden, dies, obwohl 1973 700 Millionen DM Umsatz erzielt wurden bei 11 Milliarden im Versandhandel insgesamt und im 1. Halbjahr 73 noch eine Steigerung von 15,6 % herauskam. Das erklärt sich, wenn man das System des Otto-Versand betrachtet, das ähnlich nach dem Sammelbesteller-Prinzip arbeitet, wobei der Otto-Versand aufgrund seiner Größe in der Lage ist, bei Direktbelieferung mit dem Kaufhaus sozusagen ins Haus zu kommen und dabei gleich neue Bestellungen aufzunehmen.

Für co op bleibt Kamen als Zentralträger und Verwaltung des „Non-Food“-Geschäftes, das über die Läden weiterhin betrieben wird. So wurde das Auslaufen als im „Rahmen der langfristigen Reform“ vom Vorstand genehmigt. In Kamen wurden die Kollegen mit einem Sozialplan abgespeist, den die Gewerkschaftsführung der HBV als „vertretbaren Kompromiß“ darstellte („Ausblick“, 1/74). Der Plan wurde allerdings für die Kollegen außerhalb Kamen bislang geheimgehalten, obwohl dort z.T. ähnliche Entwicklungen bevorstehen. Allerdings wissen die Kollegen damit, was sie von einer Gewerkschaftsführung zu „erwarten“ haben, die es für „vertretbar hält“, wenn die Kollegen auf die Straße gesetzt werden. Das verspricht Viehther darunter, wenn er sagt, die HBV werde „immer daran erinnern, daß auch die co op die Verpflichtung hat, sozialpolitische Forderungen der Gewerkschaften vorbildlich zu

Der Arbeiterkampf ist im Abonnement zu beziehen über

VOLKSBÜCHERHANDEL

2. Ausgabe, 200 Seiten, 13,- Mark, gebunden

erfüllen.“ Die Kollegen der Krupp-Konsum-Anstalten bedanken sich denn auch für den Aufbau in dieses sozial „vorbildliche“ Unternehmen mit Rufen wie „Bonzen raus!“, Sprechchören Pfiffen und Pfeif-Rufen („WAZ“, 28.11.73). Die co op auf Kauf neben den Stilllegungen gleichzeitig groß auf, so auch die Licht-Ladenkette in Schwaben, zusammen mit einem Umsatz von 400 Millionen DM.

Die Rationalisierungen in der Zentrale

Das langfristig angelegte Zentralisierungs- und Rationalisierungsprogramm der co op wurde zunächst mit dem Bdk, dann von der co op-Zentrale in Hamburg ausgearbeitet, was keineswegs heißt, daß diese von der Rationalisierungswelle verschont wird. In diesem Jahr sollen die Kosten um ein Viertel gedrückt werden, nachdem es bei der Zusammenlegung zunächst lediglich geherben hatte, man wolle unnötige Doppelarbeit vermeiden. Gleich Anfang 1973 war ein Einstellungsstopp verhängt worden, der in der Tat für die Kollegen zunehmend doppelte Arbeit bedeutet. Für Bereiche, in denen die Arbeit ganz zusammenzubrechen droht, wurden vorgehend einige Kollegen von Arbeitskräfteverleihen eingesetzt. Obwohl diese dem Unternehmen teuer kommen als fest eingestellte Kollegen, greift man gerne zu diesem Mittel, da diese Kollegen von einem Tag zum anderen (ohne Einschaltung des Betriebsrats) wieder rausgeschmissen werden können. Die Betriebsräte hatten dem zunächst zugestimmt, mit der Illusion, dadurch Entlassungen zu

vermeiden.

Gleichzeitig wurden die Betriebsräte der GEG und des Bdk über die Neuorganisation anhand von abstrakten „Groß- und Feinplanungsanalysen“ informiert, womit der Betriebsrat bei wahlloser Verzögerungsakt über ein Jahr hingehalten wurde. Bei hinreichenden Mahnungen kam wieder ein Stapel Unterlagen, bis die Betriebsräte entnervt waren. So konnte die Geschäftsleitung quasi als Ersatz-Betriebsrat die Rationalisierungsfirma Knecht-Wegstein, die für Ruhbau (als ehemaliger Hamburger Innensenator) auch die Pläne für die volkshafte Polizei nach Faschisten-Muster gemacht hatte, mit einer Organisationsplanung beauftragen. Diese „unabhängige“ Hilfs-Betriebsratfirma kümmert sich auch um die „ständige Einbeziehung der Beteiligten und Vertretungsorgane“, wie es so schön heißt „Mitbestimmung“, die er als Lieblingssatz ständig mit sich herumträgt. In der Zeitung der Gewerkschaft NGG, die ihn als Kandidaten für den Arbeitsdirektor aufgestellt hatte, erklärte Ruhbau: „Ich bin vor einer Illusion warnen. Die Spannungsverhältnisse zwischen der Unternehmensleitung und den Beschäftigten werden durch die Mitbestimmung nicht aufgehoben. Und sie ist erst recht kein Mittel der Politik einer Geheimnis- und Interessenpolitik hinter verschlossenen Türen. Als Vorstandsmitglied bin ich verantwortlich für das wirtschaftliche Gedeihen des Unternehmens, daran ändert auch die Mitbestimmung nichts. Die hat eine andere Aufgabe, sie soll die Weichen stellen, Konflikte nicht mit dem Hotzhammer lösen, sondern sie verpflichten uns, anstelle der Konfron-

tation den Ausgleich zu suchen und herbeizuführen“ (NGG, „Einigkeit“ 10/73).

Das heißt, die Mitbestimmung kann nicht verhindern, daß die Kapitalisten die Arbeiter und Angestellten auf die Straße setzen, hin und her schieben usw. Das ist auch nicht ihre Aufgabe, der Arbeitsdirektor hat dafür zu sorgen, daß sie sich nicht wie mit dem Hammer vor den Kopf geschlagen fühlen und nicht dagegen kämpfen. Dafür sucht Ruhbau auch den Betriebsrat zu gewinnen, der von den Kollegen als „Geheimnis-Träger“ abgespalten wird und mitläßt, die Ziele der Kapitalisten durchzusetzen.

So empfahl sich etwa Betriebsrat Walter Gerber als Kämpfer für eine leistungsfähige Zentrale, worunter die Geschäftsleitung eine Zentrale mit der Hilfe der Kollegen versteht. Dafür kämpft ein Betriebsrat, nach dem Motto „lieber ein bißchen rationalisieren, als daß wir alle den Arbeitsplatz verlieren.“ So begründet man Massenentlassungen, Steigerung der Arbeitssetze, und schützt den Kampf der Kollegen untereinander um den Arbeitsplatz. Bei jeder Gelegenheit werden deshalb die „enormen“ Verluste lautstark verkündet, vom „unfähigen Vorstand“, wie in Kamen, geredet. In diese Kerbe schlägt dann Ruhbau, der kräftig die Zukunft beschwört, die wir alle (!) gut meistern, wenn wir jetzt nur zusammenstehen. So stimmt dann der Betriebsrat Entlassungen mit faden-schweigenden Begründungen zu, ohne die Kollegen zu hören, Refa-Untersuchungen und bereits bestehende Arbeitsüberlastungen in verschiedenen Abteilungen werden hingenommen, auch die Überstundenschieberei. Während sich der Betriebsrat des Bdk umherhin für einen Sozialplan wegen der Zusammenlegung einsetzte, erschien dem Betriebsrat der Zentrale das Rationalisierungsstabskomitee von 1969 genug, ebenso wie den Gewerkschaften – dies hätte zum Ende des Jahres 73 gekündigt werden können.

Dies Abkommen wird überhaupt nur angewandt, wenn innerhalb von vier Wochen mehr als 50 Kollegen z.B. entlassen werden, was leicht um-

gangen werden kann. Es steht lächerliche Abfindungen vor, bei Löhnen niedriger, die bis 15% für zumutbar gelten, die Weiterzahlung des alten Gehalts für drei Monate und etwa einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung für Kollegen, die älter als 59 Jahre sind. Wer allerdings Kündigungsschutzklage erhebt, der hat sein Recht auf diese Gnade verwirkt. Das zeigt die Einstellung der beteiligten Gewerkschafter und Sozialdemokraten: man soll nicht gegen den Kapitalismus und seine Folgen ankämpfen, man hat zu kuscheln und sich abzufinden.

So gab es in der co op Hamburg, wo die Kollegen stark aufgeplättet sind, noch keine gemeinsame Betriebsversammlung, ja für 70% der Angestellten beim Bdk, in einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, gibt es nicht einmal einen Tarif, sondern individuell ausgehandelte Bezahlung, die häufig niedriger ausfällt. Für den Betriebsratsvorsitzenden Hackmann (Zentrale), als „aktiven“ Gewerkschaftsfunktionär, bekommen die vom Bdk sowieso zuviel Gehalt. Insgesamt ist die Spaltung unter den Kollegen sehr groß. Es gibt zwar seit einem Jahr eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe, in der aber die Arbeit fortschrittlicher Kollegen systematisch boykottiert wird. Von der Gewerkschaftsführung wurden Flugblätter zensiert oder unterdrückt, die zu den Aufsichtsratswahlen und der Rationalisierung in der Zentrale informierten wollten. Betriebsräte wie Hackmann und Gerber wollen die Leitung der Betriebsgruppe und der Arbeitskreise für sich pachten, sind aber nicht einmal bereit, Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen. Als etwa im Januar die Leitung neu gewählt werden sollte, kreuzte Hackmann mit 20-25 sonst neu erscheinenden Kollegen auf, um sich wählen zu lassen. Die Genossen unserer Organisation, die hier im Betrieb arbeiten, haben es bislang nicht verstanden, ihre Isolation im Betrieb aufzuheben und offensiv zum Aufbau einer Abwehrfronti überzugehen.

Betriebszelle co op und HBV Komitee KB/Gruppe Hamburg

Textilindustrie

Betriebe gibt es also in der BRD Unternehmen. Wie sehr die Textilbranche hinter anderen Branchen herhinkt, zeigt sich z.B. daran, daß unter den 100 größten westdeutschen Konzernen kein einziger Textilbetrieb ist.

Die Schlußfolgerung aus dieser Lage in der Textilbranche heißt für die westdeutsche Bourgeoisie: Die Bildung größerer Einheiten mit politischen Mitteln forcieren und große Teile der Textilbranche in unterentwickelte Länder verlagern. Auf diesen Rücken jedoch schon die bisherige Entwicklung ausgetragen wurde, liegt auf der Hand.

Krise in der Textilbranche heißt Existenzkrise für die Textilarbeiter

Krise der Textil- und Bekleidungsindustrie bedeutet natürlich keine Krise für die Herrschaft der Kapitalisten in dieser Branche. Viele Kapitalisten haben aus Kosten der Arbeiter rechtzeitig die Branche gewechselt, und der Großteil der Kapitalisten, die tatsächlich Konkurs gehen, haben in der Regel rechtzeitig ihr Schäfchen ins Trockene gebracht.

Durch eine besonders scharfe Ausbeutung der Arbeiter versuchen viele Textilkapitalisten die rückständige Produktionsweise auf dem Rücken der Arbeiter länger aufrecht zu erhalten und behindern dadurch sogar den Einsatz rationalerer Produktionsverfahren.

So lag z.B. 1970 das Lohnniveau in der Bekleidungsindustrie um 25% (!) unter dem der Gesamtindustrie (laut FAZ vom 25.8.1972), größtenteils haben sich die Textil- und Bekleidungsunternehmen in ländlichen Gebieten (z.B. Bayerischer Wald, Emsland) niedergelassen, wo die Bevölkerung keine Auswahl bei der Suche nach Arbeitsplätzen hat. Weiterhin sind 84% der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie Frauen in der Textilindustrie 54%. Die Arbeitsbedingungen und größtenteils katastrophal angelegten bei den oft völlig ungeeigneten, stickigen und überfüllten Räumen (Lungenkrankungen sind besonders häufig) bis zu der sehr strapazierenden, einseitigen Akkordarbeit. Großenteils wird auch Schichtbetrieb gefahren. Wie sehr die Existenz der Textilarbeiter in den Kapitalisten angelegten wird, können zwei Zeitungsanzeigen aus der Frankfurter Rundschau andeuten: „Von 18 000 Textilindustrie-Beschäftigten im Raum Aachen/Bescheid sind im Oktober 8.500 (Fast 50%) auf Kurzarbeit gesetzt worden.“ (6.11.1973) „... die Beschäftigten haben noch aus nicht eingehaltenen Kündigungsfristen (!) Ansprüche in Höhe von DM 156.000. Von den 280 Betrieben im Bereich des Aachener Arbeitsmarktes haben 14 in diesem Jahr schließen müssen. 146 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz, 780 davon sind noch heute arbeitslos.“ (17.11.1973).

Das Vorgehen gegen die Arbeiter spiegelt sich in zynischen Stellungnahmen in der bürgerlichen Presse wieder. Der Bundesvorstand der Bekleidungsindustrie weist darauf hin, „daß im Grunde die Lohnpolitik der Gewerkschaft selbst zu dieser Entwicklung (gemeint ist die Verlagerung ins Ausland) beigetragen habe.“ Die ... Unternehmer hätten seit Jahren die Gewerkschaft auf die Gefahren hingewiesen, die durch übermäßige Lohnforderungen bei einer liberalen Importpolitik entstehen.“ (FAZ vom 28.8.1973).

Man bedenke: Die Löhne in der Bekleidungsindustrie sind schon um 25% niedriger als in der Gesamtindustrie! Die FAZ vom 1.12.1973 schreibt: „Eigentlich wirkte das ganze Thema paradox. Während in der Konfektion Kurzarbeit grassiert und Arbeitsplätze verlorengehen, diskutieren in Frankfurt anlässlich der Jahresstagung der Forschungsgemeinschaft Bekleidungsindustrie rund 300 Fachleute über eine Humanisierung der Arbeit in der Branche.“ Und das Handelsblatt meldete am 12.7.1973: „Im Bundeswirtschaftsministerium betont man ferner die jetzigen Kündigungen schlecht zu sein, da die Textil-Gewerkschaft und von der die Arbeitgeber akzeptierten Lohnforderungen dieses Jahres“.

Die Gewerkschaft hat einerseits ein Interesse daran, auch im Textilbereich international konkurrenzfähige Konzerne zu schaffen. Zum anderen ist sie daran interessiert, große Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie ins Ausland zu verlagern. Die FAZ stellt das so dar: „Wir haben in der BRD einen Mangel an Arbeitskräften durch Verlagerung werden Arbeitskräfte frei für höherwertige Tätigkeiten – sie bekommen auch mehr Lohn, die Produktion im Ausland ist billiger – im Ausland werden neue Arbeitsplätze gegen die dortige Arbeitslosigkeit geschaffen – eine Verlagerung ist also für alle Teile vorteilhaft.“

Verlagerung ins Ausland eine Waffe gegen die Arbeiter

In Wirklichkeit hat die Verlagerung zum Ziel:

1. Senkung der Arbeiterentlohnung in der BRD durch Besetzung der sogenannten „Überbeschäftigung“, die wir nach Meinung „wissenschaftlicher“ Handlanger der Bourgeoisie in der BRD haben, wie es in letzter Zeit immer öfter betont wird.
2. Konzentration der technisch hoch entwickelten, äußerst produktiven auch noch erfüllen ist eine Marktnähe für die Textil- und Bekleidungsindustrie nicht so erforderlich wie z.B. für Druckereien oder Mobilisten (teurer Transport).

Die BRD ist heute das größte Textilimportland der Welt – etwa 1,4 aller in der BRD gekauften Textilien und Importware. Jeder 4. Anzug, jeder 3. Mantel, jede 2. Hose kommt heute aus dem Ausland. Der weitaus größte Teil des Importes kommt aus anderen EU-Ländern, etwa 1,5 aus den sogenannten „neoliberalen“ (von allem befreiten) Ost- und Mittelmeerraum und rund 1,10 aus RgW-Ländern. Nach einer Schätzung kommen etwa 10-15% der Importe von westdeutschen Firmen ins Ausland. Außerdem ist der größte Teil der Importe aus den RgW-Ländern Auftragsware westdeutscher Betriebe, d.h. der westdeutsche Betrieb liefert in der Regel Maschinen, Technik, Vorprodukte und gibt bestimmte Muster/Größen/urw in Auftrag, die er dann fertig in der BRD zurückimportiert. Rumänische, ungarische und polnische Frauen arbeiten so direkt für westdeutsche Unternehmer, und ähnlich in der DDR. Verlagerung und Konzentration will die Bourgeoisie verschärft weiter vorantreiben. Schon 1971 wurde von der EG-Kommission in Brüssel das „Spinnell-Papier“ herausgegeben, das die Verlegung großer Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie vorseht. Des öfteren wurde dies auch vom Bundeswirtschaftsministerium

zum Ausdruck gebracht. So Staatssekretär Grüner laut FAZ vom 26.1.1973: „Die Textilindustrie gehört keinesfalls in der Zukunft nur (!) in die Entwicklungsländer, wie einige Wissenschaftler meinen, sicher sei jedoch die BRD nicht mehr für jedes (!) Produkt und jede (!) Sparte der richtige Standort.“

Ganz konsequent wurden, angeblich im Rahmen der „Stabilitätspolitik“, im Juni 73 die Einfuhrkontingente einiger Waren der Textilbranche erheblich ausgedehnt (Nur bestimmte Mengen dürfen in EG und BRD eingeführt werden). Damals war die Krisenverschärfung in der Textil- und Bekleidungsindustrie schon längst offensichtlich.

Das Handelsblatt meinte am 8.8.1973 dazu: „Die Öffnung der Im-

portschleusen für Textilien und Bekleidung soll nach dem Willen Bonn neben der Preisdämpfung noch einen 2. Effekt haben, nämlich die Produktionsverlagerung von Teilen der Bekleidungsindustrie ins kostengünstige Ausland zu forcieren. Ob es dieser „Hilfsleistung“ bedürftig hätte, sei dahingestellt.“

Die Textilpolitik der BRD-Kommission entspricht ihrem allgemeinen Vorgehen beim Aufbau eines imperialistischen Westeuropas. Einseitige Ausweitung des Machtbereiches der westdeutschen Imperialisten (Kapitalexport) und Ausbeutung der unterentwickelten gehaltenen Völker andererseits Konzentration der Machtbase in den Zentren des Imperialismus (Konzentration der höchst entwickelten und politisch wichtigsten Industriezweige, Bildung starker Konzerne). Für die Textilindustrie bedeutet dies vor allem Auslagerung, jedoch auch Bildung einiger größerer Konzerne. Beides bedingt einander. Denn in der Regel werden zur größeren Betriebe zum Kapitalexport in der Lage sein.

Seidensticker (ein Textilkapitalist) auf die Frage, was für die Textilindustrie die wichtigste Aufgabe wäre: „So schnell wie möglich im Ausland produzieren.“ Über die Schuhbranche, deren Lage kaum anders ist als die der Textil- und Bekleidungsindustrie, schreibt die „Welt“ am 16.2.74: „Mehr als jeder zweite Paar Schuhe kommt bereits aus dem Ausland. Europas größter Schuhmacher, die

Salamander AG ... trägt dem Rechnung. Sie läßt immer mehr Ware im Ausland herstellen, muß sich aber andererseits auch einer hohen Schruppungskurve der inländischen Produktion unterziehen.“

„Hart“ ist die „Schrumpfungskurve“ allerdings in Wirklichkeit nur für die Arbeiter.

Vorschläge der Gewerkschaft Textil-Bekleidung – Keine Alternative!

Den Plänen der Bourgeoisie hält die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) entgegen, es sei „bei der neuen technischen Entwicklung ... illusorisch, die Textilfabrikation mit ihren zunehmend kapitalintensiven Arbeitsplätzen in Entwicklungsländer zu verlegen.“ („Süddeutsche Zeitung“, 14.6.72).

Die GTB erhebt drei „zentrale Forderungen“ an die Bundesregierung, nämlich:

1. Aufgabe der globalen Kreditrestriktionen als Mittel der Stabilitätspolitik zugunsten einer abgewogenen Industrie-, Konjunktur- und Kreditpolitik.
2. Für 1974 Aufhebung der im Jahre 1973 vorgenommenen „konjunkturpolitischen“ Sonderimporterleichterungen.
3. Keine Einfuhrerleichterung im Jahre 1974, die über das Volumen des Jahres 1973 hinausgeht.“ (Aus „Informationen für die Funktionäre der GTB“, Heft Nov./Dez. 73).

An diesen Forderungen wird deutlich, daß die GTB zur Lösung der „Textil-Krise“ auch nur eine kapitalistische Lösung bereit hält, nämlich mehr Kredite und zu günstigeren Bedingungen, Beschränkung der Einfuhr von Textilwaren.

Dieses Programm könnte man zusammenfassen unter der Parole „Retten die deutsche Textil-Industrie!“

Und tatsächlich organisierte die GTB-Führung die am 13.12.73 in Bonn stattgefundene Demonstration von 10 000 Textilarbeitern unter dem Slogan: „Für Textilarbeiter und die Textil- und Bekleidungsindustrie“.

„Minder Friedrich der Kapitalismus der Textilwirtschaft“, „Das Lohnniveau macht uns (!) konkurrenzlos“, „Runter von der Kreditbremse“ u.ä.

Die GTB macht sich also Kapitalinteressen zueigen (mehr und günstiger Kredite), auch wenn sie andere Lösungen vorschlägt, als die von der Bourgeoisie geplanten. Der bürgerliche Staat soll intervenieren, um der „kranken“ Textil-Industrie eine heilsame Spritze zu geben (aus den vom Volk aufgetragenen Steuern). Dies kommt dabei heraus, wenn man den Boden der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit von Ausbeutung und Profit nicht verlassen will.

In Wahrheit liegt es in der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, daß er zur Konzentration der Produktion (Ruin der Kleinbetriebe), zum Kapitalexport, zur Erwirtschaftung des größten Profits treibt und auch der Staat in diesem Sinn eingesetzt wird.

Wer es, wie die Gewerkschaftsführer, aufgeben hat, für die Überwindung dieses Systems zu kämpfen, kann nur mit (für die Arbeiterinteressen) untauglichen Rezepten als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus stehen.

ÖTV, IGM und jetzt IG Drupa: –Zur Tarifrunde in der Druckindustrie–

Im Interesse der Kapitalistenklasse: „Stabilität“ gegen die Arbeiterklasse

Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist beendet. Bei den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie sind 10 von 16 Tarifbezirken schon „erledigt“. Alle Abschlüsse liegen exakt bei der Lohnaufschlagung von 11 Prozent. Der Beschluß der Großen Tarifkommission der IG DRUPA, eine Forderung von 15 Prozent aufzustellen sowie der vorzeitige Lohnabschluss im Bereich der Papierverarbeitung von 11,2 Prozent weisen darauf hin, daß die Gewerkschaftsführung denselben Abschluß antwortet, wie er der Arbeiterklasse bisher „beschieden“ worden ist, nämlich etwa 11%.

Die Große Tarifkommission der IG DRUPA hat sich „mit überzeugender deutlicher Mehrheit“ und „nach langer Diskussion“ am 19. Februar auf folgende Forderungen „geeinigt“:

1. Der Ecklohn soll um 15 % erhöht werden.
2. Zusätzlich sollen erhöht wer-

den die Tariflöhne der Gehilfen im ersten und zweiten Gehilfenjahr um je 2%.

3. Die Lohngruppen V und IV des Hilfspersonals sollen jeweils um 2% erhöht werden.
4. Die Lohngruppen III und I des Hilfspersonals sollen jeweils um 3% erhöht werden.
5. Die monatlichen Ausbildungsbeihilfen für Auszubildende im ersten Jahr sollen von bisher 304,- DM auf 383,- DM, im zweiten Jahr von 365,- DM auf 455,- DM, im dritten Jahr von 468,- DM auf 540,- DM, nach dem dritten Jahr von 553,- DM auf 636,- DM erhöht werden.

Dabei ist es interessant zu sehen, wie dieses Ergebnis in der Tarifkommission zustande kam.

Bei der Abstimmung über einen linearen Betrag von 45,- DM je Woche stimmten 17 Mitglieder der Tarifkommission dafür, 24 dagegen, 4 enthielten sich (!). Dazu ist zu

sagen, daß es positiv zu vermerken ist, daß sich immerhin mehr als ein Drittel der Anwesenden für eine lineare Lohnforderung ausgesprochen hat. Andererseits liegt die 45,- DM-Forderung 15,- DM unter den von vielen Mitgliedern geforderten 60,- pro Woche. Es ist anzunehmen, daß hier einige örtliche Funktionäre um ersten Abstimmungsdurchgang den „Schein“ vor ihren Mitgliedern wahren wollten und tatsächlich veränderte sich das Abstimmungsbild „leider“ zugunsten einer Prozentforderung.

Bei der Abstimmung über 17 % waren 11 dafür, 36 dagegen (unter ihnen auch die „ehelichen Makler“ der DM-Forderung).

Für die dann folgende Abstimmung über 15 % stimmten 38 dafür, 8 dagegen und eine Enthaltung. In seinem Informationsbrief „begründete“ der Hauptvorstand diese Forderungen u.a. so:

„Die Entscheidung für die 15 %

im Zusammenhang mit den Zusatzforderungen trägt noch Auffassung fast aller Mitglieder der Tarifkommission den Bedürfnissen der gegenwärtigen Situation Rechnung und stellt überdies eine umgehende Einheitlichkeit mit unserem anderen großen Tarifbereich, der Papierverarbeitung, her.“

Wie gesagt, die Papierverarbeitung hat schon bei 11,2 % abgeschlossen. Dann soll die Arbeiterklasse auch „einheitlich“ den Lohnabschluss auf 15 % gedrückt kriegen!

Mit diesem Vorgehen haben sich die Gewerkschaftsführer der DRUPA voll in die Front der Kapitalistenklasse, ihrer Regierung, der bürgerlichen Propagandapresse sowie der Gewerkschaftsführer von ÖTV und IGM eingereiht, die mit einem massiven Propagandawerbel der Arbeiterklasse einzumärschieren versuchen, das Forderungen „den Bedürfnissen und Möglichkeiten der gegenwärtigen Situation (der Kapitalisten!) Rechnung

tragen müssen.“

So der IG DRUPA-Vorstand in seiner „Begründung“ für die Forderung.

„Notgemeinschaft“ gegen Tarifikampf

Und was ist das für eine „gegenwärtige Situation“?

Der Bluff mit der „Ölkrise“ diente der Kapitalistenklasse, der Regierung und der bürgerlichen Presse dazu, die alte faschistische „Volksgemeinschaft“ wieder auflieben zu lassen.

Solidarität aller „eigenständigen Gruppeninteressen zurückstellen“.

– „Bewährungsprobe für uns alle“ Diese „Notgemeinschaftskampagne“, verbunden mit einer widerlichen, aggressiven Heizkampagne gegen die Völker der Dritten Welt, diente der ideologischen Vorbereitung scharf-

Fern-Durchschüsse

rer Angriffe auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse. Dabei beschränken die Kapitalisten sich nicht auf Lohnabbau und auf Drohungen, wie „überhöhte Lohnforderungen bedeuten Verlust der Arbeitsplätze“, und ähnliche Geschichten, sondern verschärfen die politischen und ideologischen Angriffe auf die Rechte der Arbeiter, wie das Streikrecht. So heizte die „Zeit“ vom 15.2. zum ÖTV-Ab-schluss:

„Dieser aus der Verantwortung der Allgemeinheit entlassene Machtkampf, der unter dem euphemistischen Namen Tarifautonomie läuft, wird vollends gefährlich, wenn er bedenkenlos auf den öffentlichen Dienst übertragen wird (!). Hier ist der Staat noch direkter (!) herausgefordert. Er steht vor der Frage ob er sich überhaupt noch einen Spielraum für souveräne Entscheidungen, für eine regulierende Ordnungspolitik (!!) erhalten kann, oder ob er den Verbandsinteressen völlig ausgeliefert wird – nach dem Motto: Wer Macht hat, bekommt Recht.“

Es ist einfach widerlich, wie diese gutbezahlten Schreiberlinge nicht nur dazu auffordern, der Arbeiterklasse das viel Blut erkämpfte Streik- und Koalitionsrecht zu entreißen, sondern auch noch demagogisch die Tatsachen umstülpen.

Diese Leute tun gerade so, als ob die Gewerkschaften (?) drauf und drin wären, diesen Staat aus den Armen zu heben.

Dass die Arbeit der Kommunisten darin geht, die Arbeiterklasse politisch zu rüsten, das kapitalistische System aus den Angeln zu heben und durch eine Gesellschaftsordnung zu ersetzen, in der nach den Bedürfnissen der Menschen gewirtschaftet wird, das muß allerdings das langfristige Ziel der Arbeiterklasse werden. Heute sieht es aber leider anders aus.

Der Auftrag

Der Chef der „Gutehoffnungshütte“ von Menges unterschrieb in einem „Spiegel“-Interview den geplanten Lohnabbau.

„Ich fürchte, daß wir in der nächsten Zukunft von einigen lieben Gewohnheiten Abschied nehmen müssen. Eine davon ist, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer Jahr für Jahr reale Einkommensver-

ben Gewohnheiten Abschied nehmen müssen. Eine davon ist, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer Jahr für Jahr reale Einkommensver-

Dieser wertvolle Herr hat dabei Verständnis für die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsführer, die den Lohnabbau bei den Arbeitern durchsetzen sollen. Aus Rücksicht auf die Mitgliederbasis sind die Gewerkschaftsführer darauf angewiesen, hier und da mal einen „linken“ Schnack loszuwaschen, wie zum Beispiel Jan Sierks, DGB-Vorsitzender Nordmark, der allen Ernstes „die Macht der Kapitalisten brechen“ wollte „mit der Mitbestimmung“.

Daraus folgt aber auch, daß dabei der Arbeiterklasse der „Bazillus“ des Klassenkampfes im Kopf heimzuspuken wird und dies ist den Kapitalisten eben ein Dorn im Auge. In diesem Sinne von Menges:

„Dabei müssen die Gewerkschaften sich verhalten lassen, daß sie jahrelang Erwartungen geweckt haben, die auf Dauer nicht zu halten sind. Auch die Gewerkschaften werden nicht umhin können, ihren Mitgliedern die Frage vorzulegen: Willst du lieber einen sicheren Arbeitsplatz oder willst du lieber letztes mehr verdienen und später atem-peln gehen?“

Genau mit dieser Drohung und nach diesem Schema hat der Vorsitzende des Ortsvereins Hamburg der IG DRUPA eine aktive Solidarität gegen die Massenentlassungen bei der SPD-eigenen „Auerdruck (Lmbd)“ sabotiert!

(Vgl. Artikel in dieser Ausgabe „Massenentlassungen bei Auer-Druck“.)

DRUPA-Führung „trägt der Situation Rechnung“

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst waren die ersten, die im politischen Klima der „Notgemeinschaft“ stattfanden und hatten für Kapitalistenklasse, Regierung und Gewerkschaftsführer in manchen Hinsicht Tuschelcharakter.

Den Arbeitern und Angestellten stand finanziell das Wasser bis zum

Hals. Wie weit würde die spontane Streikbereitschaft gehen?

„Wie weit konnten die Gewerkschaftsführer die Mitglieder auf den Lohnleitlinienabschluß von 11 % vorbereiten?“

„Wie weit ist es der Kapitalistenklasse und ihren Handlangern gelungen, in dieser massiven Kampagne die Arbeiterklasse daran zu „gewöhnen“, daß die „Zeiten der Überfallgesellschaft vorbei“ sind und das „Gürtel enger zu schnallen ist“?“

Der Ablauf der ÖTV-Runde sowie die bisherigen Ergebnisse in der Metallrunde können auch für die Drucktarifrunde die Zeichen setzen.

Auch wenn den angeschnittenen Kollegen die 11 %-Abschlüsse durch viel Zahlenakrobatik als „14 %-Abschlüsse“ verkauft werden sollen, ändert das nichts an der Tatsache, daß die Forderungen aus der Mitgliedschaft für die Gewerkschaftsführer nur in der Wahl ihrer Taktik gegenüber den Kollegen Bedeutung haben, insofern sie deren Stimmung widerspiegeln. Es wird sich in den kommenden Kämpfen zeigen müssen, inwieweit die Kollegen tatsächlich auch in der Lage sein werden, wenigstens die „Ausgangsbedingungen“ der Tarifkommission durchzusetzen.

Wie krass der Widerspruch zwischen den aus den Betrieben und Versammlungen der Kollegen beschlossenen Forderungen und dem der „derzeitigen Situation Rechnung tragenden“ 15 %-Forderungspaket der DRUPA-Führer ist, mag folgende Aufstellung verdeutlichen: West-Berlin 90,- DM Vorwageanhebung, 320,- DM monatlich mehr für alle.

Freiburg: Jugendgruppe forderte 1,50 DM für alle, 250,- DM für Angestellte und Lehrende. Braunschweig 20,- DM Vorwageanhebung, 60,- DM mehr für alle pro Woche.

Laufzeit 10 Monate 240,- DM mehr für die Auszubildenden. So beschlossen auf der Mitgliederversammlung vom 15.2.74.

Hildesheim: Der Bezirksrat forderte am 19.1. eine Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich.

Münche in Mitgliederversammlung des Ortsvereins forderte 1,50 DM pro Stunde mehr.

München: Die Mitgliederversammlung forderte 80,- DM für alle pro Woche.

Speyer: Die Mitgliederversammlung forderte 60,- DM pro Woche, 12 Monate Laufzeit bei Einführung einer Öffnungsklausel.

Hamburg: 60,- DM für alle pro Woche, 12 Monate Laufzeit mit Preissteigerungsklausel. Einheitliche Ausbildungsbeihilfe von 325, DM So beschlossen auf der Delegiertenversammlung vom 16.2.

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Zu den Abstimmungen im Hamburger Ortsverein, mit ca. 8.000 Mitgliedern der größte Ortsverein in der IG DRUPA, muß noch eingerechnet werden:

Politische Beträge, die über die Fragen der Höhe der Forderungen hinausgingen, waren noch sehr gering.

Im Gegensatz zum letzten Jahr ist es den Gewerkschaftsführern mehr gelungen, die Kollegen auf das kapitalistische „Gesamtwohl“ einzuschwören. Gab es im letzten Jahr kaum Gegenstimmen zur 40,- DM Forderung, wurde die 60,- DM-Forderung in diesem Jahr mit dem knappen Ergebnis von 81 68 Stimmen angenommen.

Andererseits ist positiv zu vermerken, daß der Inhalt der Forderungen, nämlich einheitlicher Mark- und Pfennig-Betrag, ein Schritt hin zur Aufhebung der Spaltung der Arbeiterklasse.

Tarifrunde vorbereiten

Die Ereignisse der letzten Monate machen folgendes deutlich:

Die Kapitalistenklasse verfolgt in der Tarifpolitik sowohl wirtschaftliche als auch politische und ideologische Ziele.

Wirtschaftlich soll das Lebensniveau der Arbeiterklasse weiter gesenkt werden. Die Lohnraubaabschlüsse bei ÖTV und Metall von 11 % geben die Marschroute an.

Politisch werden diese Tarifkämpfe von einer immer schärfer werdenden Kampagne gegen das Streik- und Koalitionsrecht und die

tarifautonomie begleitet.

Ideologisch soll die Arbeiterklasse daran „gewöhnt“ werden, den „Gründel enger zu schnallen“ und von „gruppeneigenen Interessen Abschied zu nehmen“. Die faschistische „Volksgemeinschaft“ wird offen propagiert.

Diesen Angriffen der Kapitalistenklasse liefern die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den notwendigen Flankenschutz.

Wirtschaftlich bemühen sie sich, die Lohnraubaabschlüsse in der Arbeiterklasse durchzusetzen, indem sie die Mitglieder von den eigenen Klasseninteressen wegziehen auf die Interessen des „Gesamtwohls“, also den Kapitalisteninteressen.

Während die Kapitalistenklasse elementare Rechte der Arbeiterklasse angreift, stützen die Gewerkschaftsführer den Arbeitern die Waffen, binden ihnen die Hände und versuchen die aktivsten Kollegen vom „Schlachtfeld“ zu verweisen.

Der Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, die „Radikalerlassene“ und der immer schärfer werdende Ausschaltterror gegen linke Gewerkschaftler und Kommunisten dienen dazu, die Arbeiterklasse den Kapitalisten wehlos auszuliefern.

Dieser Zusammenhang von „Lohnfragen“ und den politischen Fragen muß gesehen werden!

Insgesamt müssen wir einschätzen, daß diese Tarifrunde – nicht nur in

der Druckindustrie unter relativ ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Kampfbedingungen zu Ende gehen wird. Der Verlauf und die bisher vorliegenden Ergebnisse bestätigen diese Einschätzung.

Wer allerdings meint, aus dieser Einschätzung den Schluß ziehen zu können, „kämpfen lohnt sich nicht“, dem können wir nur mit folgendem Brecht'schen Gedicht antworten:

Wir hören: Du willst nicht mehr mit uns arbeiten.
1. Wir hören: Du willst nicht mehr mit uns arbeiten. Du bist zu kaputt. Du kannst nicht mehr herumlaufen. Du bist zu müde. Du bist erledigt. Man kann von dir nicht verlangen, daß du noch etwas tust.

So warte.
Wir verlangen es.

Wenn du müde bist und einschliffst. Wird dich niemand mehr wecken und sagen: Steh auf, das Essen steht da.

Warum sollte das Essen dastehen? Wenn du nicht mehr herumlaufen kannst.

Wirst du liegen bleiben. Niemand wird dich suchen und sagen: Es ist eine Revolution gewesen. Die Fabriken.

Warten auf dich. Warum sollte eine Revolution gewesen sein?

Wenn du tot bist, werden sie dich begraben.

Ob du schuld bist an deinem Tod oder nicht.

Du sagst: Du hast zu lange gekämpft. Du kannst nicht mehr kämpfen.

So höre. Ob du schuld bist oder nicht. Wenn du nicht mehr kämpfen kannst, wirst du untergehen.

2. Du sagst: Du hast zu lange gehofft. Du kannst nicht mehr hoffen.

Was hast du gehofft? Daß der Kampf leicht sei?

Das ist nicht die Fall. Unsere Lage ist schummer, als du gedacht hast.

Sie ist so. Wenn wir nicht das Übermenschliche leisten.

Sind wir verloren. Wenn wir nicht tun können, was niemand von uns verlangen kann. Gehen wir unter.

Unsere Feinde warten darauf. Daß wir müde werden.

Wenn der Kampf am erbittertesten ist. Sind die Kämpfer am müdesten. Welche Kämpfer zu müde sind, die verlieren die Schlacht.

Bert Brecht

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Massenentlassungen bei Auer-Druck

Am 16. Dezember 1973 gaben die Herren Sozialdemokraten als Eigentümer der Auer-Druck GmbH („Hamburger Morgenpost“) per Aushang bekannt, daß mehr als 100 Kollegen innerhalb der nächsten drei bis sechs Monate im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen auf die Straße fliegen sollen. Um diese Massenentlassungen reibungslos über die Bühne ziehen zu können, versuchten die Sozialdemokraten die Kollegen mit dem „Hinweis“ zurückzuhalten, daß es sich doch hier um einen SPD-Betrieb handle, „man müsse doch einsehen, ... um das Ganze zu retten ... um der SPD und der „Arbeiterpresse“ („Mopo“) die Druckerei zu erhalten.

Somit wurde die Belegschaft systematisch aufgespalten in die, die noch nicht von Entlassungen bedroht sind, und diejenigen, die „leider“ rausgeschmissen werden müssen.

Die Massenentlassungen sind nur ein weiteres Beispiel dafür, daß die Sozialdemokraten in den Maße, wie sie sich zu Verteidigern des kapitalistischen Systems entwickelt haben, sich auch derselben verbrecherischen Methoden der Kapitalistenklasse bedienen.

widersprüchlichen Gerüchte immer unsicherer wurden, starteten die SPD-Manager ihren Coup.

30.11. Dem Betriebsrat wird die Kündigung von sieben Kollegen vorgelegt. Die Auftragslage sei schlecht geworden, daran müsse man in den Abteilungen Hamaz, Maschinensatz und TTS Arbeitsplätze einsparen!

7.12. Die sieben Kündigungen werden zum 4.1.74 ausgesprochen. Unter diesen befinden sich auch zwei sehr fortgeschrittene Kollegen.

Gerüchte gehen um, daß noch weitere 50 Kollegen rausgeschmissen werden sollen!

13.12. Die gesamte Geschäftsleitung trifft sich mit dem Betriebsrat. Das einzige, was die Kollegen davon mitkriegen, ist ein dürftiger Aushang.

Darin heißt es, daß „Überlegungen zu einer Neukonzeption“ besprochen wurden, daß der BR „eingeladen“ sei in „Planungsgesprächen teilzunehmen“, daß der BR die „Belange der Belegschaft mit Nachdruck (!) vertreten“ werde.

Das ganze wird dann noch als „ausdrücklich vertraulich bezeichnet“ und darauf hingewiesen, daß dieses „Gespräch“ in „vertrauensvoller

Atmosphäre“ verlief!

16.12. In einem neuen Aushang der Geschäftsleitung wird den Kollegen „happchenweise“ mitgeteilt, daß der Drucksaal und die Buchbinderei stillgelegt werden, und daß mit weiteren Entlassungen zu rechnen sei.

Am Nachmittag desselben Tages wurde bekannt, daß mindestens 100 Kollegen entlassen werden sollen.

Bis zum heutigen Zeitpunkt sind schon 60 Kollegen rausgelaufen und es ist kein Ende abzusehen.

Wie jetzt bekannt wurde haben die SPD-Illustrier beim Arbeitsamt Antrag auf Massenentlassung für 200 Kollegen gestellt. Für 170 ist der Antrag genehmigt worden!

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

Die Hamburger Ortsgruppe des KBW, schon immer für „hinführenden (unfreiwilligen) kuratistischen“ Humor bekannt, schreibt in der Ortsbeilage der „KVZ“ vom 6.3.74: „Die Hamburger Wahlen sind ein wichtiger Gradmesser für die politische Fortschrittlichkeit der Massen in unserer Stadt.“

Man halte das nicht etwa für Ironie, die Genossen meinten das offensichtlich bierernst!

Um einen Beweis für ihre gewagte These sind die Genossen auch nicht verlegen. Sie vergleichen einfach die Hamburger Bürgerstimmwahl von 74 nicht mit der von 70, sondern mit den Bundesstimmwahlen von 72. Und siehe da, alles fügt sich aufs schönste!

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

die Wahlbeteiligung bei den Bundesstimmwahlen 72 entschieden höher war als bei den Bürgerstimmwahlen 74, daß die Verluste der SPD in erster Linie diesem Fakt zuschreiben und („Der überwiegende Teil dieser Wähler der von der SPD verlorenen Stimmen nämlich – ha, diesmal an den Wahlen gar nicht teilgenommen“), während die CDU nur ganze 12 000 Stimmen dazu gewannen (Gegenüber den Bundesstimmwahlen! Tatsächlich hat die CDU, verglichen mit den Bürgerstimmwahlen 70, über 90 000 Stimmen dazu gewonnen).

Nach diesem primitiven Taschentuchspielchen ziehen die Genossen das KBW freudestrahelnde Bilanz: „Es gelingt dem bürgerlichen Par-

lamentarismus nur noch in geringem Umfang, den Unmut über die Regierungspolitik auf die Mühlen der Opposition zu lenken. Auch das Wahlergebnis zeigt, was man täglich erfährt: die wachsende Freundschaft der Massen gegenüber der Politik aller bürgerlichen Parteien.

Humorlose Mitbürger könnten einwenden, daß die Wahlbeteiligung bei Bürgerstimmwahlen schon immer niedriger war als bei Bundesstimmwahlen, daß die CDU bei Bundesstimmwahlen in Hamburg immer etwas besser abschnitt als bei Bürgerstimmwahlen usw., daß man also Bürgerstimmwahlen nicht einfach mit Bundesstimmwahlen vergleichen kann. Solche Mitbürger wären aber nicht nur humorlos, sondern auch verflucht kleinmütig. Die Massen wollen nach links, und da kann es auf statistische Kleinigkeiten nicht ankommen!

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

Mit den Auseinandersetzungen in Cordoba im Februar/März hat sich der Klassenkampf in Argentinien weiter zugespitzt. In dieser bedeutendsten Industriestadt deren Proletariat 1969 mit einem mehrstägigen Aufstand seine Kraft gezeigt hatte, wurde der „linke“ peronistische Provinzgouverneur von faschistischen Kräften der Polizei und Armee abgesetzt, die zusammen mit bewaffneten Banden vom rechten Flügel des Peronismus die Herrschaft im Cordoba übernehmen und jeden Widerstand brutal unterdrücken.

Perón, der im Herbst letzten Jahres nach 13-jährigem Exil wieder die Regierung in Argentinien übernahm, war angefahren, um die zunehmenden Klassenwidersprüche zu „glätten“ und die verschiedenen Strömungen der peronistischen Bewegung zu integrieren. Von Anfang an führte er einen scharfen Kampf gegen alle fortschrittlichen Kräfte.

Gleich nach Peróns Wahl wurde die Guerillaorganisation ERP (Revolutionäre Volksarmee) verboten und „Säuberungsaktionen“ in der peronistischen Bewegung und am Staatsapparat eingeleitet. Damit gelang es aber noch nicht, die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte auf die Ideologie der Klassenversöhnung und „Einheit der Nation“ einzuschwören. Jetzt wird die Gangart beim Kampf gegen die linke innerhalb und außerhalb der peronistischen Bewegung und bei der Verankerung faschistischer Ideologie in der Bevölkerung verschärft.

Wesentlichster Ausdruck der Politik der Klassenversöhnung ist der sogenannte „Sozialpakt“, der zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften geschlossen wurde. Mit diesem „Pacto social“ verzichteten die Gewerkschaftsführer für zwei Jahre auf neue Tarifverhandlungen. Springer: „Weil schreibt dazu neidisch: 'Jetzt gibt es keinen Lohnstreik mehr. Mit einem kurzen 'Ja nicht nötig' wäscht Perón Lohnforderungen unter den Tisch.'“

ARGENTINIEN

Verschärfte Klassenwidersprüche

(„Welt“, 4.12.73)

Es gelang nicht, die Arbeiterklasse für diese Politik zu gewinnen, insbesondere als durch Warenknappungen und Qualitätsminderungen deutlich wurde, daß ein solcher Pakt allein den Profitinteressen der Kapitalisten dient. In mehreren „wilden“ Streiks lehteten sich Teile der Arbeiterklasse gegen den Sozialpakt auf, vor allem die Busfahrer von privaten Busunternehmen in Cordoba führten einen erfolgreichen Kampf. Unterstützt wurden sie vom jetzt gestürzten Provinzgouverneur einem Linkspersonisten, der für die geforderten Lohnerhöhungen eintrat und zugleich den Busunternehmen verbot, ihre Preise entsprechend heraufzusetzen.

Im Februar schob die Polizei in Comodoro Rivadavia (Zentrum der argentinischen Erdölindustrie) auf dem streikenden Arbeiter, die ihr Gewerkschaftshaus gegen bewaffnete faschistische Banditen verteidigen wollten, die die bisherige örtliche Gewerkschaftsführung als „marxistisch unterwandert“ für „abgesetzt“ erklärt hatten. Vier Arbeiter wurden erschossen.

Nicht nur am Sozialpakt brachen die Widersprüche auf, auch die Aktionen der ERP konnten durch das Verbot der Organisation nicht unterbunden werden. Gerade in den letzten Wochen wurden zahlreiche Entführungen – meist von Managern imperialistischer Konzerne – erfolgreich durchgeführt (Die Entführung eines Firestone- und eines Swissair-Direktors brachten allein ca. 6 Mio. DM, acht weitere Bosse sitzen z. Zt. noch in Volksgewächnissen).

Die FAR, eine linksperonistische Guerillaorganisation, hat nach einiger Zeit des Stillhaltens nach Peróns Regierungsantritt jetzt die Rückkehr zum

bewaffneten Kampf angekündigt, was bedeutet keine weitere Unterstützung der peronistischen Regierung.

Um die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die „Säuberung“ der peronistischen Bewegung noch konsequenter durchführen zu können, leitete Perón gesetzliche Maßnahmen ein, die die Unterdrückung der linken Bewegung ermöglichen, ohne die Maske der formalen Demokratie zu verlieren. So liefert das neue Strafrechtsgesetz, das Perón dem Parlament vorlegte, die „legalen Mittel“ zum Kampf gegen alle fortschrittlichen Kräfte, begünstigt dabei die politische Rechte und erleichtert einen Staatsstreich (SZ, 26.1.74).

Die Beratung über dieses Gesetz machte die Schärfe der Widersprüche innerhalb der peronistischen Bewegung deutlich. Acht von zwölf Abgeordneten der „Peronistischen Jugend“ (Juventud Peronista, eine „linke“ peronistische Jugendorganisation mit Zweigorganisationen an Universitäten und im Betrieb und Gewerkschaft) weigerten sich, dem Repressiv-Gesetz zuzustimmen und traten zurück.

An einer von Perón bestellten Zusammenkunft mit der Führung der JP nahmen mehrere Führer der „Montoneros“ (radikale Flügel innerhalb der JP) gar nicht teil.

Verschärft hat sich auch der Kampf gegen linksperonistische Provinzgouverneure (immerhin gewählte Vertreter des Volkes) und ihre Verwaltungen, deren Absetzung mit verschiedenen Mitteln von der Zentralregierung und den rechten Gewerkschaftsführungen betrieben wird. Ferner wurden alle Peronisten aufgefordert, den Kampf gegen die „marxistische Infiltration“ zu führen.

Ein im Februar abgeschicktes Ge-

setz verbietet außerdem die Einfuhr und Veröffentlichung von ca. 500 „subversiven“ Büchern und 200 „subversiven“ Zeitschriften, wobei es vor allem um sozialistische Literatur geht.

Im Februar führte der Staatsapparat den seit der noch von Peróns Strohmann Campora 1973 ausgesprochenen Generalamnestie ersten offenen Schlag gegen eine peronistische Organisation. Der Führer der FAR, Carlos Alberto Cande, wurde verhaftet, weil er angeblich ein Attentat gegen Perón und den Faschisten Bordaberry (Präsident von Uruguay, der auf Staatsbesuch in Argentinien war) geplant hätte. Die Festnahme wurde bisher nur damit begründet, daß er sich (mit Tausenden anderer Menschen) in einem Straßenzug aufhielt, durch den die Wagen der beiden Faschisten fahren sollten und daß er angeblich eine Handgranate in der Tasche hatte.

Der physische Terror gegen „linke“ Mitglieder der peronistischen Bewegung wird immer stärker. Die Rechtsperonisten haben dafür bewaffnete Banden angestellt.

Ein erstes Signal war das Massaker auf dem Flughafen Ezeiza, wobei bei der Rückkehr Peróns nach Argentinien Zehntausende zum Empfang gekommen waren. Faschistische Banditen eröffneten bei dieser Gelegenheit plötzlich ein wildes Feuer auf den Block der Peronistischen Jugend, wobei mehr als 100 ermordet wurden.

Pablo Flores, ein „linker“ peronistischer Gewerkschaftsführer, Jose Contino, Grumbert und Razzetti, Führer der Peronistischen Jugend, sind nur einige der langen Liste von Ermordeten, die inzwischen Attentaten zum Opfer fielen.

Ein (erfolgloser) Bombenanschlag wurde auf den „linken“ peronistischen

Provinzgouverneur von Mendoza verübt, der dann aus der Peronistischen Bewegung ausgeschlossen und abgesetzt wurde. Eine andere Bombe verwüstete die Räume der „linken“ peronistischen Zeitung „Militancia“. Einer der schlimmsten faschistischen Verbrecher, Alfhredo Goicoveno, Führer der Vertreter des rechten Flügels der Peronistischen Jugend, fand im Februar ein zünftiges Ende mit einer in seiner Tasche mitgeführten Bombe, die vorzeitig explodierte, sprengte er sich versehentlich selbst in die Luft. Goicoveno wurde von den „linken“ peronisten nicht nur für zahlreiche Bombenanschläge, sondern auch für das Massaker von Ezeiza verantwortlich gemacht.

Indem die peronistische Bewegung im Sinne der Rechten „gereinigt“ wird, wird zugleich ihre soziale Basis schmaler und verschärfen sich die Klassenwidersprüche zu offenen Kämpfen. Und die „linken“ peronisten ebenso wie die ERP bringen für einen längeren Kampf einige Härte und Erfahrung mit, da sie unter der Militär-diktatur jahrelang einen bewaffneten Guerilla-Krieg geführt haben.

Der „offizielle“ Peronismus, d. h. die im Auftrag der Bourgeoisie regierenden Rechten, versuchen ihrerseits, die Volksmassen durch verstärkte Demagogie an sich zu binden. So wird dazu aufgerufen, die „Einheit Argentiniens“ gegen Organisationen und Kräfte zu schützen, die „unseren Staat mit Zielen angreifen, die uns fremd sind“. Um diese Mobilisierung anzuleiten und von den politischen Widersprüchen abzulenken, soll demnächst ein „Altar der Nation“ gebaut werden, ein riesiges Denkmal, in dem dann die Mumie von Evita (die zweite Frau Peróns, die während seiner ersten Regierungszeit als „Engel der Armen“ auftrat und noch heute von großen Teilen des Volkes verehrt wird) beigesetzt werden soll. Hoffentlich kann man Perón bald dazu legen und solche faschistischen Monumente einrichten.

Forts. Massenentlassungen bei Auer-Druck

ren Verlauf in SPD bei der Entwicklung von der revolutionären Partei des Proletariats zu „bürgerlichen Arbeiterpartei“ auch ihren politischen Anspruch „Arbeiterpresse zu machen“, voll dem kapitalistischen Profitprinzip untergeordnet hat.

Seit Beginn der 50iger Jahre sind dieser Politik 35 (!) Zeitungen und Druckereien zum Opfer gefallen!

Schlag gut vorbereitet

Der KBW ist der Meinung, daß sich bei den Massenentlassungen, die die Unfähigkeit der SPD-Management beweist, ein Unternehmen zu führen! Wir sind der Meinung, daß das Vorgehen bei Auer beweist, wie gut die Sozialdemokraten in der Praxis zeigen, daß sie sich hargenau der arbeiterfeindlichen Methoden der Kapitalisten bedienen und sich deren Prinzipien unterordnen.

So sind die Drahtzieher der Stilllegungen der SPD-eigenen Zeitungen „Telegraf/Nachdepesche“ und der „Gräflichen Gesellschaft Grunewald“ die auch über 150 Kollegen den Arbeitsplatz gekostet haben, die Herren Weiland und Nevermann.

Diese beiden Rationalisierungs-Fachleute der SPD, sowie ein gewisser Ellerbrook, sind heute bei Auer die Verantwortlichen für die Rausschmisse! Ellerbrook war als ehemaliger Hauptabteilungsleiter bei Springer verantwortlich für die Stilllegung der dortigen Hausdruckerei und der Lehrhilfsabteilung!

Nach kapitalistischem Profitprinzipien geht die SPD daran, ihre Holding-Gesellschaft „Deutsche Druck und Verlag-GmbH“ mit 12 Verlagen und derzeit 30 Druckereien planmäßig zu „sanieren“!

Soweit erst einmal nur zur SPD und ihrer „Betriebspolitik“!

Die Drupa-Führung spielt mit

Eine schändliche Rolle spielte die Hamburger IG DRUPA-Führung auch bei diesen Massenentlassungen. Schon Anfang Dezember, bevor die Kollegen auch nur einen Hinweis auf die bevorstehende Rationalisierung erhielten, soll es zu einem

Streik gekommen sein. Als die Entlassungen dann raus waren, kunkelten Geschäftsleitung IG DRUPA-Führung und HR hinter dem Rücken der Belegschaft einen Sozialplan aus. Auf der Delegiertenversammlung vom 20.12.73 berichtete der erste Vorsitzende Wolf dann zynisch von „Betriebsänderungen“ bei Auerdruck, bei denen mit 40 (!) Entlassungen zu rechnen sei.

Die Verlogenheit dieser Leute wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß

- die vorgesehene Zahl von mindestens 100 Kollegen schon längst bekannt war,
- daß es ein offenes Geheimnis ist, daß zwischen der Hamburger SPD, der Auer-Cheftage und dem DRUPA-Vorstand die besten Beziehungen bestehen. Heinz Wolf's (DRUPA-Vorstand) enge Freundschaft zu dem „Pleitegeier“ Nevermann ist auch nicht neu!

Wenn Heinz Wolf dann auf der Delegiertenversammlung so tut, als hätte er keine genauen Informationen, so halten wir das für ein Betrugsmanöver!

Als dann mehrere Kollegen eine Solidaritätsaktion in Form eines Protestmarsches für die betroffenen Auer Kollegen vorschlugen, würgte Wolf das kurzerhand ab.

„Das ist doch meine Aufgabe als Vorsitzender, zu verhindern, daß so etwas durchkommt!“ (er meint die Entlassungen!)

Dann dröhnte er unverhohlen, daß im Falle einer Aktion nicht nur 100 sondern alle Arbeitsplätze bei Auerdruck „gefährdet“ wären!

Hinhaltenetik

Hochultrisch wird in den letzten Nummern des DRUPA-Zentralorgans „Druck und Papier“ mit viel Gezeier auf Stilllegungen einiger Druckereien in Süddeutschland hingewiesen. Derselbe Vorgang im Betrieb der Parteifreunde aber ist den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nur einen 10-Zeiler wert... Gleichzeitig haben die DRUPA-Führer alles daran gesetzt, die Frage der aktiven Solidarität mit den Auer-Kollegen vom Tisch zu wischen.

Ad W. D. L. A. E. T. M. P. D. stand es Wolf mit Schnacks w. „gehört nicht zur Tagesordnung und Geschäftsfindungstricks das Thema „Auer“ abzuwürgen.“

Der Zeck der Übung ist klar. Seit den ersten Entlassungen sind über 8 (!) Wochen vergangen, und bis zum heutigen Tag sind schon über 60 Kollegen rausgeflogen!

Das Vorgehen der Gewerkschaftsführung zeichnet sich durch zwei wesentliche Merkmale aus:

- Durch Lug und Betrug und gemeinsame Absprache mit den Auer-Chefs gelang es, die Kollegen unvorbereitet zu treffen
- Durch Drohungen und Verzeigerungsaktien sollen die Kollegen

FRANKREICH

Betriebsbesetzung bei SAVIEM

Seit dem 11. Februar kämpfen die Arbeiter der Lastwagenfabrik SAVIEM in Blainville (Normandie, in der Nähe von Caen) für höhere Löhne. Sie fordern 100 Francs lineare Lohnerhöhung, 500 Francs Teuerungszulage, 1650 Francs Mindestlohn für alle (100 Francs sind ca. 55 DM).

Nach 10 Tagen „rollenden Streiks“, Heruntersetzung der Bandgeschwindigkeiten, Versammlungen und Demonstrationen hatte die Betriebsleitung zunächst Kurzarbeit angeordnet (5 Stunden Arbeit pro Tag). Jetzt ist sie zu schärferen Maßnahmen übergegangen: Aussperrung.

Als Gegenmaßnahme wurde unter den Arbeitern die Besetzung des Betriebes diskutiert. Die Gewerkschaftsführungen von CGT und CFDT sprachen sich sofort dagegen aus. Die CGT-Führung bezeichnete dies als eine „Jahle“, die nur von „Linksradi-kalen“ vorgeschlagen werden könnte und die CFDT-Führung versuchte daraufhin sogleich ihre Weste mit dem „Argument“ reinzuhalten, daß die Einheit mit der CGT nicht durch einen Alleingang gefährdet werden dürfe.

Indessen sprachen sich die SAVIEM-Arbeiter am 26. Februar mehrheitlich für eine Betriebsbesetzung aus. 1200 dagegen (insgesamt beteiligten sich also rund 3.300 der 6.800 bei SAVIEM Beschäftigten an dieser Abstimmung). Die CGT-Führer überlegten sich daraufhin frech, das Abstimmungsergebnis einfach für „unzu-

reichend“ zu erklären und warben für eine neue Abstimmung, die dann nicht per Hand, sondern per Stimmzettel erfolgen sollte. Das ganze war zumdeut darauf abgestellt, den Kampf hinauszuzögern und sich tollfassen zu lassen. Aber die Besetzung wurde von den Arbeitern sofort durchgeführt.

Die Geschäftsleitung hat jetzt eine gerichtliche Klage wegen „illegaler Betriebsbesetzung“ eingereicht. Wenn diese Klage angenommen wird (was ja auch so gut wie sicher ist!), bedeutet das, daß die Bullen wieder „Schlagstock frei“ zur Räumung erhalten – wie im letzten August bei der Uhrenfabrik LIP.

Unter den Arbeitern bei SAVIEM wird deswegen gegenwärtig darüber diskutiert, wie sie auch gegen die Polizeitruppen verteidigen können. Erfahrungen haben sie bereits mit den Bullen sammeln können. Im Januar 1968 wurden sie von der Polizei quer durch die umliegenden Felder gejagt. Es ist zu erwarten, daß sowohl die CGT als auch die CFDT-Führungen den Arbeitern auch weiterhin nicht die notwendige Unterstützung in ihrem Kampf geben, sondern entsprechend ihrer Linie der „Vermeidung der Konfrontation“ (mit der bürgerlichen Staatsgewalt) alles Erdenkliche tun, um ihnen in den Rücken zu fallen.

In Caen wurde ein Solidaritätskomitee gegründet, in dem verschiedene linke Organisationen zur Unterstützung des Kampfes bei SAVIEM arbeiten (Révolution, Rouge Front, Rouge, PSU), und wo auch die lokale

Sektion der CPD (Communistische Partei Frankreichs) aktiv ist.

Widerspruch zwischen der Führung der CPD und ihren lokalen Sektionen hatte sich auch schon beim LIP-Kampf gezeigt, allerdings geht dieser „Widerspruch“ wohl nur teilweise auf eine ehrlich radikalere Haltung einiger CPD-Vertreter zurück, und zum anderen Teil auf ein „Spiel mit verteilten Rollen“, wodurch die CPD-Führung einer Abnahme ihres Einflusses unter den Arbeitern entgegenzuwirken versucht; – worum es sich in diesem Fall konkret und überwiegend handelt, können wir von hier aus nicht beurteilen.

An der Philosophischen Fakultät von Caen organisierte ein studentisches Aktionskomitee am 1. März einen Solidaritätsstreik mit den SAVIEM-Arbeitern.

Des weiteren haben die Beschäftigten von Radio-Technique in Caen konkrete Unterstützungsmaßnahmen angekündigt, falls Polizeistruppen bei SAVIEM eingreifen. Die Solidaritätsbewegung soll auch darüberhinaus in die ganze Region getragen werden.

12. März 74

FRANKREICH

KAUFHAUSER-STREIKS IN ANNECY

In Annecy (im ostfranzösischen Département Haute-Savoie) befinden sich die Verkäuferinnen von Prisunic (Kaufhauskette, ähnlich der KEPA) seit drei Wochen im Streik. Sie fordern einen Mindestlohn von 940 Francs (ca. 515 DM), diese Forderung zeigt nur, wie stark die Auspreddung der Verkäuferinnen ist und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Es wurde ein Unterstützungs-komitee eingerichtet, das bei der Entwicklung einer Solidaritätsbewegung mit hilft und die Bevölkerung zum Boykott des Kaufhauses während des Streiks auffordert. Die streikenden Verkäuferinnen werden außerdem von den „paysans-travailleurs“ durch kostenlose Lieferung von Landwirtschaftsprodukten unterstützt. (Die „paysans-travailleurs“ sind eine Organisation fortschrittlicher Bauern, die auch beim Kampf von LARZAC, wo rund 100 Bauern durch die Ausweitung eines Mülllagers von ihren Höfen vertrieben werden sollen, eine bedeutende Rolle gespielt haben, siehe unseren Artikel im AK Nr. 32, Sept. 73).

FRANKREICH: 'Alle auf die Straße, alle zur Botschaft!'

DEMONSTRATION GEGEN DEN BOTSCHAFTER DER CHILENISCHEN MILITAR JUNTA IN PARIS

Am 23. Februar demonstrierten mehr als 10.000 Menschen in Paris gegen die faschistische Militärdiktatur in Chile. Anlaß war die Akkreditierung des Botschafters der chilenischen Massenmörder in Frankreich. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte das „Komitee zur Unterstützung des revolutionären Kampfes des chilenischen Volkes“, unterstützt von einigen linken Organisationen. Die „super-linken“ Gruppen und Parteien (Front Rouge, Humanité Rouge, Proletaire Ligne Rouge) die das „ML“ wesentlich als Modebegriff in ihrem Namen mitführen, und auch die trotzkistische Gruppe Lutte Ouvrière hielten sich allerdings fern.

Die Demonstration war von vorn herein mit brutalen Angriffen der Polizei konfrontiert. Schon am Vor-

mehreren Tausend Polizisten in kampfmäßiger Ausrüstung hermetisch abgeriegelt. Als der Demonstrationsschlag sich näherte, gingen die Bullen zum Sturmangriff über, knüppelten wild drauf los und schossen Tränengasgranaten in die Menge. Zahlreiche Demonstranten wurden verletzt, über 80 wurden festgenommen. Aber auch die zum Schutz des Faschismus abkommandierten Polizisten mußten einige ihnen gut zu Gesicht stehende Beulen hinnehmen, da die Demonstranten sich nach aller Erfahrung auf diesen Angriff vorbereitet hatten.

Die kommunistische Zeitung „Révolution“ schrieb zum Verlauf dieser Demonstration: „Man weiß jetzt, daß es gefährlich ist, im Frankreich des Monsieur Pompidou gegen den Faschismus zu demonstrieren. Die Komplizenschaft der Regierung mit

Staat in Frankreich an den Tag gelegt. Zehn Tage nach Veröffentlichung des Demonstrationsaufrufs durch das Chile-Solidaritätskomitee entschied sich die „KPF“ noch schnell zu einer alleinigen Demonstration, die einen Tag früher als die vom Chile-Komitee aufgedröhrt stattfinden sollte. Nach den uns vorliegenden

FRANZÖSISCHE WAFFEN LIEFERUNGEN AN DIE CHILENISCHE JUNTA

Kürzlich wurde bekannt, daß die französische Regierung Waffen an die faschistische Militärdiktatur in Chile liefert. Es handelt sich dabei vor allem um Panzer vom Typ AMX 30, 155-mm-Kanonen und diverses elektronisches Gerät. Desweiteren werden Piloten der chilenischen Luftwaffe (FACH) direkt in Frankreich ausgebildet. Der französische Kriegsminister Galley erklärte dazu, daß das gelieferte Kriegsmaterial „nicht zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Chile selbst“ benutzt wird und zynischerweise fügte Galley noch hinzu, daß die französischen Waffen bereits von der Regierung der Unidad Popular bestellt worden seien. Das ist die gleiche Demagogie, mit der die westdeutsche SPD-Regierung ihre „verspätete“ Weizenbefreiung an die chilenische Militärdiktatur rechtfertigte. Nur daß die französische Waffenlieferung die internationale Komplizenschaft des Imperialismus mit den chilenischen Folterknechten und Massenmördern noch deutlicher zeigt.

Aber auch eine SPD-Regierung in unserem Land braucht sich in dieser Beziehung nicht vor ihren internationalen Mitverschwörern zu „schämen“, wenn es auch (bisher) nicht Chile ist, so ist es hier das faschistisch regierte Portugal, dem die BRD Waffen zur Verfügung stellt, um die kolonialen Schlichtereien in den portugiesischen Besitzungen Angola, Mozambique und Guinea

den Berichten hat die „KPF“ diesen Entschluß dann aber doch noch mit einem Halsbrechertum wieder verworfen und für den gleichen Tag aufgerufen – allerdings weiterhin in einer eigenen Demonstration, die mit

um am anderen Tag in ihrer Presse mit dem Mittelmaß aller Weltanschauung die Sonderpolizei CRS und die Linkswadkaken in einen Topf zu schmeißen. Das sind die gleichen Leute, die mit allerlei Fassa-



Bullenaussatz bei der Chile-Demonstration am 23. Februar in Paris

abend waren größere Einheiten der Polizei (vor allem im Studentenviertel Quartier Latin) zusammengezogen worden und hatten in kleineren Gruppen herumstehende Menschen angegriffen. Am Tag der Demonstration wurde dann das ganze Gebiet um die chilenische Botschaft herum von

den chilenischen Faschisten hat sich offen gezeigt.

Die revisionistische „KPF“ hat bei dieser Gelegenheit ein weiteres Mal die Vordergründigkeit ihrer Solidarität mit dem chilenischen Volk und ihren ganzen staatszerstörerischen Oppor-



Am 15. Februar kletterten Genossen des Chile-Solidaritätskomitees auf das Dach der chilenischen Botschaft in Paris und hängten eine Hakenkreuzfahne an die Fassade, um den Charakter des chilenischen Militärregimes zu verdeutlichen.

scherem Abstand hinter dem Schwanz der ersten hertrabte, aber ungefähr die gleiche Stärke erreichte wie die unter revolutionären Parolen vereinigten Demonstranten. Die „KPF“ ging natürlich nicht zur Botschaft mit, sondern löste ihren Zug fern von der Polizei in aller Ruhe

den Radikalität noch vor wenigen Monaten in ihrem Zentralorgan rumprotzen. Wenn sich jemals die Vertreter der Faschisten erdreisten sollten, nach Frankreich zu kommen, dann wird ihnen der Boden unseres Landes unter den Füßen brennen.“ (L'Humanité, 8. Dezember 73)

CHILE: Augenzeugenbericht über die bestialische Ermordung von Victor Jara

Die in Westberlin erscheinende „Chile-Nachrichten“ veröffentlichten Mitte Januar ein weiteres Dokument über den bestialischen Terror, der seit dem Militärputsch im September letzten Jahres in Chile herrscht. Es handelt sich dabei um einen Augenzeugenbericht des chilenischen Schriftstellers Miguel Caberas, der am 2. Januar in der bürgerlichen argentinischen Zeitung „La Opinión“ erschien.

Caberas berichtet dort zunächst über den Angriff von Pöbeln und Militärs auf die Technische Staatsuniversität in Santiago

unter völliger Kontrolle der Polizei. Sie begannen, alle Studenten (über sechstaussend) auf den zentralen Hof zu bringen, wo sie allen Befehlen

geringster Bewegung eines Studenten schlossen die Polizisten sofort auf den Körper des Unglücklichen auf der verwundet wurde, in Agonie fiel oder tot war. Der Tod vieler Studenten in der Technischen Universität war zurückzuführen auf Verbluten. Niemand konnte einem Genossen oder einer Genossin, die verwundet war und an seiner Seite



wo sich zahlreiche Studenten zur Verteidigung gegen den faschistischen Pöbel zusammengefunden hatten. „In einer halben Stunde war das gesamte Gebäude der Universität

sich auf den Boden zu legen, mit den Händen im Nacken und das Gesicht zur Erde. Dort begann das blutigste Kapitel der Studentengeschichte. Bei

lag, auch nur Hüfteleitung zukommen lassen. Das bedeutet den eigenen Tod. Von zwölf Uhr mittags bis sechs Uhr nachmittags blieben alle Studenten auf dem Boden aus-

Stärken wir den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Faschismus! Stärken wir die Solidarität mit dem Widerstand des chilenischen Volkes!

Der Widerstandskampf des chilenischen Volkes braucht weiterhin unsere entschlossene Unterstützung gegen die faschistischen Menschen-schächter und Folterknechte von Santiago, gegen deren Auftraggeber in den imperialistischen Konzernen der USA und Westeuropas, gegen die Verteidiger und Befürworter des

faschistischen Terrors der chilenischen Militärdiktatur auch in unserem Land. Wir rufen dazu auf, auch in der materiellen Unterstützung des chilenischen Widerstands nicht nachzulassen. Spenden können auf folgende Konten eingezahlt werden.

Kennwort Chile-Bild
c/o Fellgral
Deutsche Bank Hamburg-Gandel
Kto.-Nr. 36 / 15242

Sonya Patric Larthe
Kto.-Nr. 35 / 53062
Deutsche Bank München 40
Kurfürstenplatz

gestreckt, mit den Händen im Nacken. Die Erstarrung der Gefangenen, die dieser Lage unterworfen waren... Jeder weiß, daß nach einer Stunde in der man in solcher Lage bleibt Schmerzen und Muskelkrämpfe aller Art im Körper auftreten. Unausweichlich war es, daß sich die Studenten bewegten, um zu verzerrten ihre Position zu ändern. Als Gegenstück empfingen sie eine Maschinengewehrwalze, die ihr Leben beendete.

Nach anderen Berichten, die wir bereits kurz nach dem Putsch im AK zitierten, sind auf diese Weise über 500 Studenten in der Santiaguer Universität abgeschlachtet worden. Über die Situation im Sportstadion von Santiago, wo die meisten der in dieser Stadt Verhafteten eingeschleppt wurden, schreibt Caberas unter anderem:

Die Verhafteten, die in diesen Tagen der Gefangenschaft weder gegessen noch getrunken hatten, erblickten sich über die Leichen ihrer eigenen Genossen, die erschossen in den Gängen lagen. Ich sah Verhaftete, die mit vor Entsetzen weitaufersehten Augen wimmerten und sich schon nicht mehr ihrer eigenen Namen erinnerten.“

Caberas berichtet weiter über die Folterung und Ermordung des Genossen Victor Jara. Er gliedert die chilenischen Kämpfer in drei Kategorien: politische Folterknechte in Chile (Platten von ihm sind in Hamburger ARBEITERKULTUR-Zeitung 45 erhalten), Victor Jara in der Universität mit Verhaftet und ins Stadion geschleppt worden, wo er zunächst unerkannt blieb unter den vielen Tausend anderen Opfern. Zufällig lief Victor Jara dann aber dem Kommandanten des Gefangenenlagers in der Armee, der ihn sofort erkannte. Caberas schildert dann wie ein grausames Schauspiel die faschistischen Militärs mit dem Genossen Jara anstellten.

„Der Kommandant sah ihn an, dann machte er eine Bewegung, wie ein Gitarrenspieler, der macht, Victor nickte mit dem Kopf, mit einem traurig-ahnungslosen Lächeln. Der Militär, zufrieden mit seiner Entdeckung, grinst. Er rief vier Soldaten und befahl ihnen, ihn dort festzuhalten. Dann befahl er, einen Tuch zu bringen und mitten auf der Bühne aufzustellen, so daß alle

In früheren Ausgaben des ARBEITERKAMPF wurden Pläne und Ziele der Imperialisten – besonders der BRD – zur Schaffung eines „Vereinigten Europa“ untersucht. (Der vierte Teil der Artikel-Folge ist in AK 32 zu finden).

Die westeuropäischen Imperialisten streben diesen Zusammenschluß an, um im Kampf um die Einflusssphären in der Welt gegenüber den USA, der Sowjetunion und auch Japan ihre Position zu stärken. Zu diesem Zweck streben sie einen engen wirtschaftlichen Zusammenschluß, eine vereinte politische Führung und eine unabhängige Atomstreitmacht an.

Für diese Pläne setzen sich gerade die BRD-Imperialisten besonders ein, sie ringen mit anderen westeuropäischen Staaten (Frankreich, Großbritannien) um den größten Einfluß (ökonomisch, politisch, militärisch) innerhalb der EG.

Der BRD-Imperialismus hat ein besonderes Interesse an der Schaffung eines „Vereinigten Europa“ und eines entsprechenden Militär-Apparats, weil er nur in diesem Rahmen hoffen kann, seine expansionistischen Ziele zu erreichen.

Nach dem zweiten Weltkrieg betrieb die BRD immer eine Politik, ihren Einfluß innerhalb der NATO zu stärken, um einerseits den Atomstreitkräften über den Einsatz von Kernwaffen zu erlangen und andererseits ihre Positionen in der Konkurrenz mit Frankreich und Großbritannien zu verbessern.

So besaß die BRD schon wenige Jahre nach Gründung der Bundeswehr die zahlenmäßig stärkste konventionelle Armee Westeuropas. Die Mitverfügung über Kernwaffen aber blieb ihnen verweigert.

Kampf des BRD-Imperialismus um „atomare Mitsprache“

Nach Eintritt in die NATO bemüht sich die BRD-Imperialisten zurecht um eine Vergrößerung ihres Einflusses innerhalb der NATO.

Eines ihrer Ziele war es, möglichst schnell über den Einsatz von Atomwaffen mitbestimmen zu können.

Ziel der USA war es andererseits, durch das Projekt einer NATO-Atomstreitmacht die selbstständige Entwicklung atomarer Waffen durch Großbritannien und Frankreich abzuwehren und damit die Führung der USA in der NATO zu stärken.

Immerhin und damit im Einklang mit der USA in der NATO zu stärken. Diese Pläne des US-Imperialismus wurden alsbald vom BRD-Imperialismus aufgegriffen. BRD-Kriegsminister Strauß setzte sich schon 1959 dafür ein, eine integrierte, atomar ausgerüstete NATO-Atomstreitmacht einzuführen, die die BRD-Imperialisten – die ja selbst keine atomaren Waffen besaßen – dann den besten Weg sahen, auf Umwegen doch noch „einen Finger aus dem Druckknopf“ (Strauß) zu kriegen. Dem Projekt einer „NATO-Atomstreitmacht“ standen (und stehen) allerdings vorerst Widersprüche zwischen den Imperialisten entgegen. Großbritannien und erst recht Frankreich, waren nicht bereit, ihre selbstständige atomare Bewaffnung der NATO (und damit der Führung des US-Imperialismus) unterzuordnen, außerdem war – außer dem BRD-Imperialismus selbst – niemand daran interessiert, diesem äußerst aggressiven und abenteuerlichen Imperialismus auch nur ein Mitverfügungsrecht über Atomwaffen einzuräumen.

Anfang der 60er Jahre begann die Aus- und Umbüstung der Bundeswehr mit Waffen, die sowohl „konventionell“ als auch „atomar“ bestückt werden können. Die dazu gehörigen atomaren Sprengköpfe werden jedoch ausschließlich von der US-Armee kontrolliert, die „im Einsatzfall“ über deren Einsatz zu entscheiden haben würde. (Daneben lagern natürlich in der BRD auch Atomwaffen, die direkt zur Ausrüstung der US-Truppen in der BRD gehören).

In einer „Denkschrift“ der Bundeswehrführung vom August 1960 wurde gefordert, „Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mit denselben ebenbürtig sind... Die Bundeswehr ist für die Sicherheit der Bundesrepublik mitverantwortlich. Sie kann weder auf die allgemeine

Wehrpflicht noch auf die Zugehörigkeit zur NATO noch auf die atomare Bewaffnung verzichten.“

Damit wurde zum einen angestrebt, Verfügungsgewalt über die bisher von der US-Armee unter Verschluss gehaltenen Atom-Sprengköpfe zu erreichen, das zweite Ziel war es, „strategische“ – d.h. weitreichende – Träger für atomare Sprengköpfe zu erhalten, um vor allem die Sowjetunion bedrohen zu können. Diese Waffen hätten als Mittel der Erpressung dienen sollen, um zunächst die „Befreiung“ d.h. Eroberung der DDR durchzusetzen.

1961 trat der BRD-Imperialismus mit dem Projekt einer „Atlantischen Union“ auf die Verfügungsgewalt über Atomwaffen sollten auf die jeweiligen NATO-Abschnitte übertragen werden. In Westeuropa sollten die britische und französische Atomstreitmacht („Force de Frappe“) sowie die in diesem Bereich stationierten Atomwaffen der USA zusammengefaßt werden.

Dieses Projekt hätte dem BRD-Imperialismus, entsprechend seiner politischen und militärischen Bedeutung innerhalb der NATO ein beträchtliches „Mitsprache“-Recht gegeben. Auch dieses Projekt war aber beim damaligen Stand des Kräfteverhältnisses und des Widerspruchs zum Scheitern verurteilt.

Das „MLF“-Projekt

Das massive Streben des BRD-Imperialismus nach Atomwaffen führte zur Verschärfung der Widersprüche innerhalb der NATO und zu einer gewissen Isolierung der BRD. Um dieser Entwicklung vorzubeugen und die westdeutschen Ziele dennoch durchzusetzen, versuchte der BRD-Imperialismus nun, durch vorsichtiger formulierter Teilprojekte schrittweise Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erreichen.

Auch der US Imperialismus stand vor einigen Problemen. Er wollte auf der einen Seite die selbstständige Atom-Rüstung Großbritanniens und Frankreichs abblocken, wollte aber auf der anderen Seite selbst möglichst wenig dafür geben – was angesichts des verschobenen Kräfteverhältnisses zwischen USA und Westeuropa nicht mehr möglich war. Schließlich hatten die US Imperialisten auch das Problem, ihren nach Atomwaffen gerierenden wichtigsten Partner, den BRD-Imperialismus, zu beschwichtigen, ohne diesem aber wirklich ein „Mitsprache“-Recht zu geben. Letztere Tendenz wurde noch verstärkt durch die sich zwischen US-Imperialismus und Sowjet-



revisionismus anbahnende „Entspannung“.

Um den wachsenden Widersprüchen und Auseinandersetzungen innerhalb der NATO zu begegnen, schlugen die USA die Bildung einer multilateralen (mehrsseitigen) NATO-Atomstreitmacht (MLF) vor.

Die „MLF“ sollte aus etwa 25 Schiffen bestehen, die mit „Polaris“-Raketen der USA ausgerüstet sein sollten, d.h. mit Atomraketen. Diese Schiffe sollten mit NATO-Truppen der verschiedenen Staaten, also einschließlich westdeutscher Truppen besetzt sein. Über den Einsatz dieser „MLF“ sollte innerhalb der NATO jedoch nach dem Prinzip der Einstimmigkeit entschieden werden. Die USA hätten also ein Veto-Recht über den Einsatz der „MLF“ gehabt. Immerhin erschien dem BRD-Imperialismus die „MLF“ als erster wenn auch kleiner Schritt zur selbstständigen Verfügung über Atomwaffen. Gut er bot zugleich an, 40% der Gesamtkosten der „MLF“-Projekts zu übernehmen, worauf spekulierte, innerhalb des Projekts einen entsprechenden politischen und militärischen Einfluß zu erhalten. Der damalige BRD-Kriegsminister Haase (CDU) schlug außerdem vor, das Prinzip der Einstimmigkeit (und damit das Veto-Recht der USA oder einer anderen NATO-Macht) in einem späteren Stadium durch das

Prinzip der Mehrheitsentscheidung abzulösen.

Die „MLF“ scheiterte aber wiederum an den zwischenimperialistischen Widersprüchen. Vor allem der französische Imperialismus wollte seine selbstständige Rüstungspläne nicht der NATO unterordnen und widersetzte sich außerdem den atomaren Plänen des BRD-Imperialismus.

Immerhin wurde dem BRD-Imperialismus als Ergebnis der Auseinandersetzung um das „MLF“-Projekt der Zutritt zu einigen NATO-Gremien eingeräumt, die über den Einsatz von Atomwaffen entscheiden. So ist die BRD z.B. in der „Nuklearen Planungsgruppe“ und im NATO-Oberkommando „SHAPE“ vertreten. Luftwaffen-General Steinhoff, der schon in der Nazi „Wehrmacht“ kräftig mitmischte, ist Vorsitzender des Militärstabschusses der NATO, in dem militär-strategische und Rüstungsfragen behandelt werden.

Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten

Die britische Regierung hatte sich im Nassauer Abkommen (Dezember 1962) auf eine engere Zusammenarbeit mit den USA in der atomaren Rüstung festgelegt.

Die britischen Imperialisten hatten zwar Atomwaffen, aber keine eigenen Trägerkräfte dafür. Die USA sagten ihnen die Lieferung solcher Raketen zu.

Der britische Imperialismus blieb also noch relativ stark von der USA abhängig.

Während der „MLF“-Diskussion war es das Ziel des britischen Imperialismus, seine „Sonderstellung“ gegenüber dem US-Imperialismus und in der NATO zu festigen und eine westdeutsche Verfügung über Atomwaffen zu verhindern. Er schlug der USA vor, eine gemeinsame US-britische Atomstreitmacht aufzubauen.

Die gemeinsame US-britische Atomstreitmacht aufzubauen, bestehend aus britischen und amerikanischen Atomraketen und „Pershing“-Raketen der USA.

Die 1964 zur Regierung gelangte Labour-Partei (Wilson) schlug anstelle der „MLF“ eine „Atlantische Atomstreitmacht“ (ANF) vor, die aus britischen und amerikanischen Atomwaffen sowie aus einem gemischtem Element in gemeinsamen Besitz der teilnehmenden Mächte, so dem auch die nichtatomaren Länder beteiligten könnten, bestehen sollte. Den entscheidenden Unterschied der „ANF“ zur „MLF“ (und damit die britischen Bedenken gegen die „MLF“) machte der britische Kriegsminister Healey am 20. Dezember 64 in einem Rundfunkinterview deutlich: „Die Bundesrepublik wäre in der geplanten gemischtemannanten Oberwasserflotte der dominierende europäischen Partner gewesen. Sie hätte einen Anteil von 40% für die Vereinigten Staaten und möglicherweise zehn Prozent für andere europäische Staaten. Unser Vorschlag für die Atlantische Atomstreitmacht geht dahin, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten die eigentlichen Kontrollen stellen, und wenn noch ein gemischtemannantes Element hinzukommen würde, dann würde dies in der gesamten Streitmacht eine Minderheit darstellen.“

Die Vorstellungen des französischen Imperialismus gingen zunächst auf die Bildung einer von den USA unabhängigen „Europäischen Kernwaffengemeinschaft“, bestehend aus Frankreich und Großbritannien. Die französische Regierung hatte Großbritannien vorgeschlagen, die Forschungserkenntnisse auf dem Gebiet der atomaren Ausrüstung auszu-tauschen und gemeinsamen Trägerkräften

für atomare Sprengköpfe zu entwickeln. Das Nassauer Abkommen (Dez. 62) zwischen Großbritannien und den USA zeigte jedoch, daß der britische Imperialismus die Zusammenarbeit mit den USA gegenüber einer „europäischen Unabhängigkeit“ an der Seite Frankreichs vorzog.

Der Plan des französischen Imperialismus war es nun, die ökonomische Stärke des westdeutschen Imperialismus für den Aufbau der französischen „Force de Frappe“ dienstbar zu machen, wobei dem westdeutschen Imperialismus als Lohn eine Beteiligung an gemeinsamen atomaren Rüstungsprojekten in Aussicht gestellt wurde. Dieser Plan, zeitweise von Vertretern des BRD-Imperialismus stark propagiert (Strauß, Adenauer, Göttinger) scheiterte letztendlich auch an den zwischenimperialistischen Widersprüchen. Der BRD-Imperialismus war nicht bereit, den von Frankreich geforderten Weg der „Unabhängigkeit“ vom US-Imperialismus bis zur letzten Konsequenz mitzugehen. Auf der anderen Seite wollten die französischen Imperialisten zwar gern die wirtschaftlichen Möglichkeiten des BRD-Imperialismus ausnützen, ohne ihm aber wirklich ein „Mitsprache“-Recht an der französischen Atom-Rüstung einzuräumen.

Innerhalb der NATO beanspruchte Frankreich eine „gleichberechtigte“ Stellung neben den USA, d.h. der französische Imperialismus zielte gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus in der NATO. Als offensichtlich wurde, daß diese Forderung in der NATO nicht durchzusetzen war (worauf auch wegen des Widerstands des BRD-Imperialismus dagegen), zog sich Frankreich weitgehend aus der NATO zurück. Im März 1966 erklärte die französische Regierung, daß alle französischen Truppen ausschließlich nationalem Oberbefehl unterstellt würden (während vorher einige Einheiten der NATO unterstellt waren), daß Frankreich aus dem NATO-Oberkommando Europa (SHAPE) ausscheiden würde und daß alle in Frankreich stationierten Kommando-Einheiten der NATO abgezogen werden müßten. (Frankreich trat jedoch nicht aus der NATO aus.)

Dieser Schritt Frankreichs stieß objektiv die Rolle des BRD-Imperialismus innerhalb der NATO.

BRD-Atompläne – aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Obwohl die BRD inzwischen dem Atomwaffenpakt beigetreten ist, hat der BRD-Imperialismus es immer noch nicht aufgegeben, zu gegebener Zeit Verfügung über Atomwaffen zu erlangen, da er diese für einen entscheidenden Trumpf um sich zu spielen und imperialistischen Ringen um die Neuverteilung der Welt ansieht.

Nachdem die „vorteiligen“ Versuche des BRD-Imperialismus gescheitert sind, sich über Projekte wie „MLF“ etc. eine Mitverfügung über Atomwaffen zu verschaffen, setzt der BRD-Imperialismus jetzt anscheinend darauf, daß „die Zeit“ d.h. die Entwicklung der Widersprüche und die Verschärfung des zwischenimperialistischen Kräfteverhältnisses für seine Pläne reifen wird.

Ein böses Doppelspiel hat dabei von Anfang an die SPD gespielt. Während Ende der 50er Jahre sich DGB und SPD-Führer an die Spitze einer breiten Volkswegung gegen atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen Stationierung von Atomwaffen in der BRD setzten, unterstützte z.B. der (inzwischen verstorbene) führende SPD-Politiker Erler die Forderung nach einer westdeutschen „Mitbenutzung“ über Atomwaffen.

Zwar hat die Regierung von „Friedenskanzler“ Brandt den Atomwaffenpakt unterzeichnet, aber Brandt sagte schon 1969, was davon zu halten ist. „Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern sie können eine Atomstreitmacht werden... Die Übertragung dieses heute äußersten Zeichens der Souveränität kann politisch nur beim wirklichen Übergang zu einem europäischen Bundesstaat erfolgen und nicht an seinem Anfang und auch nicht auf seinem Wege.“ (laut SPD-Pressedienst vom 31.1.69) D.h., die westdeutsche Unterschrift unter dem „Atomwaffenpakt“ ist ebenso wenig wert wie die unter den „Östverträgen“ mit der Sowjetunion, VR Polen und der DDR, sowie mit der CSSR, wo die BRD-Imperialisten sich ebenfalls vorbehalten, die alten revisionistischen Forderungen später im Namen des „Vereinigten Europas“ wieder anzumelden. Denn die „Vereinigten Staaten von Europa“ haben ja keine „Östverträge“ unterzeichnet und sind folglich auch nicht daran gebunden – so die These der imperialistischen Politiker.

Das ist keine Politik des Friedens und der Entspannung, wie SPD und DKP schamhaft behaupten, es ist auch keine Politik des „Verzichts“, wie die CDU/CSU und NPD demagogisch sagen, sondern es ist eine Politik des „Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben“, eine Politik der Verschiebung imperialistischer Ziele auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Der von der SPD/FDP Regierung vertretenen „realistischen“ Politik liegt die Überlegung zugrunde, daß beim gegebenen Kräfteverhältnis der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

für atomare Sprengköpfe zu entwickeln. Das Nassauer Abkommen (Dez. 62) zwischen Großbritannien und den USA zeigte jedoch, daß der britische Imperialismus die Zusammenarbeit mit den USA gegenüber einer „europäischen Unabhängigkeit“ an der Seite Frankreichs vorzog.

Der Plan des französischen Imperialismus war es nun, die ökonomische Stärke des westdeutschen Imperialismus für den Aufbau der französischen „Force de Frappe“ dienstbar zu machen, wobei dem westdeutschen Imperialismus als Lohn eine Beteiligung an gemeinsamen atomaren Rüstungsprojekten in Aussicht gestellt wurde.

Dieser Plan, zeitweise von Vertretern des BRD-Imperialismus stark propagiert (Strauß, Adenauer, Göttinger) scheiterte letztendlich auch an den zwischenimperialistischen Widersprüchen. Der BRD-Imperialismus war nicht bereit, den von Frankreich geforderten Weg der „Unabhängigkeit“ vom US-Imperialismus bis zur letzten Konsequenz mitzugehen. Auf der anderen Seite wollten die französischen Imperialisten zwar gern die wirtschaftlichen Möglichkeiten des BRD-Imperialismus ausnützen, ohne ihm aber wirklich ein „Mitsprache“-Recht an der französischen Atom-Rüstung einzuräumen.

Innerhalb der NATO beanspruchte Frankreich eine „gleichberechtigte“ Stellung neben den USA, d.h. der französische Imperialismus zielte gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus in der NATO. Als offensichtlich wurde, daß diese Forderung in der NATO nicht durchzusetzen war (worauf auch wegen des Widerstands des BRD-Imperialismus dagegen), zog sich Frankreich weitgehend aus der NATO zurück. Im März 1966 erklärte die französische Regierung, daß alle französischen Truppen ausschließlich nationalem Oberbefehl unterstellt würden (während vorher einige Einheiten der NATO unterstellt waren), daß Frankreich aus dem NATO-Oberkommando Europa (SHAPE) ausscheiden würde und daß alle in Frankreich stationierten Kommando-Einheiten der NATO abgezogen werden müßten. (Frankreich trat jedoch nicht aus der NATO aus.)

Dieser Schritt Frankreichs stieß objektiv die Rolle des BRD-Imperialismus innerhalb der NATO.

BRD-Atompläne – aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Obwohl die BRD inzwischen dem Atomwaffenpakt beigetreten ist, hat der BRD-Imperialismus es immer noch nicht aufgegeben, zu gegebener Zeit Verfügung über Atomwaffen zu erlangen, da er diese für einen entscheidenden Trumpf um sich zu spielen und imperialistischen Ringen um die Neuverteilung der Welt ansieht.

Nachdem die „vorteiligen“ Versuche des BRD-Imperialismus gescheitert sind, sich über Projekte wie „MLF“ etc. eine Mitverfügung über Atomwaffen zu verschaffen, setzt der BRD-Imperialismus jetzt anscheinend darauf, daß „die Zeit“ d.h. die Entwicklung der Widersprüche und die Verschärfung des zwischenimperialistischen Kräfteverhältnisses für seine Pläne reifen wird.

Ein böses Doppelspiel hat dabei von Anfang an die SPD gespielt. Während Ende der 50er Jahre sich DGB und SPD-Führer an die Spitze einer breiten Volkswegung gegen atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen Stationierung von Atomwaffen in der BRD setzten, unterstützte z.B. der (inzwischen verstorbene) führende SPD-Politiker Erler die Forderung nach einer westdeutschen „Mitbenutzung“ über Atomwaffen.

Zwar hat die Regierung von „Friedenskanzler“ Brandt den Atomwaffenpakt unterzeichnet, aber Brandt sagte schon 1969, was davon zu halten ist. „Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern sie können eine Atomstreitmacht werden... Die Übertragung dieses heute äußersten Zeichens der Souveränität kann politisch nur beim wirklichen Übergang zu einem europäischen Bundesstaat erfolgen und nicht an seinem Anfang und auch nicht auf seinem Wege.“ (laut SPD-Pressedienst vom 31.1.69) D.h., die westdeutsche Unterschrift unter dem „Atomwaffenpakt“ ist ebenso wenig wert wie die unter den „Östverträgen“ mit der Sowjetunion, VR Polen und der DDR, sowie mit der CSSR, wo die BRD-Imperialisten sich ebenfalls vorbehalten, die alten revisionistischen Forderungen später im Namen des „Vereinigten Europas“ wieder anzumelden. Denn die „Vereinigten Staaten von Europa“ haben ja keine „Östverträge“ unterzeichnet und sind folglich auch nicht daran gebunden – so die These der imperialistischen Politiker.

Das ist keine Politik des Friedens und der Entspannung, wie SPD und DKP schamhaft behaupten, es ist auch keine Politik des „Verzichts“, wie die CDU/CSU und NPD demagogisch sagen, sondern es ist eine Politik des „Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben“, eine Politik der Verschiebung imperialistischer Ziele auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Der von der SPD/FDP Regierung vertretenen „realistischen“ Politik liegt die Überlegung zugrunde, daß beim gegebenen Kräfteverhältnis der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

denkanzler“ Brandt den Atomwaffenpakt unterzeichnet, aber Brandt sagte schon 1969, was davon zu halten ist. „Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern sie können eine Atomstreitmacht werden... Die Übertragung dieses heute äußersten Zeichens der Souveränität kann politisch nur beim wirklichen Übergang zu einem europäischen Bundesstaat erfolgen und nicht an seinem Anfang und auch nicht auf seinem Wege.“ (laut SPD-Pressedienst vom 31.1.69) D.h., die westdeutsche Unterschrift unter dem „Atomwaffenpakt“ ist ebenso wenig wert wie die unter den „Östverträgen“ mit der Sowjetunion, VR Polen und der DDR, sowie mit der CSSR, wo die BRD-Imperialisten sich ebenfalls vorbehalten, die alten revisionistischen Forderungen später im Namen des „Vereinigten Europas“ wieder anzumelden. Denn die „Vereinigten Staaten von Europa“ haben ja keine „Östverträge“ unterzeichnet und sind folglich auch nicht daran gebunden – so die These der imperialistischen Politiker.

Das ist keine Politik des Friedens und der Entspannung, wie SPD und DKP schamhaft behaupten, es ist auch keine Politik des „Verzichts“, wie die CDU/CSU und NPD demagogisch sagen, sondern es ist eine Politik des „Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben“, eine Politik der Verschiebung imperialistischer Ziele auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Der von der SPD/FDP Regierung vertretenen „realistischen“ Politik liegt die Überlegung zugrunde, daß beim gegebenen Kräfteverhältnis der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Überlegung zugrunde zu legen, daß der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß überlänges Streben nach Projekten wie „MLF“ u.ä. nur Schaden anrichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht

Pläne der Imperialisten

1. Die Herausbildung einer west-europäischen Militärindustrie

Die Grundlage für den Aufbau einer Atomacht ist die selbständige Rüstungsproduktion, die Herstellung neuer Waffen, Raketen, die Anreicherung von Uran usw. Beim hoch entwickelten Stand der Kriegsproduktion (USA und SU) sind dazu gewaltige Investitionen nötig, die ein einzelnes westeuropäisches Land nicht „verkräften“ kann. Die geradezu winzige „Force de Frappe“ Frankreichs mit relativ wenigen Raketen macht besonders deutlich, daß ein einzelnes Land kaum in der Lage ist, in den Rüstungswettlauf einzusteigen. Dazu sind auf größere Konzerne und Zusammenschlüsse auf westeuropäischer Ebene fähig. Der Grad der Monopolisierung der westeuropäischen Rüstungsindustrie ist gegenüber den USA noch sehr gering, aber die westeuropäischen Imperialisten gehen die Schaffung solcher Unternehmen an, wobei sie untereinander wiederum um den größten Marktfluß konkurrieren. In der Flugzeugindustrie gibt es schon einige westeuropäische Zusammenschlüsse, wobei meist zwei bis drei Länder enger zusammenarbeiten. Einige Beispiele:

- in der sog. „Panavia Aircraft GmbH München“ entwickeln die BRD, Frankreich und die Niederlande die Phantom-Bomber. Dieses Flugzeug (MRC-A genannt) soll bereits 1973 serienmäßig produziert werden. Bisher haben die Kapitalisten 20 Millionen DM in dieses Projekt investiert (oder richtiger: aus der Arbeiterklasse herausgepreßt).
- Mit der französischen Regierung schloß die Bundesregierung ein Abkommen über den Bau von „1. und 2. Kampf-Flugzeugen“, dem sog. „Alpha Jet“. Weiterhin planen beide Länder den Bau eines Transportflugzeuges „Transall“ und den Bau von Raketen. Eine davon, eine Boden-Luft-Rakete die „Roland II“ soll sogar in die

USA exportiert bzw. in Lizenz gebaut werden

- Britische und französische Firmen entwickeln gemeinsam den Bau von Kampfflugzeugen. Insgesamt ist jedoch nicht zu übersehen, daß die eigenständige westeuropäische Rüstungsproduktion und Produktion weit unter der amerikanischen zurücksteht. Alle westeuropäischen Staaten (bis auf Frankreich) sind auf Waffenlieferungen – vor allem atomare Waffen und Raketen – aus den USA angewiesen, was gleichzeitig den noch großen Einfluß der USA auf diesem Gebiet veranschaulicht.

Der Kampf um das Uran

Die Bestrebungen der EG, sich bei fortschreitendem eigenen Gewicht mehr und mehr von den USA zu lösen, werden in der Frage der Uranversorgung besonders deutlich. So streben westeuropäische Firmen unter Koordination der EURATOM die Sicherung von sog. „Schürfrechten“, d. h. den Abbau von Uran in Ländern der Dritten Welt an. Dazu gehören vor allem Brasilien, Nigeria, der Tschad, Angola, Mozambique, Rhodesien und Südafrika.

In den letzten Jahren diktierten die US Kapitalisten den EG-Ländern den Kauf von Uran. Die Preise für Lieferungen von Uran sind sehr hoch und haben zu erheblichen Verzögerungen und zwei wesentlichen billigeren – Uran aus der Sowjetunion. Nunmehr schloß auch eine Vereinigung westdeutscher Firmen unter Führung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) einen Vertrag mit der SU ab. Dieser Vertrag sieht vor, daß bis zu sechs Jahre vereinbart wurden. Die Lieferungen entsprachen ca. 20% des gesamten Uranbedarfs der EG. Bei der Ausrüstung von Reaktoren in der EG werden auch die Geister unter den westeuropäischen Kapitalisten während Frankreich im wesentlichen Uran nach dem Gasdiffusionsverfahren herstellt, entwickeln die BRD, Großbritannien und die Niederlande das sog. Diffusionsverfahren.

Der jetzige Stand

Die europäische Atomacht steht zwar noch nicht – wegen der gegensätzlichen Interessen der Imperialisten untereinander und des relativ niedrigen Standes der politischen Einigung – unmittelbar bevor, jedoch zeichnen sich auf zwei Ebenen Entwicklungen ab, die in die angegebene Richtung zielen. Zum einen betrifft das vor allem die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Rüstungsproduktion unter Mitwirkung des Staatsapparates und zum anderen die Herausbildung einer „europäischen Fraktion“ innerhalb der NATO, der sogenannten EURO-GROUP (Euro-Gruppe).

Euro-Gruppe soll erst einen gewissen Beitrag zu einer späteren politisch-militärischen Einigung schaffen, wie das die westdeutschen Militärsen selber schreiben:

„Es besteht zwar kein Zweifel darüber, daß eine militärische Integration nicht vor einer politischen Einigung und diese wiederum nicht vor einer wirtschaftlichen erfolgen kann. Doch müssen die militärischen Dinge programmatisch Schritt für Schritt vorgehend sowohl koordiniert sein, daß bei Zustandekommen einer politischen Einigung die volle militärische Kooperation erfolgen kann. Für dieses Fernziel können in der Euro-Gruppe in fortschreitendem Maße die Voraussetzungen geschaffen werden“ („Truppenpraxis“, 5/72).



Modell des von der BRD, England und Italien entwickelten Kampfflugzeuges „MRC-A“

Die Herausbildung der „Eurogruppe“

Vor fünf Jahren gingen vor allem die BRD und Großbritannien daran, eine Art „europäische Fraktion“ innerhalb der NATO zu bilden. Dieser Fraktion gehören die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Türkei an. Die Euro-Gruppe ist ein weiterer Versuch der Kapitalisten, die eigenständige Entwicklung auf militärischem Gebiet zu fördern. Sie soll die Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Staaten vorzunehmen. Die

Wie eingangs schon erwähnt, bezwecken die westdeutschen und britischen Imperialisten die Einbeziehung Frankreichs in die Euro-Gruppe. Die Aussichten dafür sind z.Zt. noch schlecht, da unterschiedliche Konzeptionen der Imperialisten bestehen. Die westdeutschen und britischen Imperialisten bevorzugen die Herausbildung einer europäischen „Atomkraft“, also innerhalb der NATO. F.J. Strauß sagte auf einer weltweiten Tagung der CSU dazu: „Die atlantische Allianz müsse so organisiert werden, daß sich zwei vollen Partner gegenüberstehen und nicht eine Großmacht (USA) und ein Haufen großmäuliger Zwerge (EG)“. Bei der Reorganisation der atlantischen Allianz müsse ein amerikanischer Pfeiler und ein europäischer Pfeiler mit militärischer amerikanischer Präsenz in Europa herauskommen, wobei in Europa die Europäer das Sagen haben sollten“ (Nach „FR“ vom 26.11.73).

Diese Konzeptionen, die von den britischen Imperialisten unterstützt werden, widersprechen den Zielsetzungen der französischen Imperialisten, die darum auch nicht in der Euro-Gruppe usw. mitarbeiten.

lungen der französischen Imperialisten, die darum auch nicht in der Euro-Gruppe usw. mitarbeiten.

Frankreichs Konzeptionen laufen darauf hinaus, eine von den USA unabhängige europäische Atomstreitmacht außerhalb der NATO zu entwickeln. So schlug der Außenminister Frankreichs, Jobert, auf einer WEU-Tagung die Bildung eines „Europäischen Atomkomitees“ vor, in dem auch den nicht-atomaren Staaten der WEU Einblick in die strategischen Planungen der WEU Atomkräfte (England, Frankreich) verschafft werden soll. (Nach „FR“, 23.11.73).

(WEU = Westeuropäische Union, ein 1954 gegründeter Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten mit vorwiegend militärischen Aufgaben).

Als Voraussetzung eines „europäischen Atomkomitees“, der Verschmelzung der britischen und französischen Kernwaffenpotentiale, fordert Frankreich von den Briten eine unabhängige Politik gegenüber den USA. Der Vorschlag Frankreichs zur Bildung eines „europäischen Atomkomitees“ wurde von allen anderen WEU-Mitgliedern akzeptiert, dennoch verweigert die BRD vorerst den „atlantischen Kurs“ weiter, da sie noch einen zu großen militärischen Einfluß Frankreichs befürchtet.

Verwirklichung aggressiver Politik – unter dem Deckmantel der „Entspannung“

Schon immer haben die Imperialisten versucht, ihre aggressiven und expansiven Zielsetzungen vor der Arbeiterklasse zu verschleiern. Es ist pure Heuchelei, wenn die Imperialisten von „Entspannung in Europa“ sprechen und auf einer „Sicherheitskonferenz“ von „Gewaltverzicht“ u.a. reden.

Ebenso verhält es sich mit der sogenannten „Konferenz über Truppenreduzierungen in Europa“ (MFR), wo die Imperialisten versuchen, Zugeständnisse hinsichtlich des Abzugs von Teilen ihrer Truppen aus den RgW-Ländern zu erreichen. Im Hintergrund haben jedoch nehmen die weitere Aufrüstung, die Schaffung einer „europäischen Atomstreitmacht“ im Rahmen der politischen Einigung vor und werden sich von diesem Ziel nicht durch Verhandlungen abbringen lassen. Man streut der Arbeiterklasse Sand in die Augen, wenn – wie die Revisionisten es tun – das Geschwätz von „kollektiver Sicherheit in Europa“, „dauerhaften Frieden“ usw. angesprochen wird. Nur das Aufzeigen der wahren Ziele und Absichten der Imperialisten wird der Arbeiterklasse von Nutzen sein.

EG-Kommission und Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg und AK Datteln

Menschen und in der Industrie beschäftigt (bei etwa 25 Mio. Einwohnern), vorwiegend in der Textilindustrie. Äthiopien hat eines der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt, was allerdings nicht verhindert, daß sich das Privatvermögen des Kaisers auf über 500 Mio. Dollar beläuft. 95% der Bevölkerung sind Analphabeten. Dafür unterhält Äthiopien aber eine der stärksten Armeen Afrikas. Ein Drittel der US-„Hilfe“ für Afrika geht an Äthiopien, die USA haben dafür dort einen Militärstützpunkt. Auch mit dem Zionismus hat Äthiopien lange Zeit eng und offen zusammen gearbeitet, in letzter Zeit jedoch weniger offen, da die äthiopische Regierung chagrig danach strebt, in Afrika eine führende Rolle zu spielen.

– allzu herzliche Beziehungen zu Israel würden dabei kompromittierend.

In Äthiopien gibt es keine freien Wahlen, keine gewerkschaftlichen Rechte, Streiks sind verboten und gewerkschaftliche Streikkassen gibt es nicht. Die politische Opposition, deren wichtigster Stützpunkt bisher die junge Intelligenz war (Studenten, Lehrer), wird unterdrückt. Außerdem führt die äthiopische Regierung einen kolonialen Unterdrückungskrieg gegen das Volk von Eritrea (Nordost-Äthiopien), wo seit 12 Jahren die Befreiungsfront von Eritrea einen Guerillakrieg führt und seit 1970 „Kriegsrecht“ herrscht.

Feudalherrschaft und Imperialismus, vor allem der der USA, sind die größten Hindernisse für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt Äthiopiens.

Bereits im Februar gab es in der Hauptstadt Addis Abeba Demonstrationen u. a. von Taxifahrern und Lehrern gegen die Teuerung, für besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Die Regierung ließ auf die Demonstranten schießen, wobei nach offizielllem Eingeständnis mindestens zehn Menschen getötet wurden (wahrscheinlich aber weit mehr) hunderte wurden verletzt.

Um sich in dieser Situation wenigstens die Loyalität der Polizei und Armee zu sichern, versprach die Regierung diesen eine Solderhöhung um ca. 25% (ab 10. März). Dieses Zugeständnis kam jedoch zu spät und unzureichend, um die Unruhe in der Armee noch auflösen zu können.

Ende Februar revoltierten die Soldaten von Asmara, zweitgrößte Stadt des Landes. Diese Truppen sind für die Erhaltung der Feudalherrschaft besonders wichtig, denn Asmara ist die Hauptstadt des schon immer „unruhigen“ Eritrea. Die Rebellion der Soldaten von Asmara dehnte sich rasch auf andere Teile der Armee aus. Addis Abeba selbst wurde von revoltierenden Truppen kontrolliert.

In dieser Situation wurde den Soldaten eine Solderhöhung um weitere 12% zugesagt. Außerdem wurde eine neue Regierung gebildet, d. h. die „regierenden“ Marionetten der Feudalherrscher wurden ausgewechselt.

Nach diesem „Zugeständnis“ demonstrierten am 1. März und in den folgenden Tagen die Volksmassen in den Straßen von Addis Abeba ihre



Äthiopien: Fast verhungerte Menschen werden weggekörrt. Die Feudalherrscher halten das Land in wirtschaftlicher Rückständigkeit und Armut. 100.000 Menschen sollen allein im letzten Jahr verhungert sein.

Anzeige

Eins teilt sich in zwei

Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution

Hundert Beiträge die wir in dieser Ausgabe veröffentlichen sind Abhandlungen von Arbeitern, Bauern, Soldaten und revolutionären Funktionären entnommen. Diese Abhandlungen wurden geschrieben um zu zeigen, wie die Verfasser das dialektische Denken des Genossen Mao Tse-tung studierten und schöpferisch anwenden. Probleme lösen und im Lichte des Gesetzes von der Einheit der Gegensätze die Arbeit zusammenfassen. Diese Beispiele repräsentieren Tatsachen und Kommentare, und lebendig kämpferisch und überzeugend. Sie sind vollkommen verschieden von der Bücherphilosophie, von der Philosophie, die von Abstraktion zu Abstraktion fortschreitet.

Italien: E finita la tregua sociale- Der soziale Frieden ist vorbei!

Streiks und Demonstrationen im Februar, gipfend vorerst im Generalstreik vom 27. Februar, drücken die Verschärfung der Klassenkämpfe in Italien, eine neue Mobilisierung der Arbeiterklasse, der werktätigen Landbevölkerung, der Arbeitslosen und anderer Teile des Volkes aus.

Der Kampf richtet sich gegen die
Teuerung, für menschenwürdige
Wohnungen und Verteidigung des
Lebensstandards, für die Verbesse-
rung der Lage der Rentner, gegen
den Versuch der Bourgeoisie, ihre
Krise auf das arbeitende Volk abzu-
wälzen.

Die Situation im zweiten Halbjahr 1973 war durch die „tregua social“ der sozialen Waffenstillstände“ zwischen Staat und Gewerkschaften gekennzeichnet. Wesentliche Bedingung der „tregua social“ war der Rücktritt der extrem arbeiterfeindlichen „Mitte-Rechts“-Regierung Andreotti im Mai 73, deren Sturz in zahlreichen Volkskämpfen gefordert worden war. Die neu gebildete „Mitte-Links“-Regierung Rumor hatte im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin die Unterstützung der Sozialistischen Partei (PSI). Die revisionistische Partei (PCI) versprach eine „opposizione diversa“, d. h. andere Opposition (verglichen mit der Opposition gegen die Andreotti-Regierung). In der „opposizione diversa“ drückt sich schon das Angebot einer „konstruktiven Zusammenarbeit“ mit der christdemokratischen Partei (DC) aus, das nach dem faschistischen Putsch in Chile (der von den dortigen Christdemokraten unterstützt wurde!) in der Parole des „compromesso storico“, „historischer Kompromiß“ (zwischen PCI und DC) gipfelte.

Die Regierung Rumor verkündete im Juli 73 als demagogische Maßnahme einen 90-tägigen Preisstopp für 21 Grundnahrungsmittel und einen Stopp für Mieterhöhungen bis Ende Januar 74. Die Gewerkschaftsführer riefen ihrerseits die Arbeiter zu „Verantwortungsgefühl“ und Erhöhung der Produktivität auf.

Diese Situation der „tregua sociale“ hielt jedoch der Verschärfung der Widersprüche nicht stand. Die

Diese Situation der „Irgens soziale“ hielt jedoch der Verschärfung der Widersprüche nicht stand. Die Klassenkämpfe spitzten sich zu, als im Herbst/Winter 73 die Bourgeoisie unter dem Vorwand der „Ölkrise“ einen neuen Angriff auf das arbeitende Volk unternahm, und im Januar 74 gar eine Erhöhung der Lebensmittelpreise für Öl, Butter, Brot, pasta (Nudeln etc.), Wein, Käse, Milch, Margarine, Schweinefleisch u. a. um 20 % und mehr von der zuständigen staatlichen Institution genehmigt wurde, zusätzlich erhebliche Erhöhung und Rationierung bei Benzin u. a. Erdöl-Produkten.

Die linken Organisationen, vor allem „Avanguardia Operaia“ und „Lotta Continua“, hatten schon im Herbst die Parole ausgegeben, „den sozialen Waffenstillstand zu brechen“ und einen nationalen Generalstreik durchzuführen.

Die Haltung der Gewerkschaftszentralen gegenüber der immer stärker aus der Arbeiterklasse selbst kommenden Forderung nach einem nationalen Generalstreik war zunächst gespalten. Vor allem die Zentralen der Gewerkschaften CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialdemokratisch/sozialistisch), die mit den Regierungsparteien DC und PSDI (Sozialdemokraten) eng verflochten sind, traten gegen einen Generalstreik auf. Die CGIL (kommunistisch) schwankte zwischen den kampfbereiten Arbeitern einerseits und den „Bündnispartnern“ in den Zentralen der CISL und UIL andererseits. Quer durch die drei Gewerkschaften hindurch traten die Einzelgewerkschaften der in Tarifkämpfen stehenden Metaller, Chemie- und Textilarbeiter für einen nationalen Generalstreik ein.

Anfang Februar zeichnete sich die Ausrufung eines nationalen Generalstreiks ab, allerdings waren Zeitpunkt und Dauer noch ungewiß. Einmütlich erklärten die drei Gewerkschaftszentralen jedoch, ein möglicher Generalstreik werde sich nicht gegen die Regierung richten.

Am 7. Februar war örtlicher Generalstreik in Mailand. 150 000 Menschen kamen zu einer von den Gewerkschaften organisierten Kundgebung. Die am meisten verbreitete Parole der Demonstranten war „Oggi si è rotta la tregua sociale - sciopero, sciopero generale“ (Heute ist der soziale Friede gebrochen - Streik, Generalstreik).

Am folgenden Tag war Neapel und Kampanien im Generalstreik. Mehr als 200 000 Menschen versammelten sich in Neapel zu einer Protestkundgebung gegen die Teuerung, gegen

die Verleumdung Süditaliens.

Am 14. Februar, nach mehrtägigen internen Auseinandersetzungen, setzten die Gewerkschaftszentralen den Generalstreik schließlich für den 27. Februar an, jedoch befristet auf vier Stunden. Die Befristung auf vier Stunden ging auf die Führung der CISL und die sozialdemokratischen Kräfte in der UIL-Führung zurück, während die CGIL-Führung (und ein Teil der UIL-Führung) für einen 8-stündigen Streik eintrat. Die Örtlicher Gewerkschaftsführungen in Rom und Kampagnen riefen zu einem 24-stündigen Streik am 27. Februar auf. Auch zahlreiche Betriebe traten am 27. Februar in einen ganztägigen Streik.

isierung des arbeitenden Volkes mit neuen Putschdrohungen. Die Ende Januar ausgelösten Alarme in zahlreichen Kasernen sind eine deutliche Mahnung in diese Richtung. Gleichzeitig wird mit Duldung und Förderung des Staates der Terror faschistischer Banden verstärkt (vgl. AK 40, S. 20). Ein faschistischer Bombenanschlag auf den Schnellzug Mailand-Bari, der ein Blutbad anrichten sollte, das noch weit schrecklicher gewesen wäre als die „strage di stato“ (faschistischer Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank 1969 mit 16 Toten) wurde am 29. Januar nur durch einen Zufall verhindert.

Negativ wirkt sich in dieser Situation aus, daß es den Gewerkschafts-

Korrektur zum Italien-Artikel
im letzten ARBEITERKAMPF

In dem Artikel „Neues faschistisches Blutbad durch Zufall verhindert“ im letzten AK sind zwei Zahlenangaben falsch, was bereits ein Manuskriptfehler war: Die italienische Presse hatte behauptet, daß die Erdölkonzerne 300 DM (statt den genannten 300 DM) pro Tonne Rohöl an die Förderländer zahlen müßten – und tatsächlich weisen die bekanntgewordenen Bilanzen nur 160 DM (statt den im AK genannten 260 DM) aus. Der Betrug der Konzerne und der Presse ist bei diesen nun richtig genannten Zahlen verhältnismäßig noch höher: die Bevölkerung wurde mit 25% nicht vorhandenen Mehrkosten der Konzerne beschwindelt.

Alles verspielt – und fast nichts verloren

Eine unvorstellbare Pechsträhne hatte der römische Bauunternehmer **Giuliano Colligirone** im Spielcasino von Monte Carlo: Er verlor in einer einzigen Nacht 5,7 Millionen Mark. Colligirone kann's verschmerzen: Er ist in Italien der Reichste seiner Branche.

Caltagirone, einer der größten italienischen Bau-Kapitalisten, verjubilte Anfang März in wenigen Stunden 5,7 Mio. Mark am Spieltisch, während in derselben Nacht in Rom Dutzende besetzter Wohnungen von der Polizei geräumt wurden. In der Öffentlichkeit läßt sich Caltagirone gern mit Wehgeschrei über die „Notlage der italienischen Bauwirtschaft“ und die „kriminellen Hausbesetzungen“ hören.

„Lotta dura-casa sicura” —

„Lotta dura—casa sicura”

KAMPF UM WOHNRAUM IN ROM

Seit vielen Wochen findet in Rom ein Kampf zwischen Arbeiterfamilien der einen Seite und dem herrschenden Staat und Wohnungsbau-Spekulanten andererseits statt. Arbeiterfamilien besetzen Neubauwohnungen, die Polizei versucht, sie zu vertreiben. Die linke Zeitschrift „Avanguardia Operaia“ berichtete schon Anfang Februar, daß in Rom etwa 3.000 Wohnungen besetzt seien. Bekannt war dieser Kampf außerhalb Italiens aber erst durch die besonders spektakuläre Besetzung der Basilika S. Paolo (eine der großen Kirchen Roms) am 6. März durch Arbeiterfamilien, die zuvor von der Polizei aus besetzten Wohnungen vertrieben worden waren. Einige Tage vorher waren schon zwei andere Kirchen in Außenbezirken Roms besetzt worden.

Der Wohnungsbau ist in Italien, wie überall im Kapitalismus, ein besonders „günstiges“ Objekt für Spekulationen und Profitmacherei. „Avanguardia Operaia“ schreibt, daß allein in Rom gegenwärtig 60-80.000 Wohnungen leer stehen, weil sie zu teuer sind, während andererseits 50.000 Menschen noch in Baracken hausen müssen. („AO“, 5/74). Der italienische Wohnungsbau ist im wesentlichen in der Hand von sieben großen Unternehmen, bei denen u.a. Pirelli, Agnelli (FIAT) und der Vatikan kräftig mitmischen. Der Wohnungsbau ist stark zurückgegangen (1971 auf 1972 um etwa 50 %), 30.000 Bauarbeiter sind arbeitslos (nach „manifesto“, 6.3.74). Gemäß den Gesetzen des Kapitalismus wird nicht nach den Bedürfnissen des Volkes produziert, sondern zur Erreichung des größten Profits. Also „Eigentumswohnungen“ und Luxus-Wohnungen, statt menschenwürdigen und billigen Wohnraum für Arbeiterfamilien.

Daß (nicht nur in Rom) tausende dieser teuren Neubau-Wohnungen leer stehen, während Arbeiterfamilien in zu engen und kaputtten Wohnungen, oder gar in Baracken, hausen müssen, ist eine besondere Provokation, die schon seit vielen Jahren immer wieder zur Besetzung leerstehender Wohnungen geführt hat.

Als Antwort auf die gewaltsame Räumung besetzter Wohnungen

durch die Bullen (die das Mobiliar durch die Fenster nach draußen warfen und Hunderte von Einwohnern (festgenommen) wurden Anfang März aus Kirchen, San Policarpo und San Giovanni Bosco in Außenbezirken Roms vertrieben. Am 5. März demonstrierten über 10.000 Menschen billigen Wohnraum, gegen den Bullen-Terror. Parolen waren „Affitto proletario, dieci percento del salario“ („proletarische Miete, 10% vom Lohn“ – eine Forderung der Hausbesitzer und der sie unterstützenden linken Organisationen), „Regierung Rumor, Regierung der Ausplünderung“, „Die Polizei macht uns keine Angst, noch härterer Klassenkampf!“

Die Besetzung von S. Paolo ab 6. März (nachdem die Polizei in der Nacht zuvor wieder zahlreiche besetzte Wohnungen geräumt hatte) scheint sich von den beiden vorausgegangenen Kirchen-Besetzungen durch eine klarere politische Stoßrichtung zu unterscheiden. Ein Vertreter des Komitees der Besetzer von S. Paolo wies darauf hin, daß der Vatikan selbst im Wohnungsgeschäft steckt. „Wir stellen uns daher nicht unter die schützenden und paternalistischen Flügel der Kirche, wie es die Baracken-Bewohner von S. Policarpo und Don Bosco anscheinend getan haben, sondern wir sind hier auch abgesehen von der Verdrängung der kirchlichen Autoritäten.“ („manifesto“ 8.3.74; die Besetzer der Kirchen S. Policarpo und Don Bosco sind ehemalige Barackenbewohner, die nach der Vertreibung aus besetzten Wohnungen in der Kirche Obdach gefunden haben und zumindest in Don Bosco auch mit Lebensmitteln versorgt werden; also weniger als in S. Paolo ein politischer Protest auch gegen schmutzige Geschäfte des Vatikans selbst).

Die Hausbesetzungen werden von linken Organisationen – wie „Lott Continuum“, „Avanguardia Operaia“ und „il manifesto“ – intensiv unterstützt, während die revisionistische PCI darin Meister ist, immer neue Beschimpfungen der Hausbesetzer zu erfinden („Provokateure“, „Akt des Vandalismus“, „verantwortungslose Handlungen“, „Anti-Volkskämpfe“).



„Wir wollen Brot zu 100 Lire – lassen wir die Kapitalisten die Krise bezahlen“
 – „Vorwärts zum Generalstreik“ – In Neapel demonstrierten am 8. Februar
 mehr als 200 000 Menschen gegen die Teuerung
 „Wir wollen Brot zu 100 Lire – lassen wir die Kapitalisten die Krise bezahlen“
 – „Vorwärts zum Generalstreik“ – In Neapel demonstrierten am 8. Februar
 mehr als 200 000 Menschen gegen die Teuerung

Am Tag des nationalen Generalstreiks demonstrierten 50 000 Menschen in Turin, 50 000 in Florenz, 40 000 in Rom (der Demonstrationszug wurde von Bauern auf Traktoren und Taxisfabriken angeführt). Starke Demonstrationen fanden in mehreren kleineren Städten Süditaliens statt: 15 000 Demonstranten in Bari und in Palermo, 20 000 in Salerno. In Mailand und Neapel hatten die Gewerkschaftsführungen keine zentralen Kundgebungen organisiert.

Die Gewerkschaften stellten den nationalen Generalstreik vom 27. Februar unter folgende Themen: staatliche Interventionen bei Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Wohnungen, Schulen; Unterstützung laufender Tarifverhandlungen; „politische Festsetzung der Preise“ (besonders für die Grundnahrungsmittel und Mieten); Steuerreform; Anpassung der Renten/Pensionen an die gestiegenen Preise; Beschäftigungsgarantie für die von „Rationalisierungen“ u. ä. Betroffenen.

Zentralen vorerst noch gelingt, die Stoßrichtung der Volkskämpfe weitgehend einzuengen und abzuwachen. Der nationale Generalkrieg vom 27. Februar etwa verband die ökonomischen Forderungen überhaupt nicht mit einer politischen Zielsetzung (Kampf gegen die Futschpläne der Bourgeoisie, Kampf gegen die Faschisierung, Kampf gegen die Versumpfung des Staatsapparats in Korruption und Kriminalität u. ä.).

Vielleicht ist es so, daß die Gewerkschaftszentralen vor den Drohungen der Bourgeoisie mehr oder weniger zurückschrecken. Dies gilt z. B. für die Erklärung, der Streik richte sich nicht gegen die Regierung, man wolle die Regierung nicht in eine Krise stürzen etc. Dies gilt vor allem für die CISL und UIL (sozialdemokratischer Flügel), die mit der Rumor-Regierung ohnehin eng verflochten sind. Die CGIL argumentiert aber, wenn auch nicht so deutlich und offen, ähnlich. Zum einen aus Opportunismus gegenüber den anderen beiden Gewerkschaftszentralen (mit de-



Linke Organisationen setzten sich schon mit
vielen Wochen besonders intensiv für einen
Generalstreik ein: Karikatur
„Avanguardia Operaia“, 18.1.74
(Lame ist Chef der Gewerkschaft CGIL)

Wahlen in England

Die aus den Unterhauswahlen vom 28.2. hervorgegangene Labour-Regierung erfüllte zwei Tage nach Amtsantritt die Forderungen der Bergarbeiter nach rund 30% mehr Lohn, für die die Kumpel seit über drei Monaten gekämpft hatten.

Neuwahlen waren von der konservativen Regierung angesetzt worden, als sich die Bergarbeiter nicht davon abhalten ließen, gegen das staatlich verordnete Lohnedikt von 7% zu kämpfen und sich mit der überwältigenden Mehrheit von 81% für Streik entschieden hatten.

Wir schreiben in der letzten Nummer des ARBEITERKAMPF, daß die englischen Kapitalisten mit dieser Wahl angesichts der kämpferischen Haltung von Teilen der Arbeiterklasse abtesten wollten, inwieweit die Tories politisch abgewirtschaftet haben, nachdem sie in den letzten zwei Jahren im Eilmarsch ihr arbeiterfeindliches Programm im Auftrag der Kapitalisten durchgezogen haben; inwieweit es nicht günstiger ist, gegenwärtig Labour das Geschäft in die Hand nehmen zu lassen; wie also konkret das Mischungsverhältnis zwischen Druck und Betrug in Zukunft sein muß, um einerseits das Programm der Imperialisten weiter durchzuziehen, andererseits aber die Arbeiterklasse wieder zu beruhigen.

Das Wahlergebnis hat keiner der beiden großen Parteien eine absolute Mehrheit gebracht. Es hat nicht den von den Tories erhofften Rechtsruck (Bestätigung der Tory-Politik durch eine Mehrheit der Wähler) gegeben. Andererseits gab es kein klares Votum für die Labour Party, die noch in den letzten Monaten vernachlässigt hatte, sich nach „links“ zu profilieren.

Auf dieser Grundlage war sowohl die Möglichkeit einer Verlängerung der Tory-Regierungsperiode, als auch der Wechsel zu Labour gegeben. Für die Kapitalistenklasse aber war wegen der starken Unruhe in der Arbeiterklasse über die rasche Verschlechterung der Lebenslage ein Wechsel der Regierung angezeigt. Der unerwartet lang und hart geführte Bergarbeiterstreik sollte möglichst schnell beigelegt werden, da er bereits große Solidarität unter der Bevölkerung gefunden hatte.

Eine Labour-Regierung zum jetzigen Zeitpunkt ist für die Kapitalistenklasse geschickteste Lösung. Die Arbeiterklasse hat zu ihr noch das größte Vertrauen, das auch noch dadurch aufgewertet wird, daß sie die Forderungen der Bergarbeiter erfüllte, eine für die Kapitalisten notwendige Maßnahme, um erst einmal wieder Ruhe zu haben.

Es ist durchaus anzunehmen, daß die Kapitalisten hier direkt auf die Liberalen eingewirkt haben, sich nicht den Konservativen zu einer Koalition zur Verfügung zu stellen. Andererseits ist eine Labour-Regierung, die ständig auf die Zustimmung kleiner und kleiner Parteien angewiesen ist, ohne Schwierigkeiten zu stürzen, wenn die Zeit gekommen ist.

Beide große Parteien haben in dieser Wahl Stimmen verloren: Die Konservativen 8,3%, Labour 5,7%. Damit haben die Konservativen ihren Vorsprung von etwa 3% verloren.

Ein Stimmverlust für die Tories war bei dieser Wahl zu erwarten, zu brutal und offen hatten sie in den letzten Jahren das Geschäft der Kapitalisten betrieben. Neu bei dieser Wahl aber ist, daß Labour auch verloren hat, zwar nicht so viel wie Tory, aber doch so erheblich, daß sie – was die absolute Stimmenzahl angeht – immer noch unter Tory bleibt (siehe Kasten zum Wahlergebnis). Nur aufgrund des britischen Wahlsystems (Persönlichkeitswahl) ist die Labour-Fraktion um fünf Mann stärker als die der Tories.

teinen und Organisationen, die sich zur Wahl gestellt haben, dagegen:

Die revisionistische Communist Party (CP) hat sich diesmal mit rund 50 Kandidaten zur Wahl gestellt. 1970 hatte sie nur 0,1% der Stimmen erhalten; das insgesamt höchste Wahlergebnis seit der Parteigründung war 1945 mit 0,4%. Zwei Sitze hat die CP damals in den 40er Jahren im Unterhaus gehabt. Seit 1950 war kein CP-Mitglied mehr Abgeordneter.

Auch diesmal – 1974 – wird das Ergebnis insgesamt auf die 635 Wahlkreise berechnet für die CP nicht viel besser aussehen, obwohl wir noch keine offiziellen Zahlen darüber kennen: zwischen 0,1 und 0,2%. Rechnet man den Prozentanteil der CP allerdings so aus, daß man die für sie abgegebenen Stimmen nur auf

die Bezirke bezieht, in denen sie auch kandidiert hat, kommt man auf einen Durchschnitt von etwa 1,0%, wobei eine Handvoll von Bezirken dabei ist, in denen die CP etwa 2,2% bekommen hat. Im schottischen Wahl-



Der Bergarbeiterführer McGahey wird von jubelnden Bergleuten umdrängt, als bekannt wurde, dass der Vorstand sich für Streik entschlossen hatte.

DER PROZESS GEGEN DIE "24 VON SHREWSBURY"

In Shrewsbury stehen 24 Bauarbeiter vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, während des offiziellen Bauarbeiterstreiks im Herbst 72 (!) (der allerdings auch erst nach spontanen Aktionen der Arbeiter für offiziell erklärt wurde) das Antistrikegesetz und das „Gesetz gegen Verschwörung“ verletzt zu haben.

Die Staatsanwaltschaft hatte erst Anklage wegen „Schlägerei“ und „Landfriedensbruch“ erhoben, änderte dies allerdings vor Eröffnung des eigentlichen Verfahrens. Dazu schreibt der „Socialist Worker“ am 22. Sept. 73: „Den Rechtsanwälten der 24 wurde mitgeteilt, daß die Beschuldigten nun wegen ungesetzlicher Versammlung angeklagt wurden, statt wegen Landfriedensbruch“. Diese Entscheidung hatte der oberste Staatsanwalt getroffen, weil die Staatsanwaltschaft die Anklage auf Landfriedensbruch vor dem Mold Crown Court nicht glaubhaft machen konnte. Die Jury befand die Angeklagten für nicht schuldig und verworf die Anklage.“

Zum Vorwurf „ungesetzliche Versammlung“ kam wenig später noch die Unterstellung einer „Verschwörung“ dazu, beides Vorwürfe, bei denen das Strafmaß wesentlich höher liegt als bei Landfriedensbruch.

Dieser Schachzug der Justiz war notwendig, da sich im Verlauf des Prozesses zeigte, daß die „Beweise“ für Gewalttätigkeiten seitens der Angeklagten sehr fadenscheinig waren und die „Zeugen“ in mehr als einem Fall im Kreuzverhör durch die Verteidigung umfielen: So konnte sich eine „Zeugin“ im Kreuzverhör „nicht mehr genau“ an den Stock erinnern, den sie vorher in der Hand von Dennis Warren, einem der Hauptangeklagten, gesehen

haben wollte.

So fielen mehrere „Zeugen“ um, die unter den Angeklagten „gewalttätige Streikposten widererkant“ hatten: Sie mußten zugeben, daß ihnen die Polizei vor der „Identifizierung“ Fotos von den Angeklagten vorgelegt hatte.

Ein „Zeuge“ hatte ausgesagt, daß John McKinsie Jones (auch ein Hauptangeklagter) auf einer Versammlung Steine geworfen hätte; ein anderer sagte, Jones hätte ihn bedroht; ein Polizeioffizier sagte aus, er habe die Drohung auch gehört. Tatsache allerdings war, daß Jones zu der Zeit der Versammlung nachweislich zu Hause war.

John Llywarch, ebenfalls angeklagt, berichtete, daß man ihn bei der Polizei hatte zwingen wollen, falsche Aussagen gegen seine Kollegen zu machen. Als er sich weigerte, wurde er mit auf die Angeklagten-Liste gesetzt.

Dies sind nur einige der Ungereimtheiten in diesem Prozeß,

millenwörter; zwei Jahre ohne Bewährung für Ricky Tomlinson, Bauarbeiter, Familienvater; neun Monate ohne Bewährung für John McKinsie Jones, Bauarbeiter, Familienvater.

„Dieses sind Urteile zur Abschreckung“, sagte Richter Mais. „In diesem Land ist die Gewalttätigkeit heutzutage viel zu sehr verbreitet. Es gibt viel zu viele Leute, die denken, sie könnten anderen ihren Willen aufzwingen.“

Damit hatte Richter Mais in zynischer Offenheit seine Funktion bei diesem Spiel dargelegt: Abschreckung, Einschüchterung aller Arbeiter, die für ihre Rechte und ihre wirtschaftliche Existenz mit dem Mittel des Streiks und der Demonstration kämpfen.

„Ich glaube nicht, daß der Zeitpunkt des Shrewsbury-Schauprozesses zufällig war“, sagt Jack Collins, Mitglied des Vorstandes der Bergarbeitergewerkschaft NUM. „Er kam gerade, als unser Übersundenboykott wirksam zu werden begann.“

Ich glaube fest, daß der Shrewsbury Prozeß als ein Mittel zur Einschüchterung der Bergleute gedacht ist...

(Nach „Socialist Worker“, 19.1.74)

Mit zu diesen brutalen Urteilen beigetragen, hatte die planmäßige Hinterziehung von Protestaktionen durch die Gewerkschaftsführungen und das absolute Totschweigen des Prozesses durch die bürgerliche Presse.

Die Prozesse gegen die restlichen 21 laufen gegenwärtig noch. Wir werden weiter darüber und über die durchgeführten Solidaritätsaktionen in der nächsten Nummer des ARBEITERKAMPF berichten.

Am 20. Dezember 73 wurden die Urteile gesprochen: drei Jahre ohne Bewährung für Dennis Warren, Bauarbeiter, Fa-

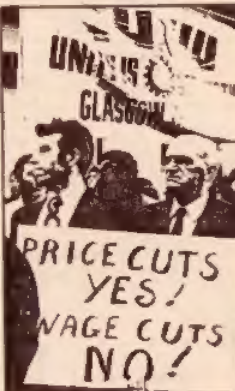
| | (1970) | 1974 | Sitze | |
|---------|---------|---------|-------|--------------------|
| Tory | (46,4%) | 38,1% | 296 | 11,92 Mio. Stimmen |
| Labour | (43,0%) | 37,2% | 301 | 11,66 Mio. Stimmen |
| Liberal | (7,4%) | 19,3% | 14 | 6,05 Mio. Stimmen |
| Ander | (3,2%) | 5,4% | 24 | 1,69 Mio. Stimmen |
| | 100,0 % | 100,0 % | 635 | |

Zu dem absurden Mischungsverhältnis von Prozentanteilen und Sitzen z.B. bei der Liberalen Partei kommt es auf Grund des englischen Persönlichkeitswahlrechts. Nach diesem Prinzip kommt nur der Kandidat ins Parlament, der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten hat. Theoretisch wäre es also durchaus möglich, insgesamt 49

% aller Stimmen zu bekommen, aber keinen Sitz im Parlament, wenn man in allen Wahlkreisen mit einem Prozent unterlegen ist. So kommt es auch dazu, daß trotz prozentualer Unterlegenheit der Labour Party (37,2% gegenüber 38,1% der Tories) mehr Labour-Kandidaten ins Unterhaus ziehen als Tories.

Deutlich wird an diesem Ergebnis, daß die Labour-Party es nicht geschafft hat, sich als glaubwürdige Alternative zur offenen reaktionären Tory-Partei aufzubauen. Offensichtlich haben viele Menschen dadurch, daß sie den Liberalen ihre Stimmen gaben, versucht, aus dem Teufelskreis der bürgerlichen Parteien Labour-Tory-Labour usw. auszubrechen. Damit sind sie natürlich wieder bei einer bürgerlichen Partei gelandet, die – ähnlich wie die FDP bei uns – vom Überdruß breiter Teile der Wähler über die großen Parteien lebt.

Abwegig allerdings wäre es, die „Protestwähler“ als den Ausdruck einer „Linksentwicklung“ zu interpretieren. Denn erstens ist die Liberale Partei eher den Tories ähnlich, z.B. ihre ausdrücklich „pro-europäische“ Haltung angeht, oder auch das Einstimmen in die antikommunistische Hetze. Zweitens spricht das sehr schlechte Abschneiden der insgesamt vier kommunistischen (bzw. revisionistischen bis trotzkistischen) Par-



Im September 73 protestierten 600 Metallurgen in London gegen die Lohnpolitik der Regierung. (Text auf dem Plakat: Preissenkung – ja! Lohnabbau – nein!)

Forts. Italien der soziale Friede ist vorbei

nen die CGIL-Führer die Bildung einer „Einheitsgewerkschaft“ anstreben, zum anderen, um der Bourgeoisie wieder einmal ihren staatsbürgerlichen Verantwortungswahn zu demonstrieren. Zum dritten aus

Angst ebenso vor einem faschistischen Putsch wie vor einer revolutionären Massenbewegung.

PCI-Chef Berlinguer machte dazu auf dem „Arbeiterkongreß“ der revisionistischen Partei (9./10. Februar) einige interessante Bemerkungen: die PCI sei gegen den „frontalen Zusammenstoß“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie, wolle

„schrittweise die großen Probleme der Menschheit und Italiens lösen“.

Der „italienische Weg zum Sozialismus“ bedeutet „Respekt und Verwirklichung der Verfassung“.

„Außerhalb eines repräsentativen Systems, das auf den Parteien basiert, gibt es in Italien keine andere Alternative als eine reaktionäre Diktatur“.

Die soziale Basis des Staates sei zu eng, vor allem, da die PCI ausgeschlossen sei. Deshalb sei das politische Regime Italiens „zerbrechlich“

und „neigt zur Degeneration“. Man müsse „ein Verhältnis vollen Vertrauens zwischen den Institutionen (des bürgerlichen Staates) und dem

Volk, zwischen Regierung und Land“ schaffen. „Das wahre Problem ist, den aus dem antifaschistischen Widerstand geborenen Staat ... wieder auf die Gleise der Verfassung zu bringen, um diesem Staat Repräsentativität, Autorität, Stärke zu geben.“ „Wir behaupten nicht, ohne Fehler zu sein. Aber wir glauben bewiesen zu haben, daß wir die nationalen Interessen über jeden Teil-Geist (spiritu de parte) zu stellen wissen.“ (zitiert nach „l'Unità“, 11.2.74)

Das Schicksal der italienischen Arbeiterbewegung wird davon abhängen, sich möglichst vollständig und rasch vom Einfluß solcher „linker“ Heiden der bürgerlichen „Staats-Autorität“ und der „nationalen Interessen“ zu befreien. ●

Arbeitsunfälle - Ausdruck der Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems

Wie wohl jedem Kollegen auf der Kleier Großwerft BDW bekannt, explodierte am 5. September 73 der Container „City of Edinburgh“ im Werk III.

Laut „HDW-Informationen“ (Organ der Geschäftsführung) vom 21. September entzündeten sich brennbare Farbdämpfe, die aus dem Steuerbord-Schmeröltank abgesogen werden sollten. 16 unserer Kollegen wurden dabei z.T. schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Am 13. September verunglückte hier in Kiel unser türkischer Kollege Sinan Aytekin tödlich. Angeblich soll er den vorgeschriebenen Weg am Bord vom Neubau 56 verlassen haben. Er stolperte und stürzte 20 Meter in die Tiefe.

Selbstverständlich waren laut „HDW-Informationen“ in beiden Fällen keine Verstöße gegen die Sicherheitsvorschriften von Seiten der Werft festzustellen.

Diese beiden Unfälle sind keine Einzelheiten bei HDW; sie reißen sich ein in eine ganze Kette ähnlicher Vorfälle, bei denen zwar kein Kollege ums Leben kam, aber doch so schwere Verletzungen auftraten, daß man bis heute nicht sicher weiß, ob die betroffenen Kollegen jemals wieder ganz hergestellt werden können. Hier nur ein kleiner Ausschnitt:

- Anfang Juni stürzte ein Schweißer von der Stalage.
- Mitte Juni stürzte ein Stellagenbauer von der Stalage.
- In beiden Fällen lagen nach Ansicht der Kollegen zu wenig Planen auf dem Gerüst.
- Im Juli stürzte ein Kollege im Neubau ab und zog sich schwere Becken-, Bein-, Schulter- und Rippenbrüche zu.
- Im August ging wieder ein Schweißer knapp am Tod vorbei, er stürzte auf Deck 7 im Kartentischen ab und blieb glücklicherweise mit seiner Jacke an einem Haken hängen.

Unfallursache – „menschliches Versagen“?

Kurz nach der Gaseksplosion und dem tödlichen Absturz unseres türkischen Kollegen besaß sich die Gewerkschaft zu versichern – wie sie es wohl auch in den anderen genannten Fällen getan hätte – „daß von Seiten der Werft kein Versagen gegen bestehende Vorschriften vorlag“, daß diese Unfälle vielmehr „den Mitarbeitern der HDW eine erneute Mahnung sein sollten“, die aufgrund leidvoller Erfahrungen geschriebenen Unfallverhütungsvorschriften zu befolgen.“ (HDW-Informationen)

solche(n), die aufgrund leidvoller Erfahrungen geschriebenen Unfallverhütungsvorschriften zu befolgen.“ (HDW-Informationen), 21. September 73) Und auch die bürgerliche Presse, wohlwissend, was die Kapitalisten von ihr erwarten, pläzt zynisch aus dem gleichen Rohr: „... auch Stellagen, Bohlen und Leitern sind eben nur provisorische Schutz- und Trichter, die nicht immer die bequemsten Arbeitsplätze sind.“ („Kleier Nachrichten“, 19. September 73).

Du soll auch „Sicherheitsingenieur Almerding demgegenüber erklärt: ... die kann vor allem bei mangelnder Konzentration des Arbeiters ein Unfall schnell geschehen“, verdeutlicht einmal mehr, auf wessen Seite dieser Herr steht.

Der ehemalige VW-Chef Nordhoff (zwischen ist er gestorben – allerdings nicht an einem Arbeitsunfall!) sagte es noch deutlicher und zynischer: „... daß es bei aller Nervensicherheit doch immer wieder einen Supernarren gibt, der trotz allem zu seinem Unfall kommt.“

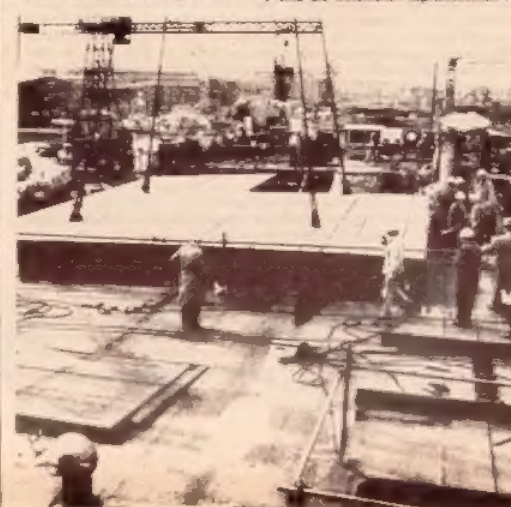
„Sicherheit 2000“ – kapitalistisches Betrugsmanöver

Aber zum Glück haben sich die Satzgratkapitalisten zu deren Konzern auch HDW gehört etwas ganz Besonderes ausgedacht. Wenn wir Arbeiter schon mit unserer Gesundheit und unserem Leben schindeln treiben, so wollen sie sich doch wenigstens von ihrer fürsorglichen Seite zeigen. Deshalb gibt es seit einiger Zeit den Wettbewerb „Sicherheit 2000“, an dem alle Unternehmen des Satzgratkonzerns mit mehr als 300 Arbeitern teilnehmen. Ziel dieses Wettbewerbs soll es sein, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Schutz der menschlichen Gesundheit zu fördern.“ (Vorstandsmitglied Birnbaum) Sind die Arbeitsplätze durch „Sicherheit 2000“ für uns tatsächlich sicherer geworden? Wäre dieser Wettbewerb nicht durch die Broschüre „Die Satzgrat Gruppe“ verdient werden, hätten wir wohl kaum jemals etwas davon erfahren. In der Praxis hat sich nämlich für uns überhaupt nichts geändert! Es sei denn dadurch, daß auf den Meldetafeln für Unfälle seit Monaten bemerkenswerterweise kein schwerer Unfall

mehr verzeichnet ist. (Den tödlichen Unfall unseres türkischen Kollegen mußten sie wohl oder illal bekanntgeben, weil schon zu viele Kollegen davon wußten, und der ganze Schwindel mit der Meldetafel sonst zu offensichtlich geworden wäre.) Das heißt aber nicht, daß es tatsächlich keine schweren Unfälle mehr gegeben hätte – die obengenannten Beispiele beweisen das Gegenteil –, sondern das kann nur bedeuten, daß die Anzahl und vor allem die Schwere der Unfälle systematisch zurückgefahren werden, um so möglichst gut bei dem Wettbewerb abzuschneiden, um denn den Kollegen sagen zu können: „Seht ihr mal, wir sind der sicherste Betrieb!“

Damit auch je nicht zu viele Kollegen ihre Unfälle melden und zu Hause auskurieren, drohen die Kapitalisten immer stärker mit Entlassungen.

Um nicht wegen „zu hoher Ausfallzeit“



ten“ zurückgeschmissen zu werden, auf Angst um ihren Arbeitsplatz zeigen viele von uns ihren Unfall erst gar nicht an, sondern „halten“ ihn am Arbeitsplatz aus.

Es zeigt sich also, daß der Wettbewerb „Sicherheit 2000“ für uns nichts weiter als eine Farce ist, mit der uns die Kapitalisten vorgekauften möchten, sie täten etwas für unsere Sicherheit.

Untersuchen wir deshalb die oben genannten Unfälle etwas näher.

... unsere Sicherheit.

Untersuchen wir deshalb die oben genannten Unfälle etwas näher.

Hemmungsloses Profitstreben auf unseren Knochen!

Obwohl der verantwortliche Ingenieur im Werk Ross wußte, wie leicht sich die Farbdämpfe entzünden können, hat er die Kollegen mit Gasbrennern so früh wieder in den Tank, daß es zur Explosion kommen mußte.

Hier sah sich sogar die kapitalistenfreundliche Gewerkschaft gezwungen, HDW die Auflage zu machen, daß zwischen den Kollegen, die mit leicht entzündbaren Farben, und den Kollegen, die mit Gasbrennern arbeiten, ein bestimmter Sicherheitsabstand eingehalten werden muß.

Diese Auflage wurde dann aber auf Druck der HDW-Kapitalisten (man könne dadurch die Termine nicht einhalten, was für die Kapitalisten natürlich eine erhebliche Verminderung ihres Profites bedeutet) von der Gewerkschaft zurückgezogen, und sie erklärte stattdessen, daß von Seiten der Werft kein Verschulden vorliege.

Unser Kollege Aytekin ist nach einhelliger Meinung der Kollegen nicht deshalb abgestürzt, weil er den vorgeschriebenen Weg verlassen hat, sondern weil die Sicherheitsvorkehrungen am Bord dermaßen schlecht sind, daß es früher oder später zu solchem Unfall kommen mußte.

Im Übrigen ist es so, daß die Unfallrate der ausländischen Kollegen etwas doppelt so hoch liegt wie bei den deutschen Kollegen. Das liegt nicht etwa daran, daß diese Kollegen dummer wären als wir – so wie es uns die Kapitalisten immer weismachen wollen –, das liegt vielmehr daran, daß diesen Arbeitern körperlich besonders schwere Arbeitsbedingungen zugeteilt werden, an denen die Unfallrate sowieso höher ist.

Auch die Kollegen in Garmen sind nicht deshalb von der Stalage gestürzt, weil sie besonders leichtsinnig waren, sondern weil die Stellagen morsch und brüchig sind und zu wenig Planen aufliegen. Die rechten Schreibberge der „Kleier

Nachrichten“ übrigens besitzen sich wie gewohnt – als trape Verteidiger ihrer kapitalistischen Brötchengelber – diese Tatsachen dienstförmig herunterzuspielen oder zumindest zu beschönigen! Ihr zudem grenzenlos zynischer Kommentar: „Auch Stellagen, Bohlen und Leitern sind eben nur provisorische Schutz- und Trichter!“ Eben diese Stellagen, Bohlen und Leitern sind jedoch unsere täglichen Arbeitsplätze! Was die „KJN“ vertuschen wollen, ist dies: In allen genannten Fällen wurden die Kollegen Opfer der hemmungslosen Profitgier der HDW-Kapitalisten; an primitivsten Sicherheitsvorkehrungen wird gespart, und wenn sogar einmal minimale Vorkehrungen vorhanden sind, wird es den Kollegen durch die ungeheure Arbeitslast praktisch unmöglich gemacht, diese einzuhalten.

Die Ursache der meisten Arbeitsunfälle sind die inhumanen kapitalistischen Aus-

Bequemlichkeit des Arbeiters gar nicht zu sprechen.“ (Karl Marx, Kap. I, S. 448 f.)

Doch nicht nur, daß man uns kaum Zeit läßt, um uns zu erholen. Die Kapitalisten denken sich auch immer neue Mittel aus, um unsere Arbeitskraft noch intensiver auszunutzen zu können. Eines dieser Mittel ist die Programm- und Prämienlohn, der in Halle sechs schon probeweise eingeführt wurde.

Durch dieses Programm- und Prämienlohn werden mehrere Kollegen verschiedener Berufe in einer Kolonne zusammengeschlossen. Jeder Kollege soll alles machen, d.h. der Schweißer haut, der Hauer schweiß usw., wie es gerade kommt, so daß während der gesamten Arbeitszeit kein „Leerlauf“ entstehen kann. Das Akkordsystem bringt für die Kapitalisten ganz entscheidende Vorteile:

- dadurch daß in einer Kolonne alle alles machen, der eine also nicht mehr auf den anderen zu warten braucht, wird die Ausbeutung für uns erheblich intensiviert, ohne daß sich der Lohn für uns erhöht.
- durch den Gruppenakkord soll die Spaltung unter den Kollegen noch weiter verstärkt werden. Für die niedrigen Löhne sollen nicht mehr die Kapitalisten verantwortlich gemacht werden, sondern die Kollegen sollen sich die Schuld gegenseitig in die Schuhe schieben.

Gegen das menschenfeindliche kapitalistische Ausbeutersystem

Aber nicht nur auf ökonomischer Ebene werden die Kollegen gespalten und im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten gehindert.

So war es z.B. beim Absturz unseres türkischen Kollegen so, daß einige Kollegen meinten: „Wenn der 20 Meter tief gefallen ist, hätte er unterwegs ja noch eine Flasche Korn trinken können!“ oder „auf jeden Neubau kommt nun mal ein Toten!“

Anstatt die hier gebotene Solidarität zu zeigen, stehen viele Kollegen diesen Unfällen hilflos gegenüber oder ziehen die Sache sogar ins Lächerliche.

Hier ist es den Kapitalisten bis jetzt noch gelungen, uns untereinander zu spalten, so daß viele Kollegen die Ursache für die ständigen Unfälle unter uns selbst suchen, und nicht dort, wo sie tatsächlich liegen – nämlich im kapitalistischen System.

In Kapitalismus sind wir gezwungen, unsere Arbeitskraft an die Kapitalisten, die im Besitz der Produktionsmittel sind, zu verkaufen. Die Kapitalisten sind wiederum aufgrund des internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes gezwungen, immer neue Mittel zur Verbilligung und zur Beschleunigung der Produktion zu finden. Um also nicht Profite einbüßen zu müssen, wird zu allererst an den für die Arbeiter notwendigen Schutzvorrichtungen gespart. Andererseits wird der Arbeiter so angetrieben, daß er die wenigen vorhandenen Vorrichtungen kaum in Anspruch nehmen kann. So stehen dem Arbeiter selbst auf der Tagesordnung. Durch das Geschwätz von „menschlichen Versagen“ und vom „tragischen Schicksalsschlag“ sollen wir uns mit diesen Unfällen abfinden, je sollen sie kaum noch wahrnehmen! Nicht zuletzt auch an den ständig steigenden Unfallraten in allen kapitalistischen Ländern wird die ganze Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems, das uns immer mehr zu verrohen und zu gefährlichen Arbeitstieren zu machen sucht, deutlich!

Doch das muß nicht so sein. In den sozialistischen Ländern, wo die Produktionsmittel nicht Besitz kapitalistischer Privilegierten, sondern gesellschaftliches Eigentum sind, was nicht für den Profit einiger weniger, sondern für die Bedürfnisse der wirklichen Masse produziert wird, sinken die Unfallraten, gibt es diese Unmenschlichkeit nicht mehr.

Was können wir für unsere Sicherheit tun?

Obwohl die ständig zunehmenden Arbeitsunfälle im Westen der kapitalistischen Ausbeutersysteme begründet liegen und infolgedessen erst im Sozialismus systematisch bekämpft werden können, müssen wir bereits jetzt erste Schritte gegen die Unfallgefahr am Arbeitsplatz unternehmen. Inwieweit solche Maßnahmen gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können, hängt natürlich vom Kräfteverhältnis ab.

Kontrolle sollten wir darauf orientieren, daß wir:

- im Betrieb keine Arbeit mehr annehmen, die nicht genügend gegen Unfälle gesichert ist und
- daß die Sicherheitsbeauftragten von uns direkt gewählt und nicht von den Kapitalisten eingesetzt werden. Wir müssen diese Beauftragten, wenn sie ihre Aufgabe nicht ordentlich erfüllen, jederzeit wieder absetzen können. Die Sicherheitsbeauftragten müssen von der Arbeit bei gleichen Lohn freigestellt werden, so daß sie sich wirklich um unsere Sicherheit kümmern können.

Eine HDW-Betriebszelle des KR/Gruppe Kiel

Anzeige

Wohnungsprobleme in der BRD

4. erweiterte Auflage 64 Seiten Kleinformat 1,50

zu bestellen bei:

J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschebahn 35

erhältlich im:
Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Die Arbeiterklasse hat ein Recht auf menschenwürdige Wohnverhältnisse. In der BRD sind Mietwucher und Betonsilos Ergebnis der „freien und sozialen Marktwirtschaft“. Wir drucken in dieser Broschüre Artikel aus verschiedenen Nummern des ARBEITERKAMPF ab, die sowohl die Situation der Wohnverhältnisse analysieren, als auch auf die Kämpfe, die in diesem Bereich stattgefunden haben, eingehen.

Seit Juli 72 verteilt die „KPD/ML“ vor der Hamburger Werft HDW eine Betriebszeitung namens „Frischer Wind“. Die Arbeiter wurden darin unermüdlich aufgefordert, sich doch endlich „in der Betriebszelle der KPD/ML zu organisieren“.

Tatsächlich bestand die „Betriebszelle“ aus einem „KPD/ML“, der sich seine Informationen für den „Frischen Wind“ zum guten Teil bei KB-Genossen holte.

Im Oktober 73 hielt die „KPD/ML“ den Zeitpunkt für gekommen, eine spezielle Lehrungszeitung einer imaginären „Werftjugendzelle der Roten Garde“ bei HDW herauszubringen. Das Blatt heißt „Rote Garde“. Die „Rote Garde“ versucht permanent den Eindruck zu erwecken, als sei die „KPD/ML“ bei HDW unheimlich stark und aktiv. Hierbei sind ihr natürlich im Werk selbst gewisse Grenzen gesetzt, weil die Kollegen sich selbst ein Bild vom „Einfluß“ dieses geltungssüchtigen Haufens machen können. Vor anderen Betrieben verteilt die „KPD/ML“ dagegen Flugblätter, die gezielt den Eindruck erwecken sollen, als ob „die Ereignisse bei Reichold, bei HDW“ (wo insgesamt 17 Kollegen von Gewerkschaftsausschüssen bedroht sind) auf das Konto der „KPD/ML“ kommen und die „Äußerliche Angst“ der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer „vor der geballten Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML“ bewirken würden (Flugblatt der „KPD/ML“ und Rote Garde, Hamburg, 10.1.74).

Mehr Schein als Sein ist ohnehin das erste Prinzip der „KPD/ML“. Sie hat dabei viel Ähnlichkeit mit einer besessenen Maus, die sich lärmend anheischig macht, „den Löwen eins auf die Schnauze zu haun“. So etwa, wenn sie in einem Flugblatt zur Hamburger Bürgerschaftswahl prozot, die Kapitalisten hätten „panische (!) Angst, daß ihnen Hamburgs Bevölkerung (!) zur Wahl am 3. März die langgediente Antwort und der KPD/ML ihre Stimme gibt“ (Febr. 74).

Langgediente Antwort und der KPD/ML ihre Stimme gibt“ (Febr. 74). Wenn die Kapitalisten davor wirklich „panische Angst“ hatten, so haben sie sich jedenfalls ganz unnötig gesorgt: die „KPD/ML“ bekam ganze 3.000 Stimmen.

Nützliche Idioten der DGB-Führer

Wie im ARBEITERKAMPF verschiedentlich berichtet, hat die Hamburger IGM-Führung einen Angriff auf die kämpferische Jugendvertretung bei HDW gestartet. Alle fünf Jugendvertreter sollen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Diese Situation war der „KPD/ML“ gerade recht, um wilde Angriffe gegen die Mehrheit der Jugendvertreter zu starten, die als Opportunisten zu beschimpfen und schließlich die Jugendvertretung zu spalten, indem ein Jugendvertreter veranlaßt wurde, eine private politische Erklärung in der „Rote Garde“ abzugeben, da die Erklärung der Jugendvertretung zu den Vorgängen nicht „revolutionär“

Viel Rauch und wenig Feuer

ZUM TREIBEN DER „KPD/ML“ BEI HDW/HAMBURG

när“ genug gewesen sei.

Was die „KPD/ML“-Führer unter Solidarität verstehen, zeigt außerdem ein Artikel im „Roten Morgen“ vom 9.2.74, der zur Täuschung den Titel trägt: „HDW – Weg mit dem Ausschüßentrag“. Richtiger müßte er heißen: „Weg mit dem KB“. Denn der Artikel baut sich etwa folgendermaßen auf: die ersten 25 % gegen die HDW-Kapitalisten, die zweiten 25 % gegen die DKB und die restlichen 50 % gegen den KB. Kein Wort, buchstäblich, gegen die Gewerkschaftsführer, die doch den Ausschluß der Kollegen betreiben. Dafür alberne Vorwürfe gegen den KB wie etwa „Er redet davon, man dürfe die Widersprüche zur DKB nicht unnötig verschärfen“ oder „Sie versuchen die Tatsache, daß die DGB-Führung die Interessen der Kapitalisten vertritt“.

Der Mehrheit der Jugendvertretung wirft die „KPD/ML“ vor, daß sie sich in ihrer Erklärung zum Angriff der IGM-Führer nicht „als Kommunisten bekannt“ hätten. Die Jugendvertreter glauben, so schreibt die „KPD/ML“, daß die Arbeiter zu dummen sind um zu verstehen, daß Kommunismus die Sache ist, die ihnen wirklich aus der Misere rauhstiftet und die wirklich die Sache der Arbeiter ist. Wer Kommunist ist und nicht offen seine Meinung kundtut, der dient damit auch dem Kapital.“ („Rote Garde“, 6.2.74).

Tatsächlich haben die solcherart „solidarisch“ angemachten Jugendvertreter in ihren Erklärungen aus ihrer politischen Haltung kein Geheimnis gemacht. Was aber von der „KPD/ML“ vermischt wurde, geht daraus hervor, daß die in der „Rote Garde“ abgedruckte Privaterklärung eines Mitglieds der Jugendvertretung mit dem treuherrlichen Satz beginnt: „Ich bekenne mich zum Kommunismus“. Hier steht ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. – Anscheinend haben manche Genossen in der „KPD/ML“ den Unterschied zwischen Kommunisten und den Zeugen Jehovas noch nicht richtig begriffen.

Die Linie der „KPD/ML“ gegenüber der HDW-Jugendvertretung ist im Grunde provokatorisch und eine Schützenhilfe für die IGM-Führer. An einem weiteren Beispiel wird das noch deutlicher. Bei HDW gibt es eine gewerkschaftliche Jugendgruppe, die nach ihrem Tagungsort (Jugendheim Stintfang) als „Stintfang-Gruppe“ bekannt ist. Diese gewerkschaftliche Jugendgruppe ist den Hamburger IGM-Führern schon lange ein Dorn im Auge, und dies spielt auch beim Ausschuß-Angriff auf die Jugendvertretung eine Rolle. Die „Rote Garde“ schreibt dazu im Stil waschechter agents provocateurs: „Die Stintfang-Gruppe entwickelt

sich immer mehr zu einer revolutionären gewerkschaftsoppositionellen Gruppe (RGO)“ („Rote Garde“, Extrablatt, im Februar verteilt). Es ist klar, daß man mit solchen Provokationen auf die Dauer jeden gewerkschaftsoppositionellen Ansatz kaputt machen kann. Für die „KPD/ML“ geht es nicht um beherrschende Massenarbeit (die meist ohne große Sprüche vor sich geht), sondern um spektakulären Krawall, um das Auswaschen von „Erfolgen“.

In der Gewerkschaft selbst predigt die „KPD/ML“ das Zurückweichen vor den arbeiterverräterischen Führern, will die Gewerkschaft im Grunde kampflos diesen Agenten der Bourgeoisie überlassen. Es entspricht der Politik der „KPD/ML“, daß sie die objektiv rechtsoptionistische Linie wieder einmal mit allerlei „linken“ Schnicks zu rechtfertigen versucht. Sie behauptet, daß der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie „Illusionen schürt“ und „Verrat“ ist (vgl. dazu den Gewerkschafts-Artikel in AK 40, S. 7/8). So wird im HDW-Artikel des „Roten Morgen“ (9.2.74) dem KB vorgeworfen, er führe den innergewerkschaftlichen Kampf unter der Parole „Verteidigt die Gewerkschaft gegen ihre wirklichen Spalter“, nämlich gegen die Gewerkschaftsführer. Nun ist das zwar nicht unsere zentrale Parole für den innergewerkschaftlichen Kampf (die lautet nämlich „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!“), entspricht aber doch einem Teilspekt unserer Gewerkschaftspolitik.

Sie entspricht auch der Politik der Kommunistischen Gewerkschaftspolitik. Die entspricht auch der Politik der Kommunistischen Internationalen (vgl. dazu ebenfalls den Artikel in AK 40).

Im Grunde ist es so, daß die „KPD/ML“ es ablehnt, die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer konsequent als Spalter vor den Massen zu entlarven. Sie wehrt sich z.B. auch gegen die Forderung nach Austritt des DGB aus der „Konzertierten Aktion“, weil das „Illusionen schürt“. Man dürfe auch nicht um innergewerkschaftliche Demokratie kämpfen, denn da sei ja doch „nichts drin“ (Flugblatt der „Rote Garde“, im Nov. 72 verteilt).

Die Gewerkschaftsführer können sich zu einem solchen „unvernünftigen Gegner“ nur beglückwünschen.

Der primitivste Antikommunismus bei rückständigen und verhetzten Kollegen erscheint der „KPD/ML“ als idealer politischer Anknüpfungspunkt für ihre „Revisions-Schik“, entsprechend der schon vor Jahren gefaßten Erkenntnis einer Bochumer Betriebszeitung der „KPD/ML“: „Der Antikommunismus vieler Kollegen ist eigentlich Antirevisionismus“ („Zündkerze“, Nr. 5/

1970).

Die „Rote Garde“ bei HDW schreibt etwa: „Sozialismus – ja! Aber was für einen? Etwa so eine faschistische Bonzenherrschaft wie in der Sowjetunion oder in der DDR? Danke bestes, da geht es den Arbeitern doch genauso dreckig wie hier.“ (verteilt im November 73). Und an anderer Stelle noch deutlicher: „Jeder (!) von uns weiß selbst (!), daß dort die Arbeiter noch schlimmer unterdrückt werden wie hier.“ („Rote Garde“, 6.2.74).

Es liegt doch auf der Hand, daß bei der augenblicklichen Entwicklung der Arbeiterbewegung das, was „jeder selbst weiß“, weitgehend auf der Stufe des von der Bourgeoisie verbreiteten Antikommunismus steht. Während es die Aufgabe der Kommunisten ist, die gesellschaftlich-historischen Bedingungen des Revisionismus klar zu machen und diese

Zustände konkret aufzuzeigen, hängt die „KPD/ML“ sich bedenkenlos an den Antikommunismus an. Vorurteile werden bestätigt, die nur den Kapitalisten nützen („Drüben gehts den Menschen noch dreckerig als hier“). Die „KPD/ML“ initiiert die bürgerliche Hetze mitunter sogar im Wortlaut, wenn sie etwa gegen die „faule Funktionsarische“ in der DDR schreibt („Frischer Wind“, Februar 74). Es war eine konsequente Krönung dieser Politik, daß sich auf einer Veranstaltung in der Uni (vor einem mehrheitlich antikommunistischen Publikum) ein „KPD/ML“

er hinstellte und Solschenizyn verteidigte, „weil die Sowjetunion faschistisch ist und man Kritiker des Faschismus verteidigen muß“.

Politik und Propaganda der „KPD/ML“ zeichnet sich einmal aus durch phrasenhaftes, hysterisches und super„linkes“ Geschrei (mit dem Ergebnis einer Diskreditierung des Kommunismus), zum anderen durch völlig prinzipienloses Nachgeben gegenüber dem vorherrschenden Antikommunismus, der teilweise von dieser Gruppe um weitere Nuancen bereichert und angeheizt wird. Bestehende Ansätze einer fortschrittlichen politischen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, sowie in anderen gesellschaftlichen Bereichen werden bedenkenlos der prahlerischen Selbstbeweihräucherung dieser „Partei“ geopfert. Bei HDW sah das so aus, daß die „KPD/ML“ bemüht war, ihrer Presse die aktive gewerkschaftliche Jugendgruppe („Stintfang-Gruppe“) in eine „RGO“-Gruppe umzuwandeln, bzw. die Lehrlinge in diese Falle zu locken. Im Ergebnis hätte dies der Gewerkschaftsführung eine Erleichterung bei deren Ausschluß-Bemühungen gegenüber fortschrittlichen Kollegen gebracht. Diese Versuche und die Tatsache, daß die „KPD/ML“ sich bemüht, die Arbeiterklasse aus dem gewerkschaftlichen Kampf herauszuhalten oder abzuziehen, bestätigt ihre Rolle als Zuteufel für die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung und erleichtert auch der DKB ihr demagogisches Geschäft im Kampf gegen kommunistische und oppositionelle Arbeiter. Eine Zusammenarbeit mit der „KPD/ML“ bedeutet in der Regel den politischen Selbstmord und das sinnlose Verbeizen sympathisierender Kollegen.

Metallokomitee, KB/Gruppe Hamburg und ARBEITERKAMPF-Redaktion

FRANKREICH Santiago in Marseille

Die trüben Gewässer der mehr oder weniger parallelen Polizeien geraten wieder in Bewegung. Die linke französische Zeitung „Libération“ belegt mit Dokumenten, daß das „Service d'action civique“ (SAC) in Zusammenarbeit mit der DST (Detection sûreté du territoire) 1968 beabsichtigte, in den Sportstädten von Marseille Militäreinheiten aus den Gewerkschaften und linken Organisationen einzusperren.

In dieser Affäre werden verschiedene Namen genannt. Einige der Genannten haben eine faschistische Vergangenheit, aber das kann man ja: das ist das traditionelle gaulistische Personal. Die Tatsache aber, daß offizielle Behörden, wie die DST, systematisch repressive Maßnahmen faschistischer Art organisierten, um eine Volksbewegung wie die vom Mai 68 niederzuschlagen, zeigt deutlich, daß diese Initiative von den Führern des gaulistischen Regimes selbst gedeckt worden ist.

Der Innenminister hieß damals Christian Fouchet. Der Chef vom

SAC war damals Foccard.

Seit dem Mai 68 hat Marseille die gaulistische Tradition erfolgreich fortgesetzt. Die Ausbreitung der Telefonbespitzelung, die verschiedenen Verbote gegen revolutionäre Organi-

sationen, wie die Gauche Proletarienne oder die Ligue Communiste, das Verbot der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen, all dies reißt sich ein in den Bürgerkriegsplan, der von der Regierung vorbereitet wird.

Zweifeln wir nicht daran: mit Chirac am Place Beauvau wird die gleiche Politik fortgesetzt, werden die gleichen Methoden praktiziert. Die Männer der V. Republik, ob es die gaulistische oder die pompidouistische Republik ist, das sind alles die Männer, die aus dem Putsch vom 13. Mai 1958 hervorgegangen sind. (sow: Révolution! Nr. 47/März 74)

Chirac: neuer Innenminister
Place Beauvau: Innenministerium
SAC: gaulistische Parallel-Polizei

Forts. von Seite 1

Wie im Wilden Westen: Sonderrecht für Bullen

Gegenbeispiel: Werner Hoppe, Begleiter der am 15. Juli 71 von der Polizei erschossenen Genossen Petra Schelm, wurde zu 10 Jahren verurteilt, weil er auf der Flucht vor der Polizei einige ungezielte Schüsse abgegeben hätte (ohne jemanden zu verletzen).

Der Vergleich bestätigt, daß der Kapitalisten-Staat die Mitglieder seines Unterdrückungsapparates bewußt unter Sonderrecht stellt.

„Der bürgerliche Staat, der sich eine willige Terror-Truppe heranziehen möchte, muß dazu seinen Leuten das Gefühl geben, daß er in jedem

Fall hinter ihnen steht und ihre Handlungen deckt.“ (AK 39, S. 26, Zwei Urteile, zweierlei „Recht“).

Weiteres Beispiel: Ein Frankfurter Maschinenbuchhalter und Amateur-Detektiv, der eine Geldstrafe nicht bezahlen konnte, wurde von der Polizei verhaftet. Unterwegs im Auto und auf

der Wache machten sich die Bullen über den „kleinen Detektiv“ und „Gegenbeispiel“ lustig, der seinerseits auf diese Sticheleien einging und schließlich (bereits auf der Wache) einen der Polizisten als „Lügner“ bezeichnete. Der Bulle schlug zu, woraufhin der Buchhalter mit einem Aktenordner nach ihm warf. Nunmehr wurde er von fünf Bullen brutal zusammengeschlagen.

Im Prozeß sagte der Staatsanwalt zu den Bullen: „Wenn Sie einem Genossen eine scheuern, ist das ja nichts Schlimmes, das verstehen wir ja.“ („Frankfurter Rundschau“, 11. 8.72). Erforderte, den Buchhalter zu 8 Monaten ohne Bewährung „wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zu verurteilen, und der von den Bullen zusammengeschlagene mußte noch froh sein, daß er schließlich mit einer Geldstrafe von 2.500 DM „davonkam“.

Es ist „nichts Schlimmes“, sondern „gen normal“, wenn die Bullen einen Genossen bespitzeln, pro-

vokieren und prügeln. Dies dürfte recht häufig vorkommen, und der höhnische Kommentar der Bullen auf der Wache „Das beweisen Sie uns erst mal. Wir sind hier fünf gegen einen“ spricht Bände. Wer sich nicht wehrt, prügeln läßt, kann obendrein mit einem Verfahren wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ rechnen.

Leichtfertiges „Spielen“ mit der Schußwaffe und mit Leben und Gesundheit anderer Menschen, pathologische Proterzei mit der Waffe auch im Privatleben, Wildwest-Mentalität („Ich bin das Gesetz“) und Willkür gegenüber Festgenommenen („Der kann uns ja doch nichts beweisen“) widerspiegeln die vom Kapitalistenstaat vorangetriebene Faszisierung der Polizei. Diese Tendenz wird von

Gerichtsurteilen wie den hier beschriebenen forciert, die dem einzelnen Bullen das Gefühl geben, daß er sich ungestraft alles erlauben kann. ■

Polizisten wegen Waffen-Schmuggels verhaftet

Il. Hagen (Westfalen), 5. 5. Ein Polizeimajor vom Revier in Hagen lebte nach Polizeibehörde wie ein Playboy — obwohl er nur 1990 Mark brutto verdiente. Das fiel seinen Kollegen auf und schon war's aus.

Der Polizist, 30 Jahre alt, sportlich, mit Unternehmungslustigem Schnauzbart, spendierte für die Bordelle in Hagen viel Vergnügen. Whisky und Wodka, er fuhr einen gelben Sportwagen für 14.000 Mark, er trug nur maßgeschneiderte Anzüge. Und das, obwohl er

an seine verschiedenen Frau 750 Mark Unterhalt zahlen mußte. Die Kollegen von der Kripo beschlagnahmten vier Wochen lang. Er wurde erripiert, als er einem ägyptischen Diskjockey eine Pistole verkaufen wollte. Wegen Wollenschmuggels, Zuhälterei und Begünstigung im Amt (er soll der Unterwelt Typ über bevorstehende Razzien gegeben haben) wurde er jetzt verhaftet. Ein anderer Polizist wurde ebenfalls festgenommen. Man hat noch 14.000 Mark, er trug nur maßgeschneiderte Anzüge. Und das, obwohl er

an seine verschiedenen Frau 750 Mark Unterhalt zahlen mußte. Die Kollegen von der Kripo beschlagnahmten vier Wochen lang. Er wurde erripiert, als er einem ägyptischen Diskjockey eine Pistole verkaufen wollte. Wegen Wollenschmuggels, Zuhälterei und Begünstigung im Amt (er soll der Unterwelt Typ über bevorstehende Razzien gegeben haben) wurde er jetzt verhaftet. Ein anderer Polizist wurde ebenfalls festgenommen. Man hat noch 14.000 Mark, er trug nur maßgeschneiderte Anzüge. Und das, obwohl er

„Bild“, 5.3.74

Was übrig blieb, nahm die Polizei

ho. Münchener, 2. 5. Zwei Punkstreifen-Polizisten wurden nachts zu einem Münzgeschäft am Münchener Stachus gerufen, das ausgeraubt worden war. Die Beamten machten es den Einbrechern nach und stahlen Münzen im Wert von 10.000 Mark. Als sie die Münzen verkaufen wollten, wurden sie gefaßt. Die Polizisten (27 und 32, Familienväter) wurden vom Dienst suspendiert.

„Bild“, 2.3.74

Eine Begleiterscheinung der Faszisierung der Polizei ist die Zunahme „gewöhnlicher“ krimineller Handlungen von Polizisten. Vgl. dazu AK 36, S. 25, Kriminell auch außer Dienst.